

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	7
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26

VERBÄNDE



Thema: Deutscher Naturschutztag	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	31
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Qualitätsentwicklung in der Umweltbildung: Ausstellungen evaluieren	

THEMEN DES MONATS

Ökologische Finanzpolitik

Klimakiller Dienstwagensteuer

Das deutsche Steuerrecht macht Privatfahrten im teuren Firmenauto zum billigen Spaß auf Staatskosten

Seite 2

EU-Chemikalienpolitik

Stunde der Interessenvertreter

Die neue Europäische Chemikalienagentur ECHA bemüht sich um Offenheit und Transparenz

Seite 3

Umweltmanagement

Schnittmuster für grüne Mäntelchen

Das EU-Umweltmanagementsystem EMAS bleibt auch in der Neuauflage ein Papiertiger

Seite 5

Interview: Emissionshandel

„Konzerne erhöhten ihre Gewinne“

Die Versteigerung der CO₂-Zertifikate entscheidet jetzt über die Zukunft des EU-Emissionshandels

Seite 11

Ökologische Finanzpolitik

Dienstwagensteuer fördert Klimaschleudern

Das deutsche Steuerrecht macht Privatfahrten im teuren Firmenauto zum billigen Spaß auf Staatskosten

Die Dienstwagenbesteuerung ist ein fiskalisches und volkswirtschaftliches Problem und ein verteilungspolitischer Skandal. Verschwendung wird belohnt, die Steuerzahler subventionieren wohlhabende Minderheiten. Eine Reform müsste die betriebliche Absetzbarkeit, die Treibstoffkosten und die Berechnung des Privatnutzungsanteils berücksichtigen. Nur sparsame Fahrzeuge dürften gefördert werden. ■ VON ANSELM GÖRRES UND DAMIAN LUDEWIG, FÖS

Gibt es medizinische Gründe dafür, dass Ärzte Patienten im Porsche besuchen müssen? Ist unser Straßennetz so schlecht, dass Außendienstler sich im Geländewagen fortbewegen müssen? Fakt ist: 90 Prozent aller neu zugelassenen Geländewagen werden gewerblich zugelassen, nicht von Privatpersonen. Überhaupt wächst der Dienstwagenanteil mit dem Preis und dem Hubraum: je höher die Wagenklasse, desto höher der Anteil der Firmenwagen. Das kommt nicht von ungefähr. In vielen Bereichen verlangt das deutsche Steuerrecht die strikte Trennung privater und geschäftlicher Zwecke. Nicht aber bei Firmenfahrzeugen: Hier lassen sich private Komfort- und Prestigewünsche nahezu unbegrenzt auf Kosten des Finanzamts ausleben. Wer teure Autos mit kostspieligen Extras und hohem Verbrauch kauft, bekommt die Mehrwertsteuer voll zurück und kann alle Kosten betrieblich geltend machen.

Statusfahrzeugnutzer profitieren

Hauptnutznießer dieses großzügigen Status quo sind angestellte Firmenwagennutzer, insbesondere Führungskräfte, nicht aber Firmeninhaber oder Freiberufler. Denn Unternehmer oder Selbstständige zahlen immer wenigstens den Teil der Kosten selbst, der nach Steuerabzug bleibt, meist also mindestens die Hälfte. Angestellte hingegen profitieren von einer großzügigen Pauschalregelung, der Listenpreismethode: Für einen Dienstwagen werden jährlich zwölf Prozent vom Bruttolistenpreis – das ist der Neupreis plus Sonderausstattungen inklusive Mehrwertsteuer – als zu versteuernder geldwerter Vorteil angerechnet und

als Mehreinkommen mit dem persönlichen Steuersatz besteuert. Mit dieser Pauschale wird eine legale Privatnutzung von bis zu 90 Prozent abgegolten. Sofern der Arbeitgeber keine Kostenbeteiligung verlangt, gilt für Angestellte bei jedem Privatkilometer der absolute Nulltarif. Angestellte und nicht selten auch Angehörige können das Fahrzeug privat nutzen und sich jeden Cent von der Firma erstatten lassen.

Tarifangestellte – zum Beispiel Außendienstler oder Servicetechniker – bekommen meist Funktionsfahrzeuge, Führungskräfte fahren vornehmere Statusfahrzeuge. Bei den Funktionsfahrzeugen ist Privatnutzung selten, bei Statusfahrzeugen die Regel. Eine Eigenbeteiligung an den Kosten der Privatfahrten wird nur jeder zehnten Führungskraft abverlangt.

Verschwendung lohnt sich

Die Orientierung der Privatnutzungspauschale am Bruttolistenpreis von Neufahrzeugen macht es zum einen wenig lohnend, Gebrauchtfahrzeuge als Firmenwagen zu erwerben. Zwar spart das Unternehmen, doch der zu versteuernde geldwerte Vorteil der Privatnutzung vermindert sich nicht. Zum anderen führt die Berechnungsmethode zu einer Bestrafung derjenigen, die lieber ein teureres Modell mit niedrigerem Verbrauch wählen würden. Ihre Privatnutzungspauschale erhöht sich, ohne dass sie von den späteren, niedrigeren Verbrauchskosten profitieren würden.

Von der deutschen Dienstwagenbesteuerung nutzen sie damit all jene, die am meisten und am weitesten fahren, den höchsten absoluten und relativen Privatnutzungsanteil aufweisen, die teuersten

und neuesten Fahrzeuge nutzen, den verschwenderischsten Fahrstil aufweisen und den höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer haben. Zwar erhöht dieser die Last des zugerechneten geldwerten Vorteils. Der Vorteil einer im Übrigen kostenlosen Privatnutzung überwiegt dies aber bei Weitem. Um sich privat ein gleichwertiges Fahrzeug leisten zu können, müsste ein Angestellter deutlich mehr brutto verdienen. Kein Wunder, dass Firmenwagenzusagen oder Auto-Upgrades oft beliebter sind als Gehaltserhöhungen.

Auch wenn es keine Klimaprobleme gäbe, wären diese generösen Regeln ein fiskalisches und volkswirtschaftliches Problem und ein verteilungspolitischer Skandal. Sie laden ausgerechnet die wirtschaftlich Stärksten zum verschwenderischen Umgang mit betrieblichen Ressourcen ein. Alle Steuerzahler subventionieren so eine wohlhabende Minderheit von Managern, Freiberuflern und Firmeninhabern sowie indirekt die deutsche Autobranche.

Immer mehr Dienstwagen

Unter Klimagesichtspunkten wird dieser Zustand erst recht pervers. 2007 sank die Zahl neu zugelassener Privat-Pkw von 1,6 auf unter 1,2 Millionen. Höhere Mehrwertsteuer, gekürzte Pendlerpauschale und schwache Kaufkraft der Arbeitnehmer lassen grüßen. Firmen und Selbstständigen hingegen geht es prima. Sie steigerten ihre Pkw-Käufe von 1,7 auf 1,9 Millionen. Kein Wunder, dass der Anteil der Dienstwagen an allen Neuzulassungen erstmals bei 62 Prozent liegt. Stärker denn je bestimmen die Firmenkäufer von heute damit den dank perverser Anreize unöko-

logischen deutschen Pkw-Fuhrpark von morgen.

Wer solche Fehlentwicklungen korrigieren will, muss an mindestens drei Hebeln ansetzen: bei der betrieblichen Absetzbarkeit des Kaufpreises über Abschreibungen, der Behandlung der laufenden Treibstoffkosten und der Berechnung des geldwerten Vorteils. Im Auftrag von Greenpeace hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) einen Vorschlag entwickelt, der – anders als andere Reformvorschläge – bei allen drei Hebeln eine Klimakomponente einführt. Nur dann werden Firmen und Dienstwagennutzer dazu motiviert, klimagerechte Fahrzeuge zu erwerben statt nur ihren persönlichen Status und Luxus zu optimieren.

Reform muss zum Klimaschutz beitragen

Über eine Bonus-Malus-Regelung sollen Fahrzeuge mit niedrigen Verbrauchswerten gefördert werden. Wer von 2009 bis 2011 ein Fahrzeug mit 130 bis 140 Gramm Kohlendioxid ausstoß pro Kilometer erwirbt, kann weiterhin alle Kosten voll ab-

setzen. Wer aber Klimaschleudern kauft, kann künftig nur einen Teil der Anschaffungs- und Treibstoffkosten steuerlich geltend machen. Eine ähnliche Staffelung gilt für Nutzer von Dienstwagen. Bei Fahrzeugen im Zielkorridor ändert sich nichts an der Ermittlung des geldwerten Vorteils. Doch für Pkw mit höheren Emissionen muss ein höherer Vorteil versteuert werden – 13 bis 26 Prozent vom Listenpreis –, für verbrauchsarme Fahrzeuge verringert sich der Faktor auf vier bis zehn Prozent vom Kaufpreis. Nach 2011 sollen die CO₂-Zielwerte schrittweise auf 100 Gramm abgesenkt werden. Bei Elektroautos sollen die indirekten Emissionen anhand der Durchschnittsemissionen deutschen Stroms zugrunde gelegt werden.

Dies ergäbe für den Nutzer eines VW Polo eine jährliche Entlastung von 786 Euro, für die Nutzung eines BMW X5 als Dienstwagen eine Belastung von 6.255 Euro. So könnten bis 2020 die CO₂-Emissionen des Pkw-Verkehrs in Deutschland um fünf bis zehn Prozent sinken.

Es wird Zeit, dass die Steuergesetze nicht privaten Luxus und Kfz-Industrie

fördern, sondern zum raschen Umbau des Fahrzeugparks in Richtung Klimaschutz beitragen. Damit bekäme auch die deutsche Autoindustrie die Signale, die sie offenbar braucht. Nicht Autohersteller und Dienstwagennutzer sind vor den Zumutungen der Klimapolitik zu schützen, sondern das Klima vor den Zumutungen der Autowelt.

Der Volkswirt und Unternehmensberater Dr. Anselm Görres ist Vorsitzender des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Geschäftsführender Gesellschafter der ZMM Zeitmanager München GmbH.



Damian Ludewig ist Volkswirt und FÖS-Geschäftsführer. Er ist Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzinges.



Kontakt:
Tel. +49 (0)89 / 520113-13,
E-Mail: foes@foes.de,
www.foes.de/de/
dienstwagen.php

EU-Chemikalienpolitik

Stunde der Interessenvertreter

Die neue Europäische Chemikalienagentur ECHA bemüht sich um Offenheit und Transparenz

Die EU-Chemikalienverordnung REACH regelt die Zulassung gefährlicher Stoffe. Um sie umzusetzen, hat im Juni die Europäische Chemikalienagentur ECHA die Arbeit aufgenommen. Deren Ansehen steht und fällt mit der Kommunikation gegenüber den Interessenverbänden. Die Agentur setzt auf Beteiligung. ■ VON JOCHEN MATTHES, ECHA*

Die im Dezember 2006 verabschiedete EU-Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien) ist ein weltweit beachtetes Gesetzeswerk. Denn in Europa ist jetzt die Industrie dafür verantwortlich, Informationen über die Sicherheit von Chemikalien zu liefern, die sie produziert, importiert und verwendet. Der seit dem 1. Juni arbeitenden Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) in Helsinki kommt in der täglich-

chen Umsetzung von REACH eine Schlüsselrolle zu. Für einen Erfolg der EU-Chemikalienpolitik ist es unabdingbar, dass ECHA und die REACH-Prozesse bei den Interessenverbänden Glaubwürdigkeit genießen. Um den bestmöglichen Informationsfluss zu gewährleisten, hat ECHA Strategien für die frühzeitige Kommunikation und die Einbeziehung von Interessengruppen entwickelt und Transparenzstandards eingeführt. Die ECHA-Webseiten enthalten Informationen in 22 Sprachen.

Die Verordnung 1907/2006/EG, bekannt unter dem Kürzel REACH, gilt als größtes legislatives Projekt der Europäischen Union in den letzten Jahren. REACH ersetzt über 40 Gesetzestexte und schafft ein EU-einheitliches System für das Management von Chemikalien, die in der EU produziert oder importiert werden. Die Verordnung trat am 1. Juni 2007 in allen 27 EU-Mitgliedstaaten in Kraft. Die EFTA-Länder Norwegen, Island und Liechtenstein verabschiedeten REACH in diesem

Sommer. Damit gilt REACH in 30 Ländern auf dem europäischen Kontinent.

Die wichtigsten Änderungen gegenüber der früheren Gesetzgebung sind die Übertragung der Verantwortung für Risikobewertung und -management auf die Industrie, die Schaffung von Anreizen zur Kennzeichnung von Chemikalien sowie die Anwendung des Vorsorgeprinzips. Hersteller und Importeure der gleichen Substanzen müssen Tierversuchsdaten

ECHA trifft Lobby

Erklärte Ziele der Europäischen Chemikalienagentur ECHA sind effiziente Kommunikation und der Dialog mit Interessenverbänden. Vieles ist dazu schon in der Chemikalienverordnung REACH verankert, jedoch geht ECHA weiter. Industrieverbände, Gewerkschaften und Umweltorganisationen haben Beobachterstatus im ECHA-Verwaltungsrat. Beobachter wurden in den Ausschuss für Risikobeurteilung und den Ausschuss der Mitgliedstaaten geladen. Zudem soll ein informeller Meinungsaustausch mit Interessenvertretern stattfinden.

Am 10. Oktober organisiert ECHA den First Stakeholders' Day in Helsinki. Interessenverbände wurden eingeladen, sich auf der ECHA-Webseite zu registrieren. Zielpublikum sind Industrieverbände und Nichtregierungsorganisationen, die ein Interesse an der erfolgreichen Umsetzung von REACH und eine Schlüsselrolle als Multiplikatoren haben.

Auch Chemieforschungseinrichtungen, Universitäten und wissenschaftliche Vereinigungen sind eine wichtige Zielgruppe für ECHA, da sie Themen behandeln und Methoden entwickeln, die die Arbeit von ECHA betreffen.

In allen EU-Staaten sind nationale Helpdesks eingerichtet worden, die Informationen und Hilfestellungen zu REACH in der Landessprache liefern. Den deutschen Helpdesk leitet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) in Darmstadt.

► www.reach-helpdesk.de

austauschen, der Austausch der übrigen Daten wird unterstützt. Alternativmethoden zur Gefahrenabschätzung werden gefördert.

Datenbanken und Helpdesks

ECHA soll die REACH-Prozesse managen und diverse technische, wissenschaftliche und administrative Aufgaben für REACH ausführen. Sie soll die einheitliche Anwendung von REACH in Europa gewährleisten und die Mitgliedstaaten und EU-Institutionen wissenschaftlich und technisch beraten. Des Weiteren liefert sie die Datenverarbeitungssysteme IUCLID 5 und REACH-IT, mit deren Hilfe die Industrie die Registrierungsdossiers einreicht, und stellt Leitlinien, Werkzeuge und Datenbanken für Industrie und nationale Aufsichtsbehörden zur Verfügung. Sie unterstützt die nationalen Helpdesks – das sind Informationsstellen, die in allen EU-Mitgliedstaaten eingerichtet wurden. Schließlich koordiniert ECHA die Bewertung, Zulassung und Beschränkung von chemischen Stoffen in den REACH-Gremien – den Ausschüssen und dem Forum.

ECHA wurde mit Inkrafttreten der REACH-Verordnung am 1. Juni 2007 gegründet. Im ersten Jahr wurden Infrastruktur, Personalbestand und Verwaltungsabläufe aufgebaut. Der Mitarbeiterstab ist inzwischen auf 220 angewachsen. 2010 soll die Vollbesetzung von 450 Mitarbeitern erreicht sein.

Kommunikation und Transparenz

Am 1. Juni 2008 hat die halbjährige REACH-Vorregistrierungsphase begonnen. Bis zum 9. September trugen sich mehr als 8.200 Firmen über REACH-IT ein, über 220.000 Vorregistrierungen wurden eingereicht. 176 Anfragen, ob ein Stoff bereits registriert ist, gingen bei der Agentur ein. Solche Anfragen sind vor Einreichen eines Registrierungsdossiers vorgeschrieben. Schließlich wurden 16 reguläre Registrierungen und 50 für Zwischenprodukte eingereicht.

Kommunikation mit der Öffentlichkeit spielt für ECHA eine entscheidende Rolle,

um ihr Bestreben nach Offenheit und Transparenz bei gleichzeitiger Erfüllung von Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit zu zeigen. Die Kommunikationsstrategie soll Rolle, Werte und Aufgaben von ECHA bekannt machen und die Ziele der Agentur unterstützen. Kommunikation wird nicht als Einweg-Informationsfluss und bloßer Zugang zu Dokumenten verstanden. Sie soll auch den Meinungsaustausch mit externen Partnern beinhalten.

Um Interessenvertreter einschließlich der betroffenen Öffentlichkeit einzubeziehen, hat ECHA „Stakeholder-Leitlinien“ entwickelt und geht darin wesentlich weiter als gesetzlich vorgeschrieben. Europaweit agierende Interessenverbände wurden zur Beteiligung aufgerufen (siehe Kasten).⁽¹⁾

In seiner Rede zu den Einweihungsfeierlichkeiten für ECHA am 3. Juni betonte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, die Arbeit der Agentur sei entscheidend für den Erfolg von REACH. Hier bleibt hinzuzufügen, dass die Arbeit und die Glaubwürdigkeit von ECHA von Interessenverbänden beurteilt werden. Deren Einbindung ist entscheidend. Alle Verbände sind aufgerufen, die Entwicklung von ECHA und REACH genau zu beobachten.⁽²⁾

* Dieser Beitrag stellt eine persönliche Meinungsäußerung des Autors dar.

Anmerkungen

- (1) Aufruf sowie Liste der bis jetzt qualifizierten Verbände: www.echa.eu/opportunities/stakeholdercall_de.asp
- (2) Ein zweimonatlich erscheinender kostenloser E-Mail-Newsletter der ECHA kann bei info@echa.eu abonniert werden.

Dr. Jochen Matthes ist Chemiker und hat sich zuletzt mit Umweltforschungsförderung bei der EU-Kommission in Brüssel befasst. Er arbeitet seit März bei ECHA in Helsinki in der Abteilung Helpdesks und Leitfäden.



Kontakt: Tel. +358 (0)9 / 6861-8271,
E-Mail: jochen.matthes@echa.europa.eu,
www.echa.eu

Umweltmanagement

Schnittmuster für grüne Mäntelchen

Das EU-Umweltmanagementsystem EMAS bleibt auch in der Neuauflage ein Papiertiger

Auch nach ihrer Revision wird die europäische Umweltmanagementverordnung ein Instrument zum Greenwashing bleiben. Ein Unternehmen kann alle Vorschriften befolgen, ohne eine gute Umweltleistung zu erbringen. Das System enthält einfach zu wenig konkrete Anforderungen. ■ VON FRANZ FIALA, ANEC

Die erwartete Enttäuschung ist nicht ausgeblieben. Mit einjähriger Verzögerung hat die Europäische Kommission im Juli den Entwurf für die zweite Revision der EMAS-Verordnung vorgelegt (siehe Kasten). Substanzielle Umwelthanforderungen für das Unternehmensmanagement wird es auch künftig nicht geben. Der Papiertiger EMAS bleibt ein Instrument zum Greenwashing und zur Arbeitsbeschaffung für Berater und Zertifizierer, statt hervorragende Umweltleistung von Organisationen auszuzeichnen. Mit anspruchsvoller Umweltpolitik hat das ganz und gar nichts zu tun.

Bereits in der Diskussionsphase zur Revision von EMAS haben sich die europäischen Dachverbände der Umwelt- und Verbraucherorganisationen in einem Brief an Umweltkommissar Stavros Dimas gewandt und den Wert beziehungsweise die Brauchbarkeit des EMAS-Systems infrage gestellt.

Umwelt- und Verbraucherverbände fordern echte Reform

Die europäischen Umwelt- und Verbraucherverbände hatten eine substanzielle Reform verlangt, um EMAS in ein Umweltzeichen für Betriebe zu transformieren und so in ein wirkliches System der Spitzenleistung zu verwandeln. Ihr gemeinsames, umfassendes Positionspapier nannten sie daher „Making EMAS a system of excellence – Going beyond EMS“. (1) Die zentralen Kritikpunkte an Umweltmanagementsystemen (EMS) einschließlich EMAS und ISO 14001 sind:

- Der Managementsystemansatz verschiebt umweltpolitische Entscheidungen tendenziell von demokratischen

Einrichtungen, die öffentliche Interessen berücksichtigen, zu Unternehmen.

- Das Interesse der Businesswelt beschränkt sich auf Umweltinvestitionen, die sich rechnen – viele Umweltmaßnahmen sind aber nicht profitabel.
- Umweltmanagementsysteme verlangen keine Mindestumweltleistung – nicht einmal Gesetzeskonformität kann man als gesichert annehmen.
- Die Zertifizierung erlaubt keine Unterscheidung zwischen guten und schlechten Betrieben nach ihrer Umweltleistung.
- Erleichterungen für Betriebe wie Steuerermäßigungen oder reduzierte behördliche Überwachung sind fragwürdig, da eben EMAS-Konformität keineswegs bessere Umweltleistung bedeutet.
- Es gibt keine überzeugenden Belege, dass die Einführung von Umweltmanagementsystemen die Umweltleistung wesentlich angehoben hat.
- Die Berichtspflichten sind unzureichend, weil klar definierte Indikatoren der Umweltleistung fehlen.

Ein Zertifikat für nachhaltige Umweltignoranz

Die Diskussion um die Begrenzung der Kohlendioxidemissionen von Automobilen und das Scheitern der freiwilligen Verpflichtung der Industrie, den durchschnittlichen Flottenverbrauch auf 140 Gramm CO₂ pro Kilometer zu reduzieren, hat die Grenzen freiwilliger Selbstverpflichtungen von Unternehmen klar gezeigt. Weniger bekannt ist, dass viele führende Produzenten der Spritfresser nach EMAS oder ISO 14001 zertifiziert sind. Und alle bekennen sich dazu, „Fahrzeuge mit Umwelt- und

Sicherheitstechnik auf höchstem Niveau“ herzustellen.

Selbst für Porsche ist Umweltschutz eines der wichtigsten Ziele. Wer hätte etwa anderes vermutet bei CO₂-Werten jenseits von 280 Gramm pro Kilometer? Schall und Rauch – aber zertifiziert von unabhängigen Umweltgutachtern. Mercedes-Benz legt noch eins drauf und brüstet sich – vom TÜV Süd bestätigt – mit der umweltorientierten Produktentwicklung der S-Klasse „nach den Regeln der international anerkannten ISO-Norm 14062“. Wen stört es schon, dass dieses Dokument zum Thema Produktdesign nur ein tech-

EMAS und ISO 14001

Das Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) ist das europäische Gemeinschaftssystem für das freiwillige Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung. 1993 wurde das Instrument in Brüssel für Unternehmen entwickelt, die ihre Umweltleistung verbessern wollen. Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) 761/2001. Der Aufbau und die Abläufe von EMAS entsprechen seit 2001 der internationalen Umweltmanagementnorm ISO 14001.

Die Norm ISO 14001 – 1996 veröffentlicht von der Internationalen Standardisierungsorganisation (ISO) – legt weltweit anerkannte Anforderungen für das Umweltmanagement fest. Sie ist Teil der Normenfamilie 14000, die zahlreiche weitere Normen zu diversen Bereichen des Umweltmanagements, unter anderem zu Ökobilanzen, zu Umweltkennzahlen oder zur Umweltleistungsbewertung enthält.

nischer Bericht ohne eine einzige Anforderung ist? Laut einem Spiegel-Bericht vom Januar verhängten die US-Behörden eine Millionenstrafe gegen Daimler wegen übermäßigen Spritverbrauchs – trotz Erfüllung der EMAS-Kriterien.

Die Alternativen: beste verfügbare Techniken...

Wäre der politische Wille vorhanden, könnte EMAS mit einem vertretbaren Aufwand innerhalb einiger Jahre in ein anspruchsvolles Umweltzeichen für Betriebe verwandelt werden. Die vom österreichischen Verbraucherrat in Auftrag gegebene Studie „Going beyond EMS“⁽²⁾ hat gezeigt, wie man Mindestanforderungen für die Umweltperformance festlegen könnte. Dabei wurden zwei Stufen unterschieden: eine niedrigere für die globale Ebene und eine höhere für entwickelte Länder wie die der EU, wobei letztere sektorspezifisch angelegt war. Am Beispiel der Textilindustrie wurde die Ableitung solcher Anforderungen exemplarisch beschrieben – basierend auf Dokumentationen bester verfügbarer Techniken (BREFs), Umweltzeichen- und anderen Kriterien.

Grundsätzlich wäre es nicht schwierig, sich für industrielle Anlagen auf die beste verfügbare Technik zu beziehen. Wo Toleranzbereiche angegeben werden, könnte man verlangen, dass sich ein EMAS-Betrieb im unteren Drittel bewegt. Für die nichtindustriellen und die nicht erfassten Betriebe müsste der Stand der Technik eigens festgelegt werden.

... und spezifische Schlüsselindikatoren

Auf gleiche Weise sollten aussagekräftige, vergleichbare Schlüsselindikatoren – vor allem (sub)branchen-, prozess- und produktspezifische – festgelegt werden. Allgemeine Indikatoren wie der gesamte Energie- oder Materialverbrauch des Unternehmens sind normalerweise kaum aussagekräftig.

Selbst wenn solche Daten bezogen auf den physischen oder wertmäßigen Output eines Unternehmens normiert werden – also zum Beispiel der Energieverbrauch

bezogen auf Produktmenge, Umsatz oder Wertschöpfung –, sagen sie wenig aus. Für eine wirklich seriöse Bewertung darf man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Verschiedene Unternehmen produzieren sehr unterschiedliche Dinge mit unterschiedlicher Fertigungstiefe. Soll man etwa Nike als Sportartikelvermarkter ohne eigene Produktion mit produzierenden Textilunternehmen vergleichen?

Durch den Bezug auf Wert und Wertschöpfung wird die tatsächliche Umweltbilanz verzerrt. Es ist klar, dass man mit BMWs mehr Wertschöpfung erzielen kann als mit Fiats. Die Umweltbelastungen bei der Produktion der Autos werden sich vermutlich nicht sehr stark unterscheiden – aber BMW wird besser dastehen als Fiat.

Bleibt man ausschließlich auf der betrieblichen Ebene, bleibt auch die Umweltbelastung der Produkte unberücksichtigt, die oft wesentlich stärker ist als die Belastung bei der Produktion. BMW hat einen deutlich höheren Flottenverbrauch als Fiat und würde daher bei einer Gesamtbetrachtung weitaus schlechter abschneiden. Der wesentliche Indikator für die Autoindustrie ist also der durchschnittliche Flottenverbrauch der Autos.

In einer Studie des Verbraucherrates über „Comparable environmental indicators for companies“⁽³⁾ sind die zahlreichen Probleme bei der Festlegung von vergleichbaren Indikatoren erörtert worden. Darin wird auch ein Verfahren zur Ableitung von Indikatoren vorgeschlagen.

Der Entwurf der EU-Kommission

Obwohl man vorher noch groß getönt hatte, dass EMAS III ein „standard of excellence“ werden soll, findet sich im Verordnungsentwurf der EU-Kommission nur eine einzige substanzielle Änderung: Allgemeine Schlüsselindikatoren für Energieeffizienz, Materialeffizienz, Wasser, Abfall, biologische Vielfalt und Emissionen sollen eingeführt werden und sektorspezifische Best-practice-Referenzdokumente samt Indikatoren werden angekündigt. Wie erwähnt, ist der Nutzen der Schlüsselindikatoren zweifelhaft. Und für die Referenzdokumente fehlen klare Zielsetzungen und

ein Prioritätenprogramm. Es bleibt abzuwarten, ob die dafür notwendigen Ressourcen überhaupt vorhanden sind und was in der Praxis herauskommen wird.

Außerdem enthält der Kommissionsentwurf noch eine Verpflichtung für Behörden, einem EMAS-Betrieb Gesetzeskonformität zu bestätigen. Nicht schlecht, aber auch nicht der große Sprung nach vorn. Alles andere dient lediglich der Promotion und Marktausweitung, auch über die EU hinaus, einschließlich einiger zusätzlicher Vergünstigungen für die Betriebe. Die Kommission träumt von 35.000 Registrierungen in zehn Jahren.

Es lohnt nicht auf Details einzugehen. Die im Vorfeld der Entwurfsphase durchgeführte EMAS-Evaluationsstudie EVER hat unter anderem gezeigt, dass selbst viele EMAS-Betriebe bezweifeln, dass EMAS für Spitzenniveau im Umweltschutz steht – umso mehr taten dies Betriebe ohne diese „Auszeichnung“. Die Studie skizziert mehrere Zukunftsszenarien für EMAS. Deren erstes war der „der schnelle beziehungsweise langsame Tod“. Wenn sich EMAS nur marginal von ISO 14001 abhebt – also nicht für nachgewiesene beste Umweltbestleistung steht –, werden allen Fördermaßnahmen zum Trotz die Stunden des Systems gezählt sein.

Anmerkungen

- ▶ (1) Position der Europäischen Verbrauchervertretung in der Normung (ANEC), der Europäischen Verbraucherorganisation (BEUC), des Europäischen Umweldachverbandes für Normung (ECOS) und des Europäischen Umweltbüros (EEB), Download (PDF, 11 S., 90 kB): www.anec.org/attachments/anec-env-2006-g-047.pdf
- ▶ (2) Force Technology, 2006, Download (PDF, 127 S., 630 kB): www.verbraucherrat.at/download/ems.pdf
- ▶ (3) Force Technology, 2008, Download (PDF, 115 S., 900 kB): www.verbraucherrat.at/download/envindicators.pdf

Franz Fiala leitet den Verbraucherrat am Österreichischen Normungsinstitut in Wien und die Umweltarbeitsgruppe der Europäischen Verbrauchervertretung in der Normung (ANEC).

Kontakt:
Tel. +43 (0)1 / 21300-709,
E-Mail:
franz.fiala@on-norm.at,
www.verbraucherrat.at



Abfallstatistik

Mehr Müll nach Deutschland

■ Deutschland hat im Jahr 2007 rund 6,2 Millionen Tonnen genehmigungspflichtiger Abfälle eingeführt. Nach einer Statistik des Umweltbundesamtes stammt rund ein Drittel des importierten Mülls aus den Niederlanden, ein Fünftel aus Italien. Auch aus Frankreich, Belgien und Irland wurden Schlacken, Filterstäube, Klärschlamm, Altöl, Lösungsmittel sowie Restfraktionen aus Abfallsortieranlagen importiert. Der Export genehmigungspflichtiger Abfälle ging mit 1,8 Millionen Tonnen leicht zurück.

Im letzten Jahr wurden außerdem über 19 Millionen Tonnen nicht genehmigungspflichtiger Abfälle exportiert. Dazu gehören zum Beispiel Metallschrott, Altpapier, Altglas, Kunststoff- und Textilabfälle. Etwa ein Zehntel davon wurde nach China exportiert, rund elf Millionen Tonnen in die Niederlande. Deutschland importierte gut 14 Millionen Tonnen Abfälle dieser Art. Insgesamt wurden zusätzlich zum eigenen Müllaufkommen also rund 20 Millionen Tonnen Abfälle aus Nachbarstaaten nach Deutschland eingeführt.

Im Sommer gab es Proteste gegen den Import von Müll aus Neapel nach Nordrhein-Westfalen, wo 60.000 Tonnen Abfälle an acht Müllverbrennungsanlagen (MVA) geschickt wurden. Nordrhein-Westfalen sei nicht das „Müllklo von Europa“, kritisierte der BUND. Doch das Geschäft mit dem Abfall ist lukrativ. Die MVA-Betreiber bemühen sich inzwischen auch international erfolgreich um Aufträge zur Auslastung ihrer Anlagen. Portugal hat diese Entwicklung bereits aufgegriffen und plant, eine elektronische Börse für den Handel mit Müll einzurichten. Umweltverbände kritisieren die überdimensionierten Anlagen, die verantwortlich für den Mülltourismus seien. [jg]

► www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/abfallstatistik/basel.htm

Wiederverwertung

Dauergifte zu Rohstoffen?

■ Die EU-Kommission hat im August einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Wiederverwertung von Produktabfällen, die persistente organische Verbindungen (POPs) enthalten, gestatten soll. Nach der bisher gültigen Verordnung über Abfälle mit hohem Gehalt an diesen langlebigen, gefährlichen Stoffen müssen diese „zerstört oder irreversibel transformiert“ werden. Dafür gibt es drei Möglichkeiten: physikalisch-chemikalische Behandlung, Verbrennung oder Nutzung für die Energieerzeugung. Die Wiederverwertung brauchbarer Anteile war bisher nicht vorgesehen. Allerdings wurde im Rahmen der Basler Konvention, eines internationalen Übereinkommens, im Jahr 2006 die Möglichkeit dafür geschaffen. Nun will die EU die Vorschriften anpassen.

Um die Emissionen von Dioxinen und Furanen zu reduzieren, hat die Kommission Grenzwerte vorgeschlagen, die aus der Müllverbrennungsrichtlinie von 2000 stammen. Nun sollen sich die EU-MinisterInnen zu dem Vorschlag äußern. [jg]

- Vorschlag der EU-Kommission:
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st12/st12249.de08.pdf>
- EU-Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

Gefährliche Abfälle

Neue EU-Handelsverordnung

■ Im August ist eine überarbeitete EU-Verordnung über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien in Kraft getreten. Die neue Verordnung nimmt das Verbot für europäische Unternehmen zurück, bestimmte Substanzen ohne die ausdrückliche Einwilligung des Empfängerstaates zu exportieren. Stattdessen sind an die Ausfuhr besondere Voraussetzungen geknüpft. Die ursprüngliche Verordnung von 2003 diente der Umsetzung der UN-Konvention über den Handel mit gefährlichen Chemikalien. Die sogenannte PIC-Konvention

(Prior Informed Consent) sieht für den Handel mit bestimmten gefährlichen Chemikalien ein Verfahren vor, nach dem die Importländer von den Exportländern über die Einfuhr informiert werden und dem Import zustimmen müssen. Die Konvention soll besonders Entwicklungsländer vor der Einfuhr von Stoffen schützen, zu deren sicherem Umgang sie keine ausreichende Infrastruktur haben. Der Europäische Gerichtshof hatte 2006 die Verordnung von 2003 aufgehoben, da sie sich auf eine falsche Rechtsgrundlage stützte.

Nach der neuen Verordnung ist es Unternehmen nun erlaubt, Chemikalien, die unter das Verfahren der PIC-Konvention fallen, auch dann zu exportieren, wenn es keine Einwilligung des Empfängerstaates gibt. Voraussetzung ist allerdings, dass das Unternehmen offiziell belegt, dass die Substanz in dem Empfängerstaat lizenziert, registriert oder autorisiert ist. Zudem muss die EU-Kommission die Lieferungen genehmigen und dabei mögliche Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt im Empfängerstaat berücksichtigen. Ausfuhrerlaubnisse sind für ein Jahr gültig. Nach Ablauf des Jahres bedarf es einer ausdrücklichen Einwilligung. [mv]

- Verordnung im EU-Amtsblatt:
www.kurzlink.de/voeg689/2008
- Rotterdam-Konvention: www.pict.int

Neue Abonnementpreise

Liebe Leserinnen und Leser, eine gute Zeitschrift zu machen ist aufwendig. Wir geben uns alle Mühe, Ihnen umwelt aktuell so günstig wie möglich liefern zu können. Leider müssen wir der allgemeinen Teuerung nachgeben und die Abopreise geringfügig erhöhen. Ab 2009 kostet ein Jahresabonnement 59,90 Euro, für Institutionen 99,50 Euro, jeweils zuzüglich Versandkosten. Das Online-Abo erhalten Sie künftig für 43,- Euro, als Institution für 86,- Euro. Das ermäßigte Abonnement bleibt bei 44,- Euro. Wir bitten um Ihr Verständnis. [Redaktion und Verlag]

Sondermüll**Gefährlicher als gedacht**

■ Die Langzeitsicherheit bisher genutzter Entsorgungsarten für gefährliche Abfälle ist nicht gewährleistet, eine „sorglose Entsorgung“ birgt auf lange Sicht mehr Gefahren als bisher gedacht. Das ist das Ergebnis einer Studie des Öko-Instituts, in der unterschiedliche Entsorgungsalternativen sowie 50 Abfallarten vergleichend bewertet wurden.

In vielen industriellen Prozessen fällt Sondermüll an, der gefährliche Schadstoffe enthält. Es geht dabei zum Beispiel um Filterstäube aus der Müllverbrennung, Stahlwerksstäube oder feste Abfälle und Schlämme aus der Abfallbehandlung. Zwar gibt es strenge Vorschriften zur Behandlung dieser Abfälle, doch niemand kann sagen, wie die Situation in 200 Jahren aussieht. Die Forschergruppe stellte fest, dass der Gehalt an Cadmium in den sechs am stärksten belasteten Abfällen rund zehnfach so hoch ist wie die gesamte aktuelle Wasser- und Luftbelastung durch Cadmium in Deutschland. Auch kleinste Mengen, die langfristig freigesetzt werden, können also großen Schaden anrichten.

Für eine adäquate Entsorgung stehen laut der Studie prinzipiell zwei Wege zur Verfügung, die den Ansprüchen an einen

langfristig sicheren Schadstoffeinschluss gerecht werden: die Verbringung unter Tage und das hochwertige Recycling dieser Metalle, soweit hohe Umweltschutzstandards eingehalten werden. Die Langzeitsicherheit von Entsorgungsalternativen über Tage sei dagegen deutlich geringer. Besonders kritisch ist laut Öko-Institut die sogenannte Immobilisierung, bei der hoch schadstoffkonzentrierte Filterstäube aus der Müllverbrennung und im Deponeibau über Tage „verwertet“ werden. [jg]

- ▶ Öko-Institut, Doris Schüler, Darmstadt, Tel. +49 (0)6151 / 8191-27, E-Mail: d.schueler@oeko.de
- ▶ Download der Studie (PDF, 428 S., 1,6 MB): www.oeko.de/oekodoc/730/2005-110-de.pdf

EU-Gerichtsurteil**Feinstaub-Klagen erlaubt**

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Ende Juli entschieden, dass BürgerInnen den gesetzlich vorgeschriebenen Aktionsplan gegen Feinstaubbelastung einklagen können. Geklagt hatte ein Anwohner des viel befahrenen Münchener Mittleren Rings. Das Urteil besagt, dass die EU-Mitgliedstaaten die Überschreitung der geltenden Grenzwerte „auf ein Minimum“

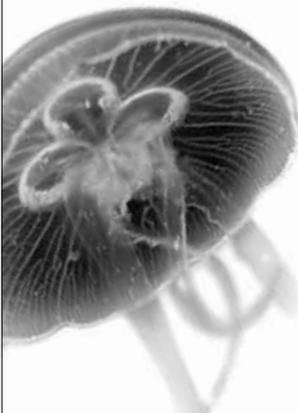
reduzieren müssen. Eine Überschreitung der Grenzwerte an sich ist demnach nicht untersagt. Seit 2005 sind pro Kubikmeter Luft im Tagesmittel höchstens 50 Mikrogramm Feinstaub in der Größe von zehn Mikrometern (PM₁₀) erlaubt. Dieser Wert darf nicht öfter als an 35 Tagen überschritten werden (Jahresmittel).

Im bundesdeutschen Recht ist bisher eine Einklagbarkeit von den in der EU vorgeschriebenen Aktionsplänen nicht vorgesehen. Nur konkrete Maßnahmen können eingeklagt werden. Der EuGH hat nun entschieden, dass die europäische Feinstaubrichtlinie einen „zwingenden Charakter“ hat, weshalb es möglich sein muss, die Verpflichtung der Behörden, Aktionspläne gegen Feinstaub zu erstellen, auch einzuklagen.

Die Deutsche Umwelthilfe kündigte an, auf Basis dieser Grundsatzentscheidung in ausgewählten Kommunen Eilverfahren zu starten. In besonders belasteten Städten und Ballungsräumen wie Stuttgart, München und in Nordrhein-Westfalen will der Verband Musterklagen betroffener BürgerInnen unterstützen. Klagebefugt sind künftig nicht nur BürgerInnen, die neben einer Messstelle wohnen, sondern alle EinwohnerInnen der Stadt. Damit könnten Einzelne mit einer einzigen erfolgreichen Klage die Feinstaubbelastung in der gan-

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen



Meere

Vom sorglosen Umgang mit einem endlichen Schatz

Intensiv genutzt, kaum geschützt: Die Meere sind in Gefahr, denn der Mensch überfischt sie, überzieht sie mit Müll und zerstört ihre sensiblen Ökosysteme. Die *politische ökologie*¹¹¹ beschreibt, wie bedeutsam die Meere sind, und was den einzigartigen Lebensraum bedroht. Aber sie zeigt auch, wie der Mensch die Meere wirksam schützen kann.

- _ Worin besteht die kulturelle Bedeutung der Meere?
- _ Warum schadet Bergbau in der Tiefsee?
- _ Wie sieht nachhaltiger Fischfang aus?

Mit Beiträgen von A. Klug, O. Groß, B. Pötter, H. Rumohr, K. Schacht u.v.m.

_ Stillen Sie Ihre Neugier! _ Fordern Sie die politische ökologie 111 an_14,90 EUR (inkl. Versand)/23,80 CHF!
_ ISBN 978-3-86581-120-2_oekom verlag_Fax 089/54 41 84-49_neugier@oekom.de_www.oekom.de



zen Stadt senken. „Es gibt ein Recht auf saubere Luft und der Bürger kann es einklagen“, erklärte der Anwalt des Klägers. „Dieses Urteil macht vielen Tausend Anwohnern belasteter Hauptverkehrsadern große Hoffnung.“ [jg]

- ▶ EuGH-Urteil: Az. C-237/07, www.curia.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de
- ▶ www.kurzlink.de/eu-feinstaub-duh

Chemikalienkennzeichnung

Schwarz auf weiß: Neue Piktogramme weltweit

■ Nur noch eine Formsache ist die Übernahme internationaler Regeln zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Chemikalien in EU-Recht. Nachdem das EU-Parlament Anfang September zugestimmt hat, fehlt nur noch eine formale Bestätigung des Ministerrats. Das weltweit harmonisierte GHS-System (Globally Harmonised System of Classification and Labelling) gilt dann auch in Europa.

Nach Inkrafttreten gelten neue Gefahrensymbole und Piktogramme, außerdem gibt es zum Teil neue Einstufungskriterien und Grenzwerte. Die neuen Piktogramme haben die Form einer rot umrandeten Raute mit schwarzem Piktogramm auf weißem Grund und warnen bildhaft vor den Gefahren. Für Stoffe wird die neue GHS-Kennzeichnung ab dem 1. Dezember 2010 verbindlich, für Gemische ab dem 1. Juni 2015.

Umweltverbände hatten gefordert, im Zuge der Neugestaltung auch Kennzeichnungspflichten unter anderem für langlebige (persistente) und sich im Organismus anreichernde (bioakkumulative) Chemikalien einzureichen, konnten diese aber ebenso wenig durchsetzen wie eine Kategorie „akute Toxizität“. [jg]

- ▶ GHS-Seite der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/enterprise/reach
- ▶ GHS-Leitfaden des Umweltbundesamtes (PDF, 82 S., 1,8 MB): www.umwelt Daten.de/publikationen/fpdf-l/3332.pdf

EU-Spielzeugrichtlinie: Puppen mit Schwermetall?

Wussten Sie, dass das Kuscheltier Ihres Kindes krebserregende Stoffe enthalten kann? Dass einige Puppen Schwermetalle wie Blei oder Cadmium abgeben könnten? Dass Ihr Baby auf einem Beißring kaut, der erbgutverändernde Substanzen freisetzen kann? Spielzeug soll eigentlich keine Gefahren für die Gesundheit unserer Kinder beinhalten. Doch nach dem Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der 20 Jahre alten Spielzeugrichtlinie sollen krebserregende, hormon- und erbgutverändernde Stoffe (CMR) sowie andere sehr gefährliche Chemikalien in Spielzeug weiter erlaubt sein: Neurotoxine, Phthalate, Flammschutzmittel sowie Duftstoffe, die Allergien auslösen können. Die Frauenumweltorganisation Women in Europe for a Common Future (WECF) fordert ein Verbot aller bekannten gefährlichen Chemikalien in Spielzeug, ohne Ausnahmen und Hintertüren. Es gibt keinen Grund, warum Spielsachen als nicht überlebensnotwendige Güter schädliche Substanzen enthalten sollten.

Europaweit sind Experten entsetzt über den EU-Vorschlag, der weit hinter vergleichbaren europäischen Richtlinien wie der Kosmetikrichtlinie oder der Lebensmittelverpackungsrichtlinie zurückbleibt. Klaus Brüggemann, Präsidiumsmitglied des TÜV-Verbandes, kritisiert: „Die vorgesehene erlaubte Konzentration von 0,1 Prozent bei CMR-Stoffen ist eintausendmal höher als das gesetzliche Limit für Lebensmittelverpackungen. Das bedeutet, dass bei einem ein Kilogramm schweren Spielzeug das Kind einem Gramm krebserregender Stoffe ausgesetzt wäre. Diese Substanzen sind extrem gefährlich und ich würde nicht einmal Studenten im ersten Semester erlauben damit zu arbeiten. Wie kann es also sein, dass unsere Kinder damit spielen?“

Der Entwurf der EU-Richtlinie geht zudem nur auf CMR-Stoffe ein. Andere bekannte gefährliche Chemikalien wie Phthalate, Neurotoxine, Schwermetalle oder bromierte Flammschutzmittel werden darin nicht berücksichtigt. Enthalten ist nur ein allgemeiner Verweis auf die Europäische Chemikalienverordnung, die allerdings den besonderen Anforderungen von Spielzeug nicht gerecht wird. Ähnlich verhält es sich mit Duftstoffen in Spielzeug: Kennen Sie ein Spielzeug, das riechen muss? Duftstoffe und sogenannte Sensitizer können Allergien auslösen. Die ersten Anzeichen für Allergien auf Duftstoffe

treten häufig schon bei Kindern unter zehn Jahren auf. Duftstoffallergien können nicht wie Lebensmittelallergien wieder abklingen, man leidet unter ihnen lebenslang. Deshalb ist es unverantwortlich, Duftstoffe in Spielzeug überhaupt zu erlauben. Der vorgelegte Gesetzesvorschlag sieht lediglich ein Verbot von 38 allergenen Duftstoffen vor, weitere 26 müssen deklariert werden.

Spielzeug wird ohne Angabe der Inhaltsstoffe verkauft, es gibt kein einziges aussagekräftiges europaweites Label. In Deutschland können sich Eltern noch am GS-Zeichen für „geprüfte Sicherheit“ orientieren, doch auch dieses soll laut Vorschlag durch das europäische CE-Zeichen ersetzt werden. 90 Prozent aller Spielwaren auf dem europäischen Markt sind importiert, der Großteil aus China. Die zahlreichen Rückrufe von Spielzeugprodukten etwa durch die US-Firma Mattel zeigen, wie unwirksam das CE-Zeichen ist. Unglücklicherweise halten viele KonsumentInnen das CE-Zeichen für ein Qualitätssiegel, es bedeutet jedoch nur, dass nach Auffassung des Produzenten das Produkt den wesentlichen gesetzlichen Anforderungen entspricht. Eltern haben aber das Recht zu wissen, welche Auswirkungen das von ihnen gekaufte Spielzeug auf die Gesundheit ihrer Kinder und bei Herstellung und Entsorgung auch auf die Umwelt haben kann. Wir brauchen ein europäisches Label für Spielzeug, das nach einer unabhängigen Prüfung durch Dritte und nicht durch den Hersteller selbst vergeben wird.

Die neue EU-Spielzeugrichtlinie soll noch Ende dieses Jahres verabschiedet werden. Zurzeit befindet sich der Vorschlag im federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz zur Beratung. Jetzt haben wir nach 20 Jahren die Chance, alle gefährlichen Chemikalien aus Spielzeug zu verbannen. Abgeordnete können sich auf ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, um eine verantwortungsvolle Entscheidung zum Schutz unserer Kinder zu treffen.

[Kommentar: Alexandra Caterbow]

Alexandra Caterbow ist Chemikalienreferentin bei WECF in München. Kontakt: Tel. +49 (0)89 / 2323938-0, Fax -11, E-Mail: alexandra.caterbow@wecf.eu, www.wecf.eu

Abwasser

Klärschlamm als Giftdünger?

■ Weil Dünger immer teurer wird, wird wieder mehr Klärschlamm auf die Felder gebracht. Doch eine Umweltuntersuchung in Baden-Württemberg hat ergeben, dass jede dritte Klärschlammprobe erhöhte Werte perfluorierter Tenside (PFT) enthält. Bei einem Gehalt von 100 Mikrogramm PFT pro Kilogramm Klärschlamm ist dort die Ausbringung verboten.

Klärschlamm kann eine große Anzahl von Schadstoffen beinhalten, denn ins Abwasser gelangen Medikamente, Reinigungsmittel, Krankheitserreger und andere in Haushalten anfallende Substanzen, illegalerweise aber auch Industrieabwässer und andere Chemikalien. Bei richtiger Behandlung können diese Risiken zwar minimiert werden, dennoch ist die Ausbringung auf Felder, auf denen Nahrungsmittel angebaut werden, höchst umstritten.

Auch die Kläranlagentechnik ist auf neue Herausforderungen wie nanotechnologisch verkleinerte Substanzen nicht unbedingt vorbereitet, wie eine Schweizer Untersuchung am keramischen Modellmaterial Ceriumdioxid zeigte. Eine unerwartet große Menge konnte eine Experimentierkläranlage verlassen und hätte so im Ernstfall in die Gewässer gelangen können. Im Klärschlamm selbst häufen sich Nanopartikel reaktionsbereit an der Oberfläche der Bakterien an, so ein weiteres Forschungsergebnis der ETH Zürich. In der Schweiz wird Klärschlamm generell verbrannt. Auch Bayern würde gern ein Ausbringungsverbot beschließen.

Die Klärschlammverordnung von 1992 wird zurzeit im Bundesumweltministerium (BMU) überarbeitet. Um mögliche Schadstoffkonzentrationen im Boden langfristig auszuschließen, sollen bestehende Schadstoffgrenzwerte verschärft werden. [jg]

- ▶ PFT-Untersuchung: www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/36513/
- ▶ ETH-Studie: <http://pubs.acs.org/cgi-bin/abstract.cgi/esthag/2008/42/i15/abs/es800091f.html>
- ▶ BMU-Entwurf zur Klärschlammverordnung: www.bmu.bund.de/abfallwirtschaft/downloads/doc/40647.php

Montrealer Protokoll

Die Ozonschicht wird besser geschützt – vielleicht

■ Die Europäische Kommission hat im August einen Gesetzesvorschlag zur Überarbeitung der bisher geltenden Rechtsvorschriften zum Schutz der Ozonschicht vorgelegt. Damit soll die Durchführung der geltenden EU-Verordnung verbessert und präzisiert werden. Ausnahmen und Abweichungen bei der Verwendung von ozonabbauenden Stoffen und die Bedingungen, unter denen diese Stoffe ein- und ausgeführt werden können, wurden genauer definiert.

Allerdings werden keine Minimalziele und Normen für die Rückgewinnung solcher Stoffe genannt, wenn das Produkt, das sie beinhaltet, zu Abfall wird. Dies hatte ein Beraterteam vorgeschlagen. Ozonabbauende Substanzen kommen beispielsweise in Kühlgeräten und Isoliermaterial vor und die EU-Kommission spricht sich auch dafür aus, sie nicht in die Atmosphäre freizusetzen. Wie dies ohne verbindliche Werte erreicht werden soll, bleibt aber unklar.

Die Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 über die Ozonschicht ist das europäische Äquivalent des Montrealer Protokolls von 1987, das den Schutz der Ozonschicht weltweit regelt. „Mit der Überarbeitung wird die Verordnung an die neuesten internationalen Abkommen angeglichen“, schreibt die Kommission, „insbesondere diejenigen, die den beschleunigten Ausstieg aus der Produktion und Verwendung von teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (HFCKW) im Rahmen des Montrealer Protokolls betreffen, und diejenigen, mit denen der endgültige Ausstieg bei Stoffen erreicht werden soll, für die Alternativen verfügbar sind.“ Auch der illegale Handel mit ozonabbauenden Substanzen soll verhindert werden. [jg]

- ▶ Seite der EU-Kommission zum Schutz der Ozonschicht: www.ec.europa.eu/environment/ozone/review.htm
- ▶ www.europa.eu/rapid (Search – Reference IP/08/1235)

KLIMA & ENERGIE

Internationale Klimaverhandlungen

Streitpunkt Waldschutz

■ In Accra (Ghana) haben sich im August rund 1.000 Delegierte aus 150 Staaten zu UN-Klimaverhandlungen getroffen, um die Klimagipfel 2008 im polnischen Poznań und 2009 in Kopenhagen weiter vorzubereiten. Schwerpunkte der Diskussionen waren die CO₂-Reduktionsziele von Industrie- und Schwellenländern, insbesondere China und Indien, die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels in Entwicklungsländern und die Entwaldung, auf dessen Konto etwa 20 Prozent der Treibhausgasemissionen gehen.

Einige Industrieländer forderten, dass ihnen der Schutz der tropischen Regenwälder bei der Erreichung ihrer Reduktionsziele angerechnet wird. „Wer das, was durch Entwaldung vermieden wird, von den Zielen der Industrieländer abziehen will, will entweder nicht viel gegen die Entwaldung oder nicht viel an Klimaschutz in den Industrieländern tun“, kommentierte Christoph Bals, politischer Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Im Zusammenhang mit den derzeitigen EU-Verhandlungen zum Klima- und Energiepaket forderte Germanwatch die deutsche Regierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Versteigerung von Zertifikaten im Emissionshandel zu einem gewichtigen Anteil für die Finanzierung internationaler Klimaschutzmaßnahmen wie dem Waldschutz genutzt wird.

Auf dem nächsten Klimagipfel im Dezember in der westpolnischen Stadt Poznań wollen die Staaten die Eckpunkte festlegen, um Ende 2009 in Kopenhagen ein Abkommen verabschiedet zu können. Dieses soll dem Kyoto-Protokoll nachfolgen, dessen Verpflichtungsperiode 2012 endet. [mv]

- ▶ Germanwatch, Christoph Bals, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60492-17, E-Mail: bals@germanwatch.org, www.germanwatch.org

„Konzerne haben die kostenlose Verteilung der Zertifikate zur Erhöhung ihrer Gewinne missbraucht“

Noch in diesem Jahr soll sich die Zukunft des EU-Emissionshandelssystems entscheiden. Wichtige Knackpunkte sind die Versteigerung von CO₂-Zertifikaten und Ausnahmeregeln für energieintensive Betriebe. Die eingenommenen Mittel sollten global und lokal zweckgebunden für den Klimaschutz eingesetzt werden, sagt der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese.

umwelt aktuell: Worum geht es in der Richtlinie zum europäischen Emissionshandelssystem?

Peter Liese: Die Richtlinie ist eines der Kernstücke des europäischen Klima- und Energiepakets. Neben der Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent und der Regelung zur CO₂-Abscheidung und -Lagerung ist auch die Lastenverteilung bei der Treibhausgasreduktion unter den Mitgliedstaaten sehr wichtig. Dabei geht es um alle CO₂-Emissionen, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind – das sind über 60 Prozent. Die wichtigen Bereiche Straßenverkehr und Gebäudeheizung gehören dazu. Auch hier müssen die Emissionen sinken. Die Emissionshandelsrichtlinie gilt seit 2005 und macht Unternehmen der Stromerzeugung und der energieintensiven Industrien wie Kalk, Zement und Stahl Vorgaben für ihre CO₂-Emissionen. Wenn sie die übererfüllen, können sie Zertifikate verkaufen; wenn sie aber mehr CO₂ verursachen als vorgegeben, müssen sie Zertifikate zukaufen. Dadurch soll sich der Markt in Richtung CO₂-arme Technologien entwickeln. Die bisherige Richtlinie funktioniert aber nur sehr schlecht, vor allem weil die Verteilung der Zertifikate nationale Aufgabe ist und die meisten Mitgliedstaaten ihre Unternehmen sehr großzügig mit Zertifikaten ausgestattet haben. Ende 2007 ist der CO₂-Zertifikatspreis dadurch fast auf null gesunken – es gab also keinen Anreiz mehr zu sparen. Die Kriterien sind in der zweiten Periode 2008 bis 2012 verschärft worden, aber nur eine einheitliche, strenge Verteilung der Zertifikate kann das Problem wirklich lösen. Deshalb hat die EU-Kommission Anfang des Jahres europäische Kriterien vorgeschlagen. Ich halte das für einen großen Fortschritt. In der zweiten Oktoberwoche stimmt der federführende Umweltausschuss darüber ab.

Was sind die wichtigsten Streitpunkte?

Die EU muss glaubwürdig das Ziel vertreten, bis 2020 30 Prozent der CO₂-Emissionen einzusparen, wenn andere Industriestaaten in einem internationalen Abkommen vergleichbare Verpflichtungen übernehmen sollen. Die Ziele der EU-Kommission erreichen nur eine 20-prozentige Reduktion. Man macht sich zu wenig Gedanken, wie man die 30 Prozent wirklich erreichen kann. Dies muss man aber tun, denn ein in-

ternationales Abkommen ist unverzichtbar – und die Chancen für einen solchen Vertrag steigen, weil sich zum Beispiel in den USA einiges ändert. Beide Präsidentschaftsbewerber, Obama und McCain, haben sehr konkrete Pläne. Außerdem müssen wir das richtige Signal an die Entwicklungsländer senden. Dafür ist der sogenannte Clean-Development-Mechanismus entscheidend, der Mittel zum Technologietransfer zur Verfügung stellt. Es darf aber nicht so sein, dass Anstrengungen zum Klimaschutz nur mit Geld aus Industrieländern in den Entwicklungsländern stattfinden, es muss auch hier reduziert werden. Die Mittel aus dem Emissionshandel sollten von den Mitgliedstaaten gezielt für Klimaschutz in den Industrie- und in den Entwicklungsländern ausgegeben werden. Außerdem muss die Lastenverteilung zwischen den einzelnen Sektoren fair sein. Ich glaube, dass der Flugverkehr mehr als die vereinbarten fünf Prozent Emissionsreduktion leisten kann. Andere Sektoren wie Stahl, Zement und Kalk sind mit den vorgeschlagenen 21 Prozent überfordert. Auch im Gebäudebereich können wir mehr tun als die Kommission vorschlägt: EU-weit minus zehn Prozent, in Deutschland minus 14 Prozent im Rahmen des sogenannten Effort Sharing.

In Deutschland gibt es Streit zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium um die Versteigerung der Zertifikate. Umweltorganisationen wollen eine vollständige Versteigerung. Und Sie?

Ich bin überzeugt, dass wir im Strombereich eine 100-prozentige Versteigerung brauchen. Die Stromkonzerne haben die kostenlose Verteilung der Zertifikate missbraucht, um ihre Gewinne zu erhöhen. Der Strompreis ist gestiegen, obwohl die Zertifikate nicht versteigert wurden, deshalb ist die Versteigerung folgerichtig. Sie gibt auch das richtige Preissignal an die Marktteilnehmer: Strom aus CO₂-intensiven Quellen wie Braunkohle wird teurer, Strom aus CO₂-freien Quellen wird im Vergleich preiswerter und damit wettbewerbsfähiger. Bei der energieintensiven Industrie ist die Sache etwas problematischer. Als Beispiel nenne ich ein Produkt wie Kalk. Kalk hat viele verschiedene Anwendungen, ein Großteil dabei auch im Umwelt- und Naturschutz. Anders als Strom kann man Kalk nicht CO₂-frei erzeugen, auch nicht

bei modernster Technologie. Es kann nicht unser Ziel sein, dass Kalk in Zukunft mit hohen Transportkosten und -emissionen aus der Ukraine oder aus Übersee kommt. Daher muss man für einen Teil der Industrie ein anderes System finden. Das heißt nicht, dass es keine Emissionsreduktion gibt, aber sie muss sich an technisch Machbaren orientieren. Ich schlage vor, dass der modernste Betrieb zum Standard erhoben wird und bis zu der Höhe seiner Emissionen eine freie Zuteilung erfolgt. Damit wird die Industrie nicht aus ihren Verpflichtungen zum Klimaschutz entlassen. Wir wären schon viel weiter, wenn dieses Benchmark-System schon 2005 eingeführt worden wäre.

Was bremst die Verabschiedung der Richtlinie?

Die größte Hürde ist der Grundsatzstreit um Versteigerung und Benchmarks. Für den Klimaschutz ist es wichtiger, dass erstens die Ziele tatsächlich erreicht werden, zweitens andere Sektoren wie Gebäude und Straßenverkehr strenge Ziele bekommen und drittens die Auktionseinnahmen zweckgebunden für Klimaschutz eingesetzt werden.

Was erhoffen Sie sich von der Umsetzung der Richtlinie in Deutschland?

Strom aus fossilen Quellen wird auf jeden Fall teurer. Das schafft einen großen Anreiz in CO₂-freie Stromerzeugung etwa durch erneuerbare Energien zu investieren. Bei einem intelligenten System kann auch die energieintensive Industrie viel einsparen. Entscheidend ist, dass sich überall in der Wirtschaft die Erkenntnis durchsetzt: CO₂-Reduktion – und damit Energiesparen – lohnt sich.

[Interview: Stefanie Langkamp]

Der EU-Parlamentarier Peter Liese (CDU) war Berichterstatter für die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 22845981
E-Mail: peter.liese@
europarl.europa.eu



Karriere für eine bessere Welt

Karriere machen, die Welt verbessern und auch noch glücklich sein – das sind ja gleich drei Wünsche auf einmal! Das geht doch gar nicht! – Oder doch? Das Buch »Die Zukunftsmacher« stellt Ihnen 23 inspirierende Menschen vor, die es geschafft haben, ihr Leben in den Dienst einer guten Sache zu stellen, erfolgreich zu sein und dabei glücklich und zufrieden zu werden.

J. Stefańska, W. Hafenmayer

Die Zukunftsmacher

Eine Reise zu Menschen, die die Welt verändern – und was Sie von ihnen lernen können

253 Seiten, mit Farbfotos, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-086-1

 oekom

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Erneuerbare Energien

EU-Abgeordnete ebnen den Weg

■ Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments hat mit großer Mehrheit für eine Verschärfung des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission zu erneuerbaren Energien gestimmt. Um den Anteil erneuerbarer Energien am Energieendverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen, sollen die Mitgliedstaaten verbindliche nationale Zwischenziele erreichen. Darüber hinaus sollen Staaten, die ihr Ziel bis 2020 verfehlen, Strafe zahlen. Die Gelder sollen in einen Fonds fließen und Staaten zugutekommen, die ihre Ziele übertreffen. Dies schaffe einen starken Anreiz die Verpflichtungen überzuerfüllen, sagte der Berichterstatter des EU-Parlaments Claude Turmes (Grüne/EFA, Luxemburg).

„Wir rücken näher an eine Energierevolution im Kampf gegen den Klimawandel“, sagte Frauke Thies, Greenpeace-Expertin für Energiepolitik. „Jetzt liegt es bei den Mitgliedstaaten den Deal wasserdicht zu machen.“

Die ParlamentarierInnen votierten auch für eine Abschwächung des umstrittenen Biokraftstoffziels. So soll der Anteil erneuerbarer Energien im Verkehrssektor von zehn Prozent bis 2020 nicht mehr hauptsächlich mit Biotreibstoffen, sondern zu 40 Prozent durch Elektro- und Hybridantriebe sowie mit Biokraftstoffen der zweiten Generation erreicht werden. Letztere werden aus Abfallstoffen wie Holzspänen oder Stroh gewonnen. Zudem verlangten die Abgeordneten für 2014 eine Überprüfung und endgültige Entscheidung über die Zielsetzung.

Bei den Zulassungskriterien für Biotreibstoffe forderte der Ausschuss, dass bei der Produktion und Nutzung des Kraftstoffs mindestens 45 Prozent weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre emittiert wird. Vorgeschlagen waren 35 Prozent. Ab 2015 soll die Schwelle bei 60 Prozent liegen. Zu der Entscheidung sagte Turmes: „Die EU-Kommission hat nicht den Mut, ihren Irrweg einzugestehen, das Europaparlament hat diesen Mut.“

Der Ausbau von Biokraftstoffen, die nicht nur eine zweifelhafte Klimabilanz aufweisen, sondern vor allem in Entwicklungsländern gravierende soziale und ökologische Zerstörungen verursachen, ist stark in die Kritik geraten. So müssen Regenwälder direkt oder indirekt dem Anbau der Energiepflanzen weichen und es entstehen riesige Flächen von Monokulturen, die mit der Nahrungsmittelproduktion konkurrieren. Studien von UN-Organisationen, der OECD und der Weltbank haben gezeigt, dass die Biotreibstoffproduktion mitverantwortlich für die steigenden Lebensmittelpreise ist, die in diesem Jahr zu einer Nahrungsmittelkrise und weltweiten Protesten führten. Umwelt- und Entwicklungsverbände fordern weiter, das europäische Biotreibstoffziel ganz zu kippen.

Bis Ende des Jahres wollen sich EU-Parlament und Ministerrat auf eine gemeinsame Linie einigen. [mv]

- ▶ Greenpeace, Frauke Thies, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2741912 E-Mail: frauke.thies@greenpeace.org, www.greenpeace.org
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Europäische Kommission

EU bald mit Klimakommissar?

■ Die Europäische Kommission wird bei ihrer Neubesetzung 2009 möglicherweise den Posten eines EU-Kommissars für Klimaschutz einführen. Das berichtete der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily. Die Amtszeit der derzeitigen Kommission endet am 31. Oktober 2009.

Hinter der Idee gebe es bedeutenden politischen Druck, erfuhr ENDS Europe Daily von einem hohen Beamten der Kommission. Über die Einführung eines neuen Ressorts entscheidet letztlich der zukünftige Kommissionspräsident. Bislang fallen klimarelevante Politikfelder in den Zuständigkeitsbereich mehrerer EU-KommissarInnen. [mv]

- ▶ ENDS Europe Daily: www.endseuropedaily.com

Wir können auch anders: EU statuiert Exempel im Luftverkehr

Beim Klimaschutz im Luftverkehr ist die Regionalmacht EU angetreten ein Exempel zu statuieren. Nach etlichen im Ergebnis frustrierenden Anläufen auf globaler Ebene kommt es nun zu einem Ansatz, der „auszustrahlen“ verspricht. Die Europäische Union will beim internationalen Luftverkehr zeigen, dass es auch ohne Konsens auf multilateraler (UN-)Ebene vorangehen kann. Sie hat im Sommer endgültig beschlossen, den Luftverkehr in den EU-Emissionshandel einzubeziehen.

„Einbeziehen“ bedeutet zweierlei:

- ▶ Für alle Flüge, die in der EU beginnen oder enden, sind Emissionsrechte vorzuweisen. Das gilt nicht nur für EU-interne Flüge (65 Millionen Tonnen Kohlendioxid 2004), sondern auch für Flüge zu und von Destinationen außerhalb der EU (zweimal 65 Millionen Tonnen CO₂).
- ▶ Fluggesellschaften müssen Rechte käuflich erwerben, zumindest teilweise. Die EU-Staaten werden dadurch 1,5 Milliarden Euro pro Jahr aus dem spezifisch „internationalen“ Flugverkehr einnehmen.

Die EU fordert also ein Eintritts- und ein Austrittsgeld. Sie bietet jedoch zugleich an, sich auf die Erhebung des Eintrittsgeldes zu beschränken, wenn der Herkunftsstaat es übernimmt, das Austrittsgeld der EU als sein Eintrittsgeld zu erheben. In aller Regel wird der Drittstaat nach dem angebotenen Geld greifen und somit faktisch dem EU-Emissionshandelssystem für den Luftverkehr beitreten. So kann das EU-System sich zu einem weltumspannenden System erweitern. Sollte die EU beim Luftverkehr erfolgreich sein, dürfte dem internationalen Seeverkehr alsbald dasselbe „drohen“.

Der Hintergrund: Die Staaten der Erde sind als Territorialstaaten verfasst. Die Vereinten Nationen (UN) müssten eigentlich „Vereinte Territorialstaaten“ heißen. Das Kyoto-Protokoll der UN beinhaltet eine Minderung der Emissionen von Industriestaaten entsprechend dem Konzept der Verantwortungszuweisung qua Herrschaft über ein nationales Territorium. Der „internationale“ Luft- und Seeverkehr steht quer zu diesem Konzept. Seine Emissionen steigen am stärksten, er gehörte also in gleichem Geiste geregelt. Das Ergebnis von Kyoto aber war: Der Luft- (und See-) Verkehr wurde in einen „natio-

nalen“ und einen „internationalen“ Teil aufgespalten. Der nationale Teil wurde in die Verpflichtungen der Industriestaaten eingeschlossen, der internationale dagegen blieb „ungedeckelt“. Als Ausweg setzte man auf die UN-Organisationen, die den zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden „internationalen Verkehr“ mäßigen sollten. Doch die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation ICAO versteht sich als Anwalt des Wirtschaftszweigs Luftverkehr und verteidigt ihn gegen Ansinnen des Umweltressorts. Für die Internationale Schifffahrtsorganisation IMO gilt dasselbe.

Der Ansatz der EU-Kommission hat sich durchgesetzt – allerdings mit einer auffälligen Ausnahme. Die flugspezifischen Klimaeffekte über die CO₂-Emissionen hinaus, in der Größenordnung von deren Doppeltem bis Vierfachem, bleiben ausgeblendet. Der Gesetzgeber erkennt dies als Verstoß gegen die Vorgaben des EG-Vertrags auch selbst an. Verantwortlich dafür ist der EU-Ministerrat, also die Regierungen der Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament hatte ein Vorgehen vorgeschlagen, das, wenn auch differenziert, die volle Klimawirkung abgedeckt hätte. Der Grund für die einschränkende Haltung des Rates dürfte in den erwarteten handelsrechtlichen Auseinandersetzungen liegen: Der Präzedenzcharakter dieses unilateralen Vorstoßes lässt vermuten, dass er vor das WTO-Streitschlichtungssystem gebracht wird. Also hat man in Brüssel den Ausgang eines solchen Verfahrens wohl kalkuliert.

Die handelspolitischen Kriterien zur Begrenzung der Anwendung des Vorsorgeprinzips hat die Berufungsinstanz der WTO, der Appellate Body, am Rinderhormon-Fall entwickelt. Handelsrechtlich akzeptabel sind danach nur Besorgnisse, die nach den Regeln guter Wissenschaft begründbar sind. Daher verbietet es sich für die EU, Angriffsflächen in Form von Regelungen zu bieten, die sich auf ungesicherte Forschungsergebnisse abstützen müssen. Der Ball, dies zu ändern, liegt im Feld der Wissenschaft.

[Kommentar: Hans-Jochen Luhmann]

Dr. Hans-Jochen Luhmann ist Energieexperte beim Wuppertal-Institut. Kontakt: Tel. +49 (0)202 / 2492-133, E-Mail: jochen.luhmann@wupperinst.org, www.wupperinst.org

Emissionshandel

Wirksames Instrument oder zahnloser Tiger?

■ Der Industrieausschuss des Europaparlaments hat sich für eine Aufweichung der EU-Richtlinie zum Emissionshandel eingesetzt. Mit knapper Mehrheit stimmten die Abgeordneten im September dagegen, dass sich das Treibhausgasemissionsziel bis 2020 automatisch von 20 auf 30 Prozent erhöht, wenn ein internationales Klimaabkommen zustande kommt. Der Weltklimarat IPCC hatte errechnet, dass die Industriestaaten ihre Emissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent verringern müssen, um die Erderwärmung unter der Gefahrenschwelle von zwei Grad zu halten.

Zwar bestätigte der Ausschuss die Pläne der EU-Kommission, ab 2013 die Emissionszertifikate zu 100 Prozent an stromerzeugende Unternehmen zu versteigern, er formulierte allerdings einige Ausnahmen. Energieintensive Industrien sollen die Zertifikate 2013 noch kostenlos erhalten und nicht zu 20 Prozent versteigern müssen, wie von der Kommission vorgesehen. Bis 2020 soll dann schrittweise eine vollständige Versteigerung der Zertifikate an das produzierende Gewerbe stattfinden.

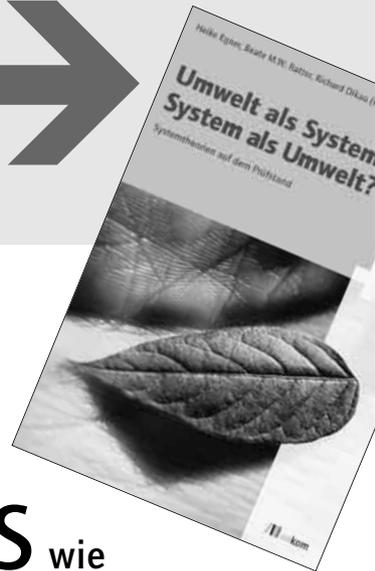
Umweltverbände kritisierten, es sei nicht bewiesen, dass energieintensiven Unternehmen durch den Emissionshandel Wettbewerbsnachteile drohen. Die Unternehmen behaupten dagegen, diese seien sogar so schwerwiegend, dass sie ihre Produktionsstätten nicht in der EU halten könnten. 2011 will die EU-Kommission umfassende Studien dazu vorlegen und hat vorgeschlagen, Ausnahmeregelungen zu einem späteren Zeitpunkt festzulegen.

Außerdem wollen die Parlamentarier den Unternehmen im Emissionshandel noch mehr Kredite durch umstrittene Projekte in Entwicklungsländern zugestehen.

„Die Abstimmung schwächt Emissionsreduktionen innerhalb der EU“, sagte Tomas Wyns vom Climate Action Network CAN Europe. Folgten andere Industriestaaten der EU, würden sich die Durchschnittstemperaturen um mindestens 3,6 Grad Celsius erhöhen. ▶

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Systemtheorien

Die Kluft zwischen Natur- und Sozialwissenschaften scheint unüberwindbar, obwohl die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerade eine Zusammenarbeit dieser Disziplinen erfordern.

Dieses Buch betrachtet Mensch-Umwelt-Beziehungen aus verschiedenen systemtheoretischen Perspektiven und greift exemplarisch die aktuelle Debatte um Klimawandel und Umweltschutz auf.

H. Egner, B. Ratter, R. Dikau (Hrsg.)
Umwelt als System - System als Umwelt?
 Systemtheorien auf dem Prüfstand
 oekom verlag, München 2008
 174 Seiten, 34,90 EUR
 ISBN 978-3-86581-112-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Der für die Richtlinie federführende Umweltausschuss des EU-Parlaments stimmt am 7. Oktober über Änderungsvorschläge ab. Umweltverbände fordern, die Stellungnahme des Industrieausschusses zu ignorieren und die Effektivität des Emissionshandelssystems zu stärken. Auch der EU-Ministerrat muss sich noch auf eine Linie einigen.

In Berlin ringen derzeit Umwelt- und Wirtschaftsministerium um eine gemeinsame deutsche Position. Zu den Forderungen von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU), nicht nur viele energieintensive Industrien, sondern auch neue Kraftwerke von der Versteigerung der Verschmutzungsrechte auszunehmen, sagte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD): „Das kann nur vorschlagen, wer den Emissionshandel nicht verstanden hat oder nicht will.“

Die Unionsfraktion stützte die Forderungen des Wirtschaftsministeriums mit einem Beschluss. „Die CDU/CSU entscheidet sich damit gegen Marktwirtschaft auf dem Strommarkt und für Milliarden-geschenke an die größten Klimasünder“, kritisierte Regine Günther, Klimaexpertin beim WWF. „In der Stromwirtschaft würden nach diesem Beschluss Neuinvestitionen zwischen 30 und 40 Prozent subventioniert.“ Der Emissionshandel als zentrales Element der EU-Klimapolitik solle gerade bei Neuinvestitionen bewirken, dass der Treibhausgasausstoß in die Investitionskalkulation einfließe, sagte Günther. Nur das schaffe Anreize, in CO₂-arme oder -freie Technologien und Brennstoffe zu investieren. [mv]

► WWF, Regine Günther, Tel. +49 (0)30 / 30874218,
 E-Mail: regine.guenther@wwf.de, www.wwf.de

Klimaschutz

Schlechte Noten für die EU

■ 75 Prozent der EuropäerInnen sind der Auffassung, der Klimawandel sei ein ernstes Problem. Über die Hälfte der EU-BürgerInnen glauben, die EU unternehme nicht genug, um die Erderwärmung zu stoppen. Das ergab eine Eurobarometer-Umfrage,

die die EU-Kommission im September in Brüssel vorstellte. Außerdem fühlen sich 41 Prozent nicht gut oder überhaupt nicht informiert. „Ich bin froh, dass die Bürger den Druck auf die EU-Institutionen aufrechterhalten“, sagte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. Um die Erwartungen der Menschen zu erfüllen, sei es wichtig, dass EU-Parlament und Ministerrat das von der EU-Kommission vorgeschlagene Klimapaket verabschiedeten. [mv]

► Eurobarometer-Umfrage:
www.kurzlink.de/umfrage-eu

EU-Energiepolitik

IEA verlangt Liberalisierung der Energiemärkte

■ In ihrem ersten Bericht über die Energiepolitik der EU hat die Internationale Energieagentur (IEA) die Mitgliedstaaten zur vollständigen Liberalisierung der Energiemärkte aufgerufen und sich damit auf die Seite der EU-Kommission gestellt. Der heftig umstrittene Gesetzesvorschlag der Kommission, der die eigentumsrechtliche Trennung von Produktion und Netz vorsieht, bezweckt den Abbau der Machtkonzentration bei den europäischen Energieerzeugern und die Förderung des transnationalen Handels mit erneuerbaren Energien.

Frankreich und Deutschland haben dagegen im EU-Ministerrat einen Kompromissvorschlag durchgesetzt, wonach die Mitgliedstaaten sowohl im Strom- als auch im Gassektor die Wahl zwischen beiden Systemen haben sollen. Entscheidet sich ein Staat gegen eine weitgehende eigentumsrechtliche Entflechtung, muss er eine unabhängige Übertragungsgesellschaft schaffen. Das EU-Parlament hat den deutsch-französischen Vorstoß bereits zurückgewiesen und die nächste Runde der Gesetzesdebatte eröffnet.

Darüber hinaus forderte IEA-Generaldirektor Nobuo Tanaka, der den Bericht im September in Brüssel präsentierte, die EU auf, wesentlich mehr in erneuerbare Energien zu investieren. Die Gelder, die die

EU bis 2013 für die Kernfusionsforschung vorgesehen habe, seien unverhältnismäßig hoch, wenn man berücksichtige, dass diese Technologie erst ab 2050 einen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten könne. [mv]

- ▶ IEA, Paris, Tel. +33 (0)1 / 40576550, www.iea.org
- ▶ IEA-Bericht: www.kurzlink.de/iea-eu-klimapolitik
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Spritverbrauch

2.850 Euro mehr in der Tasche

■ Die Automobilindustrie wäre bereits in der Lage den CO₂-Ausstoß ihrer Fahrzeugmodelle deutlich zu senken, sogar zu einem kostengünstigen Preis. Die zeigt eine neue Studie des Umweltbundesamtes (UBA). Um die CO₂-Emissionen eines Pkw um 20 Prozent zu senken, steigen laut der Studie die Herstellungskosten für ein Beifahrerfahrzeug um 280 bis 330 Euro und für ein Dieselfahrzeug um 680 bis 900 Euro. Das macht einen Mittelklassebenziner zwar etwa 450 Euro teurer, dafür müssen Besitzer eines effizienten Autos aber seltener an die Zapfsäule.

Exemplarisch hat die Studie für einen Mittelklassewagen mit Benzinmotor eine Einsparung von 2.000 Litern in zwölf Jahren errechnet. Mit einem zugrunde gelegten Benzinpreis von 1,41 Euro pro Liter (März 2008) ergab das eine Einsparung von 2.850 Euro. Wenn der Ölpreis wie erwartet weiter steigt, fallen die Einsparungen sogar noch höher aus.

Auch der geplante EU-Grenzwert von 130 Gramm CO₂ pro Kilometer, gegen den sich die Automobilindustrie heftig zur Wehr setzt, ist dem UBA zufolge mit der bereits verfügbaren Spritsteuertechnik zu erreichen, ohne dass hohe Kosten anfallen.

Mit der Studie widerspricht das UBA der Automobilindustrie, auf deren Daten die Berechnungen der EU-Kommission beruhen. Diese hatte wesentlich höhere Kosten veranschlagt. [ls]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/uba-grenzwert-pkw

CO₂-Grenzwert für Pkw

Industrieausschuss auf Seite der Autohersteller

■ Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments hat sich Anfang September für eine Abschwächung der EU-Richtlinie ausgesprochen, die Autohersteller dazu verpflichten soll, die durchschnittlichen CO₂-Emissionen ihrer Neuwagen von derzeit 158 auf 130 Gramm pro Kilometer zu senken. Während die EU-Kommission vorschlägt, den Grenzwert ab 2012 fest vorzuschreiben, macht sich der Ausschuss für eine schrittweise Einführung stark. 2012 sollen zunächst nur 60 Prozent der Neuwagenflotte den Grenzwert einhalten. Dies soll sich dann bis 2015 auf 100 Prozent steigern.

Umweltverbände warfen den Europaabgeordneten vor, sich dem Druck der Automobilindustrie zu beugen statt den Klimaschutz voranzutreiben. Das stufenweise Vorgehen bedeute in der Praxis, dass die Autohersteller die Grenzwerte nur auf den ohnehin effizienten Teil ihrer Produktion anwenden müssten und ihnen so eine Schonfrist von drei Jahren gewährt werde. Kerstin Meyer vom Europäischen Verband für Verkehr und Umwelt (T&E) sagte, dies komme einem „Aufruf zum Rauchverbot für Nichtraucher“ gleich.

Der Ausschuss forderte auch die Herabsetzung der zu zahlenden Strafen bei Überschreitung des Grenzwertes. Statt der vorgeschlagenen 95 Euro sollen nur 40 Euro pro überschüssiges Gramm CO₂ für jedes verkaufte Auto eines Modelltyps fällig werden. Werner Reh, Verkehrsexperte des BUND, kritisierte, damit entfalle die Lenkungswirkung solcher Strafzahlungen fast vollständig.

Die Stellungnahme des Industrieausschusses ging an den Umweltausschuss, der die Federführung für die Richtlinie innehat und am 25. September abstimmen wollte. Bei Redaktionsschluss lag die Entscheidung noch nicht vor. Die Plenarentscheidung des EU-Parlaments ist für Dezember vorgesehen. Auch die Umweltminister der Mitgliedstaaten müssen sich noch auf eine Linie verständigen. Bilateral

hatten sich Frankreich und Deutschland nach langem Streit bereits auf einen Kompromiss geeinigt, der ebenfalls Übergangsfristen vorsieht. [mv]

- ▶ Stellungnahme des Industrieausschusses: www.kurzlink.de/itre
- ▶ BUND, Verkehrsexperte Werner Reh, Berlin, Tel. +49 (0)177 / 4368948, E-Mail: werner.reh@bund.net, www.bund.net/verkehr

AKW-Laufzeiten

40-Milliarden-Euro-Deal von Union und Atomindustrie

■ Die CDU will nach ihrer wenig erfolgreichen Stromlückenkampagne – eine Studie des Wirtschaftsministeriums ergab, dass die Versorgung in Deutschland auch ohne Atomstrom gesichert ist – die BürgerInnen nun mit Geldversprechen von der Notwendigkeit eines Ausstiegs aus dem Atomausstieg überzeugen. Sie hat mit der Atomindustrie eine Abmachung getroffen: 40 Milliarden Euro sollen die Energieriesen in einen Fonds zahlen, wenn es zu einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten kommt. Dieser soll die Bürger von steigenden Energiekosten entlasten. „Wir werden den Menschen sagen, mit uns könnt ihr 40 Milliarden an Strom sparen“, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat allerdings errechnet, dass verteilt auf die Laufzeit der AKWs die Kilowattstunde Strom nur etwa 0,25 Cent billiger würde. „Das sind 8,75 Euro pro Haushalt und Jahr und das entspricht in etwa der Einsparung, die man mit einer einzigen Energiesparbirne erreichen kann“, sagte Verbraucherexperte Holger Krawinkel der Financial Times Deutschland.

Die CDU hat die Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke offiziell zum Wahlkampfthema für die Bundestagswahl 2009 erklärt. SPD-Fraktionschef Peter Struck sagte dazu, er freue sich auf den Wahlkampf, denn die meisten Menschen hätten Angst vor der ungelösten Endlagerfrage. [mv]

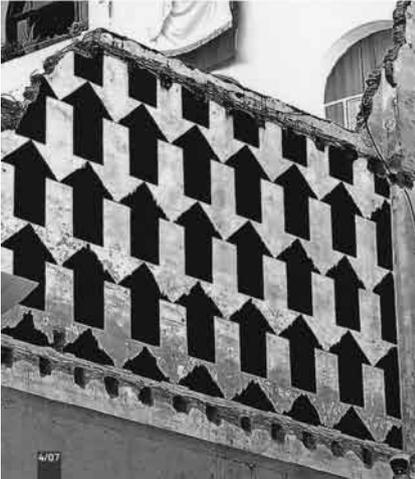
soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 17 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 18,- (für Studierende € 13,-).

Kostenloses Probeabonnement! Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Aboabstellungen:
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274
 E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at
 Web: www.ifz.tugraz.at/sote

Energieeffizienz

Umweltverbände starten Energieeffizienzkampagne

■ Im August hat die von mehreren Umweltverbänden gestartete Kampagne „Energieeffizienz jetzt“ wirksame Maßnahmen gefordert, um Bürger und Unternehmen zum effizienten Umgang mit Energie zu bewegen. Nur so könne der Stromverbrauch sinken und Deutschland sein CO₂-Reduktionsziel erreichen. Beteiligt an der vom Deutschen Naturschutzring (DNR) koordinierten Kampagne sind der BUND, der Bundesdeutsche Arbeitskreis für umweltbewusstes Management (B.A.U.M.), die Deutsche Umwelthilfe und das Öko-Institut.

Die Kampagne setzt vor allem bei Kühlschränken an, die einen großen Anteil am Stromverbrauch der Haushalte haben. Um auch einkommensschwachen Familien die Anschaffung eines teureren, aber sparsamen Kühlschranks zu ermöglichen, fordert der BUND ein Marktanreizprogramm. Außerdem müssten die Kennzeichnung der Geräte und das Angebot im Handel verbessert werden. Die Träger der Kampagne forderten die Bundesregierung auf, einen Energieeffizienzfonds einzurichten.

Für Verbraucher bietet das Projekt Eco-TopTen des Öko-Instituts eine Übersicht über eine breite Produktpalette von Energiesparlampen über Haushaltsgeräte bis hin zu Automodellen. Dabei werden auch die Folgekosten der Anschaffung mit einberechnet. Auch Qualität und Preis spielen bei der Bewertung eine Rolle.

Für Unternehmen hat B.A.U.M. ein Aktionsprogramm Betriebliche Energieeffizienz (B.E.E.) mit einem Energiekostencheck und Weiterbildungsangeboten für Mitarbeiter entwickelt. Zielgruppe sind vor allem mittelständische Betriebe, die sich eine Beratung von außerhalb sonst kaum leisten können. [ls]

- ▶ DNR, Projekt Energieeffizienz, Klemens Gieles, Mainaschaff, Tel. +49 (0)6021/44994911, E-Mail: info@pfpune.de, www.energieeffizienz-jetzt.de
- ▶ www.baumev.de
- ▶ www.ecotopten.de

Demonstrationen

„Klima schützen – Kohle stoppen“

■ Mehrere Tausend Menschen haben am 13. September unter dem Motto „Klima schützen – Kohle stoppen!“ vor Kohlekraftwerken in Hessen und Brandenburg demonstriert. Aufgerufen hatte die Klima-Allianz, ein Bündnis aus 100 Nichtregierungsorganisationen, die sich zusammengeschlossen haben, um politische Rahmenbedingungen für wirksamen Klimaschutz einzufordern.

„Was wir brauchen, ist ein sofortiges Kohlemoratorium“, erklärte der Vorsitzende des BUND Hubert Weiger auf der Abschlusskundgebung vor dem Kraftwerk Staudinger bei Hanau. In Deutschland seien mehr als 30 neue Kraftwerke in Planung oder im Bau. „Die Politik darf nicht länger den Ausbau der Kohlekraftwerke unterstützen und damit die eigenen Klimaziele unterlaufen. Neue Kohlekraftwerke sind die Sargnägel für die Klimapolitik in Deutschland“, sagte Weiger. Im hessischen Hanau plant Eon einen neuen Kraftwerksblock. Die Folge wäre ein Anstieg der CO₂-Emissionen des Kraftwerks von fünf auf neun Millionen Tonnen im Jahr.

Der für die Demonstration angereiste „Klima-Zeuge“ und Generalsekretär des Pazifischen Kirchenrates Fei Tevi machte die Kohleverbrennung in Europa mitverantwortlich für die Auswirkungen des Klimawandels. Viele der Inseln im Pazifischen Ozean würden von der See überflutet.

In Jänschwalde bei Cottbus (Brandenburg) will Vattenfall einen weiteren Kohlemeiler errichten. Für die Befuerung möchte das Unternehmen fünf neue Tagebaue anlegen. Drei Dörfer mit knapp 4000 Menschen sollen dafür umgesiedelt werden. „Vor Ort gibt es schon lange Protest, dieser ist nun bundesweit angekommen“, sagte Pfarrer Mathias Berndt in Jänschwalde. [mv]

- ▶ Die Klima-Allianz, Christina Hering, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, Fax -80, E-Mail: hering@forumue.de, www.die-klima-allianz.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Lebensmittelkontrolle

Ein Viertel der Betriebe mangelhaft

■ Lebensmittelkontrolleure in Deutschland haben im vergangenen Jahr bei fast jedem vierten Betrieb, der Lebensmittel herstellt, bearbeitet oder verkauft, Mängel festgestellt. Laut dem Jahresbericht Lebensmittelüberwachung 2007 des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) verstießen etwa 18 Prozent der überprüften Betriebe gegen Hygienebestimmungen. Sechs Prozent hatten ihre Produkte mangelhaft gekennzeichnet beziehungsweise irreführend beworben oder verpackt. Die Eigenkontrollen der Firmen wurden in rund sieben Prozent beanstandet.

Das BVL sammelt die Daten von den Bundesländern, die für die Lebensmittelüberwachung zuständig sind, und gibt sie an die Europäische Kommission weiter. Die Überwachungsbehörden kontrollierten mehr als 560.000 Betriebe, das sind knapp die Hälfte aller Unternehmen, die mit Lebensmitteln zu tun haben. Aber auch Nahrungsmittel selbst wurden untersucht. Von den über 400.000 Proben des Jahres 2007 fielen gut 15 Prozent beim Qualitätstest durch. Hauptmängel waren Verunreinigungen wie krankheitserregende Keime oder falsche Zusammensetzung, zum Beispiel Schweinefleisch im Wiener Schnitzel, das aus Kalbfleisch bestehen muss.

In den vergangenen sechs Jahren ging die Zahl der Kontrollen um rund acht Prozent zurück. Die Betriebe und Proben werden EU-weit nach einheitlichen Kriterien ausgewählt. Die Aufmerksamkeit der Kontrolleure gilt nach Angaben des BVL vor allem Unternehmen und Lebensmitteln, die besonders riskant für VerbraucherInnen werden können. [mbu]

- ▶ BVL, Braunschweig, Tel. +49 (0)531 / 21497-0, E-Mail: poststelle@bvl.bund.de
- ▶ Jahresbericht: www.bvl.bund.de/lmue

Getränkerecycling

Betrug mit Pfandflaschen im Einzelhandel

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat eine betrügerische Praxis bei der Rücknahme von Pfandflaschen aufgedeckt. Offenbar bereichern sich Großbrauereien in Discountern durch den sogenannten Pfandschlupf – auf Kosten der Kunden. Nach Recherchen der DUH im August kassieren Hersteller und Händler pro verkaufter Flasche 25 Cent. Der Trick: Die Bierflaschen sehen aus wie Mehrwegflaschen, sind aber Einwegprodukte. Wenn VerbraucherInnen die leeren Flaschen zurückbringen, bekommen sie nur acht Cent wieder – wie bei kleinen Mehrwegflaschen üblich.

Die Deutsche Umwelthilfe forderte die betroffenen Unternehmen auf, die Produktion und den Verkauf der irreführenden Bierflaschen sofort einzustellen. Falls dies nicht geschieht, will die Umweltorganisation gegen die Großbrauereien und den Discounter klagen. Auch der Verband Private Brauereien Deutschland kritisierte das „Unterwandern des Mehrwegsystems“ durch Konzerne und Einzelhandel. Der Wettbewerb dürfe nicht auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen werden und nicht zulasten des umwelt- und klimafreundlichen Mehrwegsystems gehen, hieß es.

Im Juli attestierte das Deutsche Verpackungsinstitut Mehrwegflaschen aus Kunststoff (PET) den geringsten CO₂-Ausstoß. Im Vergleich mit PET-Einwegflaschen belaste das Mehrweg-Pendant die Umwelt um 50 Prozent weniger mit Kohlendioxid. An zweiter Stelle standen Mehrwegflaschen aus Glas. Die günstige Ökobilanz erreichen Mehrwegflaschen dadurch, dass sie wiederbefüllt werden können. [mbu]

- ▶ DUH, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, Fax -77, E-Mail: info@duh.de, www.duh.de
- ▶ Verband Private Brauereien, Limburg, Tel. +49 (0)6431 / 52048, www.private-brauereien.de
- ▶ Arbeitskreis Mehrweg, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 95959-0, www.mehrweg.org

Genfrüchte

Für gentechnikfreie Äpfel

■ Gentechnik im Obstbau ist unnötig. Darüber waren sich Experten, Imker, Obstbauern und VerbraucherInnen bei der Fachtagung „Biofruit ohne Gentechnik“ Ende August in Dresden einig. Es sei nicht nachvollziehbar, warum trotz größter Sicherheitsrisiken weitergeforscht und nach Standorten für Freisetzung gesucht werde. In einer „Pillnitzer Erklärung“ appellierten die Teilnehmer an Politiker und Wissenschaftler, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Folgen ihres Handelns zu berücksichtigen. Die vermeintlich schnelle Lösung sei wegen der Risiken der Biotechnologie eher eine Scheinlösung. Die Gentechnik-KritikerInnen forderten unter anderem den Stopp aller Freilandversuche mit Genpflanzen sowie ein Moratorium bei der Gentechnik im Obstbau. Stattdessen sollten bewährte Züchtungsmethoden gefördert werden. [mbu]

- ▶ Institut für natürliche Lebensmittel, Dresden, Tel. +49 (0)341 / 2461169, www.sachsen-gentechnikfrei.de/biofruit

Ökolandbau

Bio-Nachfrage kann im Inland nicht gedeckt werden

■ Umwelt-, Erzeuger- und Verbraucherverbände haben verbindliche Ziele für den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft gefordert. In Deutschland werde erst auf gut fünf Prozent der Agrarfläche ökologisch geackert. Im vergangenen Jahr nahm die Zahl der Bio-Erzeuger um 6,5 Prozent zu, die Zahl der ausschließlich verarbeitenden Betriebe stieg um 24 Prozent, wie das Bundeslandwirtschaftsministerium im Juli mitteilte. Gleichzeitig werden ökologisch erzeugte Produkte immer stärker nachgefragt. Das habe zur Folge, dass fast die

Eine Bohne verändert die Welt

Nach Öl der wichtigste Rohstoff auf dem Weltmarkt und das beliebteste Getränk weltweit: Kaffee! Wie kein anderer Stoff formte er unsere Gesellschaft, beeinflusst Denken und Fühlen der Neuzeit, ist Politikum, um das Kriege geführt wurden, und bestimmt noch heute das Schicksal von Millionen. Virtuos erzählt Jacob seine Geschichte in einer einzigartigen kulturhistorischen Synthese. Aktuelle Karten und ein Nachwort zu den neuesten Entwicklungen im Kaffeehandel ergänzen den Klassiker.

H. E. Jacob

Kaffee

Die Biographie eines weltwirtschaftlichen Stoffes 357 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, 24,90 EUR ISBN 978-3-86581-023-6



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Hälfte der Bioprodukte inzwischen aus anderen Ländern importiert wird, monieren die Verbände, darunter der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), der Bundesverband der Verbraucherzentralen, der DNR und der BUND. Der Vorsitzende des BÖLW Felix Prinz zu Löwenstein plädierte dafür, die Umstellungsprämien zu erhöhen und Biobetriebe gezielt mit Investitionen zu fördern. [mbu]

► BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de

Pestizide

Ungesunde EU-Grenzwerte

■ Seit September gelten in der EU einheitliche Obergrenzen für erlaubte Pestizidrückstände in Lebensmitteln. Dadurch kann stärker belastetes Obst und Gemüse auf den Markt gelangen: Laut einer aktuellen Studie von Greenpeace und der österreichischen Umweltorganisation Global 2000 sind fast 700 der jetzt erlaubten Grenzwerte für Pestizidrückstände in Obst und Gemüse zu hoch. Vor allem die bei Äpfeln, Birnen, Trauben, Tomaten und Paprika zugelassene Dosis könne akute und chronische Erkrankungen verursachen, besonders bei Kindern.

Während der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) die neuen Werte für unbedenklich hält, befürchten Umweltverbände eine Gefährdung der Gesundheit. So würden die in Deutschland geltenden strengeren Grenzwerte nun meist durch weit höhere ersetzt. Greenpeace forderte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer auf, sich für eine Korrektur der Werte einzusetzen.

Für die Studie wurden die 170.000 von der EU-Kommission festgelegten Pestizidgrenzwerte nach EU-Maßstäben überprüft. Fast zehn Prozent der Früchte seien potenziell gesundheitsschädigend, hieß es. Mögliche chronische Folgeerkrankungen seien Krebs, Fortpflanzungs- und Hormonstörungen. Die Studie untermauert auch die Klage gegen die EU-Kommission, die das Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN Europe

beim Europäischen Gerichtshof eingereicht hat.

Das Umweltinstitut München wies im Sommer darauf hin, dass Pestizidhersteller in Deutschland ihren Umsatz 2007 um fast 11 Prozent gesteigert haben. Weltweit betrug die Steigerung 7,8 Prozent auf über 33 Milliarden Dollar Gesamtumsatz. [mbu]

► Global 2000, Wien, Tel. +43 (0)1 / 81257-30, Fax -28, www.global2000.at

Saatgut

EU macht Linda den Garaus

■ Die Kartoffelsorte Linda wird dieses Jahr möglicherweise zum letzten Mal geerntet. Nachdem im Frühjahr noch einmal 100 Kilogramm der bei VerbraucherInnen beliebten Knolle gepflanzt wurden, wartet der Freundeskreis Linda in Barum (Niedersachsen) auf die endgültige Entscheidung des Bundessortenamtes.

Vor vier Jahren zog der Saatgutkonzern Europlant die Zulassung für Linda zurück, obwohl diese eigentlich bis 2009 galt. Das war möglich, weil der staatlich gewährte Sortenschutz Ende 2004 auslief. Während dieser sogenannten Schutzzeit kann der Sorteninhaber die Zulassung verlängern oder zurückziehen. Europlant begründete die Streichung von der Sortenliste damit, dass die Kartoffel krankheitsanfällig sei. Der Freundeskreis durfte Linda in diesem Jahr „zu Forschungszwecken“ pflanzen.

Dass das Saatgutunternehmen gegen den Willen von Landwirten und VerbraucherInnen handeln konnte, ist legal: Die Erhaltungssortenrichtlinie der EU vom Juni 2008 begrenzt den Marktanteil von freien Sorten: Sie dürfen nur in der Ursprungsregion erzeugt und vertrieben werden. Keine Sorte darf einen Marktanteil von 0,5 Prozent überschreiten, der Anteil aller freien Sorten zusammen darf nicht mehr als zehn Prozent betragen.

Gibt das Bundessortenamt grünes Licht, könnte Linda lizenzfrei angebaut und vermarktet werden. Sollte die Wiederezulassung in Deutschland scheitern, kommt Linda vielleicht über Großbritannien wie-

der auf den Teller. Auch dort wurde die Wiederezulassung beantragt. Klappt dies, darf das Saatgut in allen EU-Ländern verkauft und angebaut werden. [mbu]

- Linda-Freundeskreis, Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 / 407757, www.kartoffelvielfalt.de

Ökolandbau und Klima

Ein Fünftel weniger CO₂

■ Einer Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) zufolge können durch Umstellung auf Ökolandbau 15 bis 20 Prozent Treibhausgase eingespart werden. Aus Klimasicht schneidet damit die Biolandwirtschaft besser ab als die konventionelle. Die Wissenschaftler verglichen die Klimawirkungen von Weizen, Milch, Schweine- und Rindfleisch in konventionellen und Biobetrieben. Sie fanden „sehr große Einsparmöglichkeiten für Klimagase in der Landwirtschaft“. Darum müsse die Landwirtschaft Teil der Klimapolitik werden, so die IÖW-Forscher.

Während Biobauern und Erzeugerverbände sich mit den Ergebnissen der Studie zufrieden zeigten, blieb die Verbraucherorganisation Foodwatch als Auftraggeberin skeptisch. Der Ökolandbau sei kein Klimaretter, sagte Geschäftsführer Thilo Bode. Nur, wenn weniger Milch und Rindfleisch produziert und verzehrt würden, hätte das einen spürbaren Effekt auf das Klima. Bio-Erzeugerverbände wie Naturland oder der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft verwiesen darauf, dass BiokundInnen ohnehin weniger Fleisch essen würden, weil es teuer sei und es weniger davon gebe.

Beim Getreide ist die Situation eine andere: Je Kilogramm Weizen entsteht laut IÖW-Studie mit ökologischer Bewirtschaftung weniger als die Hälfte Treibhausgase als in der industriellen Landwirtschaft. Ein Grund dafür ist, dass Ökobauern keinen mineralischen Stickstoffdünger verwenden, der besonders klimaschädlich ist.

[mbu]

- IÖW-Studie (PDF, 203 S., 870 kB): www.kurzlink.de/klimaeffekt-agrar

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Förderprogramm LIFE+

Gelder jetzt beantragen

■ Bis zum 21. November läuft die Antragsfrist für das EU-Naturschutzförderprogramm LIFE+. Für die drei Bereiche „Natur und Biologische Vielfalt“, „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ sowie „Information und Kommunikation“ stehen jeweils eigene Dokumente, Leitlinien und Formulare im Internet. „LIFE+ Natur“ kofinanziert ausgewählte innovative Projekte zum Stopp des Biodiversitätsverlusts. Maximal 50 Prozent der Projektkosten werden gefördert. Für projektbezogene Zuschüsse aus LIFE+ stehen in diesem Jahr 207,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld wird mindestens zur Hälfte für Maßnahmen zur Erhaltung der Natur und der biologischen Vielfalt eingesetzt. Für deutsche Projekte stehen gut 24 Millionen Euro bereit. [bv]

- www.kurzlink.de/life2008

Höhenschutz

Gefährdete Tropfsteine

■ Die höhlenforschenden Verbände Europas fordern ein Verbot des Handels mit Tropfsteinen ähnlich dem Handelsverbot für bedrohte Tierarten. Der Diebstahl eines Stalagmiten aus der Binghöhle in der Fränkischen Schweiz und der Verkauf solcher Steine auf Messen zeige den dringenden Handlungsbedarf. Mit einer Anfrage an die EU-Kommission und einer Deklaration zum Höhlenschutz im EU-Parlament wollen die Verbände den Schutz der Höhlen- und Karstgebiete sowie der Höhleninhalte vorantreiben. Dazu sind noch die Unterschriften von mehr als der Hälfte der Parlamentsabgeordneten nötig. [bv]

- Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher, Bärbel Vogel, Tel. +49 (0)8657 / 983787, E-Mail: b.w.vogel@gmx.de, www.vdhk.de

Artenschutzrecht USA

Umweltgutachten stören

■ Die US-Regierung will neue Verfahrensvorschriften erlassen, die die bisher vorgeschriebenen unabhängigen Umweltgutachten für staatlich finanzierte Projekte abschaffen. Das berichtet das Internetportal Geograffitico. Das Artenschutzgesetz (Endangered Species Act) ist seit Jahren vor allem den Republikanern ein Dorn im Auge. Alle Versuche, das Gesetz zu lockern, waren 20 Jahre lang im Kongress gescheitert. Da es sich bei dem neuen Vorstoß nicht um eine Gesetzesänderung, sondern um eine veränderte Verfahrensvorschrift handelt, ist keine Zustimmung durch Senat und Repräsentantenhaus erforderlich.

Künftig soll es den zuständigen Behörden überlassen bleiben, ob und wann sie ein solches zeit- und kostenintensives Umweltgutachten in Auftrag geben. Sie müssen lediglich den für Artenschutz zuständigen Fish and Wildlife Service oder die für den Meeresschutz verantwortliche National Oceanic and Atmospheric Administration durch ein formloses Schreiben oder einen Anruf konsultieren. Sofern die beiden Behörden nicht innerhalb von 60 Tagen Bedenken angemeldet haben, müssen sie im weiteren Verlauf der Planungen nicht mehr berücksichtigt werden. [bv]

- www.scienceblogs.de/geograffitico/2008/08

Umweltrecht Brasilien

Lula droht mit Strafen

■ Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat Ende Juli eine Verordnung zu schärferen Strafen für Umweltsünder unterzeichnet. Danach können Umweltvergehen künftig mit Geldstrafen von umgerechnet bis zu 20 Millionen Euro geahndet werden. Um die Strafe einzutreiben, kann das brasilianische Umweltinstitut Besitztümer von Umweltsündern beschlagnahmen. Zudem soll eine Umweltpolizei die Naturschutzgebiete schützen. Umweltorganisationen wie Friends of the Earth und Greenpeace zeigten sich skeptisch. ►

Seit dem Rücktritt von Umweltministerin Marina Silva im Mai habe es wieder mehr Verletzungen des bereits geltenden Umweltschutzes gegeben, die auch von Lula und seinem neuen Umweltminister Carlos Minc nicht verhindert worden seien. Brasilien hat zwar einige der schärfsten Umweltschutzgesetze der Welt, ihre Durchsetzung erfolgt aber oft lückenhaft. So kritisieren Naturschützer, dass 2007 nur ein Prozent der verhängten Bußgelder gegen Umweltsünder am Amazonas auch tatsächlich eingetrieben worden sei. [bv, mb]

► www.regenwald-institut.de

Umweltgutachten

Klimaschutz durch angepasste Landnutzung

■ In seinem neuen Umweltgutachten weist der Sachverständigenrat für Umweltfragen darauf hin, dass dem Natur- und Landschaftsschutz eine wichtige Funktion sowohl für den Klimaschutz als auch für mögliche Anpassungen an den Klimawandel zukommt. Diese nichttechnische Seite von Klimaschutz und -anpassung komme in der Klimapolitik bislang zu kurz. Ein naturschutzkonformes Landmanagement vermeide oder verringere Treibhausgasemissionen und könne die Empfindlichkeit von Natur und Landschaft gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels reduzieren. Künftig sollten EU-Agrarsubventionen und sogenannte Cross-Compliance-Mittel nur mit verbindlichen Kriterien des Biodiversitäts- und Klimaschutzes vergeben werden, fordern die Sachverständigen. Schädliche Anreizmaßnahmen in der Energie- und Landwirtschaftspolitik seien zurückzunehmen. [bv]

- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Dr. Ulrike Doyle, Tel. +49 (0)30 / 263696123, E-Mail: ulrike.doyle@uba.de, www.umweltrat.de
- Umweltgutachten 2008. Umweltschutz im Zeichen des Klimawandels. Erich Schmidt, Berlin 2008, ca. 1000 S. (in Vorbereitung), ISBN 978-3-503-11091-9. Download: www.umweltrat.de

Rote Liste

Jede zweite Vogelart bedroht

■ 30 Vogelarten stehen laut der im September veröffentlichten Roten Liste für Deutschland unmittelbar vor dem Aussterben. Insgesamt 100 der 260 einheimischen Vogelarten sind gefährdet. Am meisten bedroht sind Arten der Agrarlandschaft, besonders des Grünlandes. Andererseits konnten seltene Arten wie Wanderfalke, Seeadler, Kranich und Uhu nach intensivem Schutz als ungefährdet eingestuft werden. Die Rote Liste der Brutvögel Deutschlands wird alle fünf Jahre herausgegeben. [bv]

► www.nabu.de/m05/m05_03/01117.html

Forstwirtschaft

EU importiert Raubbauholz

■ Nahezu ein Fünftel des 2006 in die EU importierten Holzes stammt aus illegaler Abholzung und trägt zu Waldsterben und Klimawandel bei. Das ergab ein WWF-Bericht, der im Juli veröffentlicht wurde. Trotz der seit 2005 geltenden FLEGT-Verordnung zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlages importiert die EU noch immer große Mengen illegal gewonnenen Holzes. Die EU-Kommission will noch 2008 eine Revision der FLEGT-Verordnung vorschlagen, die derzeit vor allem auf freiwillige Partnerschaften zwischen der EU und den Holzexportländern setzt. Der WWF fordert, Importeure zum Nachweis zu verpflichten, dass ihr Holz aus kontrollierten Quellen kommt. [bv]

► Download (engl., PDF, 4,3 MB): www.kurzlink.de/wwf-illegal-wood

Biodiversität I

Bienenvielfalt steigert Ertrag

■ Wenn viele verschiedene Bienenarten die Pflanzen bestäuben, wächst der Ertrag von Nutzpflanzen. Das fanden Wissenschaftler der Universität Göttingen heraus.

Sie untersuchten die Bestäubung von Kürbispflanzen durch Wildbienen und stellten fest: Je mehr Bienenarten die Pflanzen bestäuben, desto höher ist der Ertrag. Dabei war die Artenvielfalt der Bienen entscheidender als ihre Gesamtzahl. Interessant sei das Ergebnis auch bei der in Deutschland verbreiteten intensiven Landwirtschaft für die Ertragssteigerung von Raps und Obstbäumen. [bv]

► Universität Göttingen, Dr. Teja Tscharntke, Tel. +49 (0)551 / 399209, E-Mail: ttschar@gwdg.de

Biodiversität II

Brachen vor dem Aussterben

■ Deutsche Landwirte haben in der laufenden Saison mehr als 300.000 Hektar stillgelegter Flächen für Mais, Raps und Getreideanbau umgebrochen und damit Lebensraum von bedrohten Tier- und Pflanzenarten vernichtet. Zwischen 38 und 80 Prozent der ehemaligen ökologischen Ruheflächen fielen im vergangenen halben Jahr der agrarindustriellen Produktion aufgrund der weltweiten Energieknappheit und den hohen Getreidepreisen zum Opfer. Die Deutsche Umwelthilfe warnte Ende Juli vor unwiederbringlichem Verlust der Biodiversität und forderte das sofortige Ende der Flächenausweitung. [bv]

- DUH, Leiter Naturschutz Dr. Frank Neuschulz, Gorleben, Tel. +49 (0)160 / 8950556
- www.kurzlink.de/artentod-auf-brachen

Geoinformationen

Geodaten leichter zugänglich

■ Daten mit räumlichem Bezug werden durch das Ende Juli beschlossene Geodatenzugangsgesetz einfacher zugänglich und nutzbar. Es ermöglicht über das Geoportal Bund den Internetzugang zu harmonisierten Geodaten und Metadaten zu deutschen und europäischen Umweltthemen. [bv]

► www.geoportal.bund.de

STADT & REGION

Zersiedelung**Amt will Flächenfraß stoppen**

■ Das Umweltbundesamt (UBA) möchte der zunehmenden Zersiedelung Grenzen setzen. In einer neuen Publikation zum Flächenverbrauch in Deutschland erläutert die Behörde dessen soziale, wirtschaftliche und ökologische Folgen. Jeden Tag gehen in Deutschland 113 Hektar Land durch den Bau von Wohnungen, Straßen oder Gewerbeflächen verloren. Gut die Hälfte der Siedlungs- und Verkehrsflächen ist bereits versiegelt. Diese Böden können ihre Funktionen im Naturhaushalt als Lebensgrundlage und Teil der Wasser- und Stoffkreisläufe nicht mehr erfüllen. Pro EinwohnerIn sind es 564 Quadratmeter, die für Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Erholung bereits versiegelt wurden – Tendenz steigend. Je mehr Flächen besiedelt werden, desto höher sind der Ausstoß von Treibhausgasemissionen und der Verbrauch von Energie und Material. [jg]

- Download (PDF, 23 S., 570 kB): www.uba.de/uba-info-presse/hintergrund/flaechen.pdf

Ökologische Stadtbeleuchtung**Wettbewerb für Kommunen**

■ Rund ein Drittel der Straßenbeleuchtung in Deutschland ist über 20 Jahre alt, entspricht nicht dem heutigen Stand der Technik, verursacht unnötig hohe Energiekosten und ist sehr wartungsanfällig. Das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben deshalb gemeinsam einen bundesweiten Wettbewerb für energieeffiziente Stadtbeleuchtung ins Leben gerufen. Kommunen sollen Konzepte zur Erneuerung ihrer Beleuchtung vorlegen – die besten können eine Investitionsförderung erhalten.

Für die Beleuchtung von Straßen, Plätzen und Brücken werden in Deutschland

jedes Jahr drei bis vier Milliarden Kilowattstunden Strom verbraucht. Bereits mit der heute verfügbaren Technik könnte der CO₂-Ausstoß von rund zwei Millionen Tonnen halbiert und gleichzeitig die Lichtqualität verbessert werden.

Der Deutsche Naturschutzring ist in der begleitenden Fachjury durch einen Energieexperten des Naturschutzbundes vertreten. Zusätzlich will der NABU weitere Projekte zur Außenbeleuchtung von Gebäuden, Sportstätten, Plätzen und Straßenzügen anregen, die auf den technischen und sonstigen Empfehlungen aus dem Bundeswettbewerb aufbauen. Zusammen mit Kooperationspartnern, den 1.500 regionalen NABU-Gruppen sowie Akteuren vor Ort sollen innovative Lösungen unterstützt und beschleunigt werden. [jg]

- www.bundeswettbewerb-stadtbeleuchtung.de
- NABU, Carsten Wachholz, Tel. +49 (0)30 / 284984-1617, E-Mail: carsten.wachholz@nabu.de

Alternative Energien**Solarpreis für „Öko-Diktatur“**

■ Die mittelhessische Stadt Marburg ist für ihre bundesweit einzigartige Solarsatzung, die Sonnenkollektoren auf Neubauten verbindlich vorschreibt, für den Deutschen Solarpreis 2008 nominiert worden. Was Lobbyorganisation Eurosolar eine „verbindliche und wegweisende Gesetzesinitiative“ nennt, bezeichnet die örtliche Opposition aus CDU und FDP jedoch als „Öko-Diktatur“ (umwelt aktuell 07.08, S. 23). Auch das CDU-geführte Regierungspräsidium in Gießen wollte die Satzung noch vor dem Start am 1. Oktober stoppen, da sie die Regelung als rechtswidrigen Eingriff ins Eigentumsrecht ansieht. Dagegen wiederum wollten SPD und Grüne mit einer Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof und mit der Reform der hessischen Bauordnung im Wiesbadener Landtag vorgehen. Der Preis soll am 18. Oktober in Bonn verliehen werden. [jg]

- Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362373, E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.org

TIERSCHUTZ & ETHIK

Ernährungsstil**Klima-Avantgarde auf dem Weltvegetarierkongress**

■ Im August fand in Dresden der 38. Weltvegetarierkongress statt – genau 100 Jahre nach dem ersten Treffen. 1908 war in der sächsischen Hauptstadt die Internationale Vegetarier-Union (IVU) gegründet worden. Ein Hauptthema war in diesem Jahr der Einfluss der Ernährungsweise auf das Klima. Nach UN-Angaben ist die Nutztierhaltung für 18 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Dabei geht es vor allem um Lachgas und Methan, beide weitaus schädlicher als CO₂. In Dresden warben Vegetarier auch mit diesem Argument nachdrücklich für ihre Lebensweise.

Für einen fleischlosen Speiseplan spricht in den Augen der Kongressteilnehmer neben Gesundheitsgründen auch die große Menge an Nahrungsmitteln, die statt der Verfütterung an Masttiere zur Bekämpfung von Hunger eingesetzt werden könne. Rechne man das Futter für ein Rind gegen das Fleisch auf, das am Ende verzehrt werde, sei die Viehhaltung unrentabel und verschwenderisch, hieß es in Dresden. Durch steigenden Fleischkonsum in den Schwellenländern werde sich das Problem noch verschärfen. Demgegenüber ist die Herstellung von Biosprit aus Nahrungsmitteln nach Ansicht der IVU ein geringes Problem. Die Vegetarier forderten konkrete Maßnahmen wie Methangrenzwerte für die Agrarproduktion.

Mittlerweile essen in Deutschland immer mehr Menschen weniger oder gar kein Fleisch. 2006 sank der Fleischkonsum auf den niedrigsten Wert seit zwanzig Jahren. Etwa neun Prozent der Deutschen sind nach IVU-Angaben Vegetarier. Durch den Kongress hofft der Verband darauf, dass es bald noch mehr werden. [ls]

- Kongress: www.ivu.org/congress/2008
- Vegetarierbund Deutschland, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 36320-50, Fax -07, www.vebu.de

Robbenjagd

EU gegen Robbenprodukte

■ Die EU will den Handel mit zweifelhaften Robbenerzeugnissen verbieten. Ein Gesetzesvorschlag der EU-Kommission vom Juli sieht ein Verbot für den Fall vor, dass die Tiere unter „unnötigen Qualen“ getötet wurden. Mit Robbenprodukten soll nur noch gehandelt werden dürfen, wenn Garantien dafür vorliegen, dass dies nicht geschehe. Eine Ausnahme soll für die traditionelle Robbenjagd der Inuit gelten. Der Vorschlag wird nun EU-Parlament und Ministerrat vorgelegt.

Der Kommission zufolge werden jährlich rund 900.000 Robben getötet, ein Drittel davon geht in die EU. Tierschützer fordern ein vollständiges Jagdverbot. Der Deutsche Tierschutzbund kritisierte die

Ausnahmeregelungen. Präsident Wolfgang Apel sagte, wenn die EU nicht handle, müsse Deutschland dem Beispiel der Niederlande und Belgiens folgen und ein nationales Verbot durchsetzen.

Bei der Robbenjagd gebe es keine „humanen“ Tötungsmethoden, kritisierte auch Thomas Pietsch, Wildtierexperte der Tierschutzstiftung Vier Pfoten. Zudem sei das jährliche Abschachten auf dem Eis kaum kontrollierbar. Deshalb stelle sich auch die Frage, wer die Garantie für die Jagd ohne „unnötige Qual“ erbringen müsse. [bv]

- ▶ Vier Pfoten, Marlene Wartenberg, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 74008 88, www.vier-pfoten.eu
- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de
- ▶ EU-Kommission (engl.): www.ec.europa.eu/environment/biodiversity/animal_welfare

Schlachttiere

Schlachthöfe sollen Tierschützer einstellen

■ Die EU-Kommission hat Mitte September eine Verordnung zur Verbesserung des Tierschutzes bei der Schlachtung oder Tötung vorgeschlagen. Dem Gesetzesentwurf zufolge müssen Schlachthöfe künftig Personal beschäftigen, das für den Tierschutz zuständig ist, und für eine ordnungsgemäße Ausbildung des Personals sorgen. Die neue Verordnung soll auch vorschreiben, dass die Hersteller von Betäubungsgäräten Anleitungen zur Einhaltung der Tierschutzbestimmungen bereitstellen. Außerdem werden einige technische Normen an den wissenschaftlichen Fortschritt angepasst. Die Mitgliedstaaten werden ver-



Foto: NASA (www.nasa.gov)
LeagasDeLaney.de

Verändern Sie die Welt durch Lesen.

Für 12 Euro erhalten Sie ausgewählte Zukunftsliteratur zum Lesen und Verschenken



Global Marshall Plan

balance the world
with an Eco-Social Market Economy

Im Jahr 2006 umfasste das Abo 31 Bücher im Wert von € 319! Unterstützen Sie unsere Initiative. Für € 12 / Studierende € 6 im Monat schicken wir Ihnen mehrmals im Jahr kostenlos relevante Literatur zu. Ohne, dass weitere Kosten für Sie entstehen. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.globalmarshallplan.org/buchabo, Tel 0049-40-822904-20, Fax -21 oder info@globalmarshallplan.org.

pflichtet, forschungsorientierte Referenzzentren zur Unterstützung des amtlichen Inspektionspersonals einzurichten. Die zuständigen Behörden sollen nur noch bei Massentötungen zur Tierseuchenbekämpfung in höherem Maße rechenschaftspflichtig sein. Jedes Jahr werden in europäischen Schlachthöfen rund 360 Millionen Schweine, Schafe, Ziegen und Rinder sowie mehrere Milliarden Hühner und anderes Geflügel zur Fleischgewinnung getötet. Hinzu kommen rund 25 Millionen Tiere, die zur Pelzgewinnung getötet werden. Zur Seuchenbekämpfung kann außerdem die Keulung von Tausenden bis Millionen weiterer Tiere angeordnet werden. [bv]

► www.kurzlink.de/ip-08-1371

Tierzucht

Keine Klone ins Essen

■ Das Europäische Parlament hat Anfang September in einer Resolution entschieden, keine geklonten Tiere in Lebensmitteln zu erlauben. Tierschutzverbände hoffen nun, dass die EU-Kommission und der Ministerrat diese Entscheidung akzeptieren. „Wir begrüßen, dass das EU-Parlament seine grundsätzlich tierfreundliche Einstellung bestätigt“, sagte Brigitte Rusche, Vizepräsidentin des Deutschen Tierschutzbundes. Dieser Vorstoß dürfe „nicht wirkungslos verpuffen“.

Anlass war eine im Juli veröffentlichte Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Darin hieß es, ein hoher Prozentsatz der geklonten Tiere sterbe bereits bei der Geburt, trage Missbildungen davon oder sei anfälliger für Krankheiten. Das Klonen von Tieren verstoße gegen die Richtlinie 98/58/EG zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere, folgte das Parlament. Nach der Richtlinie dürfen natürliche oder künstliche Zuchtmethoden, durch die Tiere geschädigt werden oder Leid erfahren, nicht angewendet werden. [sb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -40, www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Ökologische Industriepolitik

Streit um Steuerreformen

■ Umweltminister Sigmar Gabriel hat Ende August ein Strategiepapier für ökologische Industriepolitik vorgelegt. Darin wird unter anderem eine Fortführung der ökologischen Steuerreform vorgeschlagen. Gabriel will die Mehrwertsteuer „ökologisch spreizen“ und nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten überarbeiten, um so Kaufanreize für Ökowerden zu schaffen. Der Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent könne für umweltfreundliche Produkte gesenkt werden, so das Papier. Die Hersteller höchsteffizienter elektrischer Geräte könnten zudem im Rahmen eines Markteinführungsprogramms Stromgutscheine beilegen.

Außerdem will Gabriel umweltschädliche Subventionen reduzieren, das Dienstwagenprivileg klimaverträglich ausgestalten, eine Steuer auf Kernbrennstoffe von 1 Cent pro Kilowattstunde Strom erheben und einen GreenTechDax für Umwelttechnikunternehmen einführen. Das Papier mit insgesamt rund 40 Vorschlägen wurde an Umweltorganisationen, Arbeitgeber, Gewerkschaften und andere Verbände versandt und soll am 22. Oktober in Berlin auf einer Konferenz diskutiert werden.

In ersten Reaktionen distanzierte sich das Bundesfinanzministerium von den Vorschlägen. Es handele sich nicht um ein abgestimmtes Regierungspapier. Steuerexperten befürchten außerdem eine Zersplitterung der Mehrwertsteuer.

Die Naturfreunde Deutschlands unterstützen dagegen die Pläne. Der Umweltverband sieht darin „einen notwendigen Schritt zur Förderung des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft“. Er spricht sich außerdem dafür aus, die bisher geltenden Ausnahmen bei der Ökosteuern zu streichen und andere Steuerprivilegien abzubauen. Die Naturfreunde nannten hier unter anderem die niedrigere Besteuerung von Dieselmotoren, die Steuerbefreiung von Kerosin auch im inländischen

Luftverkehr, die fehlende Mehrwertsteuer für den Luftverkehr sowie die Steuervorteile für Steinkohle und Braunkohle. Nach Angaben des Umweltverbandes bezifferten Experten die ökologisch problematischen Subventionen im Bereich Energie und Klima bereits im Jahr 2005 auf insgesamt 34 Milliarden Euro. Zu einer ökologischen Steuerreform sollte nach Meinung der Naturfreunde auch eine Bodenversiegelungsabgabe gehören, um den noch immer stark steigenden Verbrauch von Naturflächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke abzu-bremsen. [jg]

► BMU-Strategiepapier (PDF, 38 S., 650 kB):

www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/oeip_themenpapier.pdf

► Naturfreunde, Eckart Kuhlwein, Tel. +49 (0)173 / 6106933, E-Mail: kuhlwein@naturfreunde.de, www.naturfreunde.de

Umwelt und Gesundheit

Kritik an EU-Aktionsplan

■ Das Europäische Parlament hat sich Anfang September kritisch zum EU-Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004 bis 2010 geäußert. Dieser sehe lediglich begleitende Maßnahmen zur bestehenden Gemeinschaftspolitik vor und habe nicht das Ziel, Krankheiten vorbeugend zu reduzieren. Weder der Klimawandel mit seinen besonderen Bedrohungen für die Gesundheit noch die Innenraumluftverschmutzung oder elektromagnetische Felder würden ausreichend berücksichtigt. Damit verfehle der Aktionsplan mindestens zum Teil seine Wirkung.

Bis 2010 müssten zwei grundlegende Ziele angestrebt werden, so das Parlament. Einerseits müsse bei den BürgerInnen mehr Bewusstsein für die Umweltverschmutzung und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit geschaffen und andererseits die europäische Politik der Risikoeindämmung überarbeitet und angepasst werden. [jg]

► Bericht des EU-Parlaments zum Aktionsplan: www.kurzlink.de/a6-0260/2008

Transparenz**Die schlimmsten Lobbyisten**

■ Vom 15. Oktober bis 27. November können EU-BürgerInnen im Internet über die Vergabe eines Negativpreises für die verwerflichsten Beispiele von Politikbeeinflussung abstimmen. Der „Worst EU Lobbying Award“ wird an Unternehmen, Lobbygruppen oder Einzelpersonen vergeben, die besonders zweifelhafte und irreführende PR-Praktiken anwenden. Ebenso ist eine „Auszeichnung“ für eine Person in einer der EU-Institutionen vorgesehen, deren Hintergrund, Nebenjobs oder Verbindungen zu Interessengruppen besonders große Bedenken über ihre Unabhängigkeit verursachen.

Im letzten Jahr wurden unter anderem BMW, Daimler und Porsche für ihre Aktivitäten gegen CO₂-Emissionsgrenzwerte für Pkw „geehrt“. Den Preis für das schlimmste Greenwashing bekam das Deutsche Atomforum für seine „schamlose Internetseite“ über den angeblichen Beitrag der Atomenergie zum Klimaschutz. [jg]

► www.worstlobby.eu/2008

EU-Umweltpolitik**Bürokratie weg, Visionen her**

■ Die Umweltpolitik der EU ist nach Meinung der 31 Leiter der europäischen Umweltagenturen momentan „zu komplex“. Ergebnisse seien in diesem System „nicht immer verhältnismäßig oder berechenbar“, schrieben die Agenturdirektoren im August in einem Bericht an die EU-Kommission. Sie schlagen vor, den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität einzuräumen, um die EU-weiten Vereinbarungen im Umweltbereich zu erreichen. Die EU-Kommission solle außerdem langfristige Visionen entwickeln, um die Wirksamkeit der Umweltverordnungen zu verbessern.

In dem Bericht heißt es, dass die EU-Initiative zur besseren Rechtsetzung im Umweltsektor anspruchsvoller werden müsse. Weniger Verwaltungslast und mehr Effektivität seien erforderlich. Das könne

das Ansehen der Umweltgesetzgebung verbessern und den Blick für die neuen Herausforderungen wie den Klimawandel freimachen. Langfristig müsse die EU-Gesetzgebung sich von sektorspezifischen Verordnungen hin zu einer geringen Anzahl horizontaler Richtlinien entwickeln, die Erfolgskriterien und Umweltstandards festlegen. Dies solle durch Richtlinien oder Vorschriften geschehen, die Methoden oder Mechanismen vorgeben, wenn ein zwischen den Mitgliedstaaten abgestimmtes Vorgehen nötig ist. So könnten die Mitgliedstaaten maßgeschneiderte Lösungen für lokale Gegebenheiten entwickeln.

Als gelungenes Beispiel für eine solche horizontale Gesetzgebung wird die Wasserrahmenrichtlinie genannt, die ein breites Spektrum umweltpolitischer Maßnahmen umfasse. [bv]

► Bericht der Direktoren der EU-Umweltagenturen: www.kurzlink.de/uagenturen08

EU-Parlamentssitz**Dacheinsturz in Straßburg**

■ Nach dem teilweisen Einsturz des Daches im Straßburger EU-Parlamentsgebäude im August mehren sich die Forderungen, den Sitz ganz nach Brüssel zu legen. Die Septembersitzungen fanden aus Sicherheitsgründen in Brüssel statt. Das EU-Parlament tagt zur Plenarsitzung zwölfmal im Jahr in Straßburg, der Alltagsbetrieb sowie kleine Plenarsitzungen und Ausschusstreffen finden in Brüssel statt. Der monatliche Umzug von 3.000 Parlamentariern, Verwaltungsmitarbeitern und Angestellten koste 200 Millionen Euro und verursache 20.000 Tonnen unnötige CO₂-Emissionen im Jahr, kritisierte der Grüne Abgeordnete Cem Özdemir. Auch der Sozialdemokrat Jo Leinen und der liberale Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff forderten eine Entscheidung für Brüssel.

Der doppelte Parlamentssitz geht auf einen Beschluss des Europäischen Rates zurück, der nur einstimmig geändert werden kann. Bisher hat Frankreich alle entsprechenden Versuche abgewehrt. [jg]

Europawahlen 2009**Plakatwettbewerb**

■ Bundesregierung, EU-Kommission und Europäisches Parlament haben Jugendliche und junge Erwachsene aufgefordert, ein Wahlplakat für die nächsten Europawahlen zu gestalten. Am 7. Juni 2009 werden auch die deutschen Abgeordneten für das EU-Parlament gewählt. Die Plakate unter dem Motto „Schöner wählen“ sollen gerade ErstwählerInnen ansprechen, diesen Termin nicht zu verpassen. Mitmachen können junge Erwachsene ab 17 Jahren, die sich zu dritt oder zu viert in Teams zusammenschließen. Den GewinnerInnen winkt eine dreitägige Reise nach Berlin. Alle Techniken sind erlaubt, der Einsendeschluss für den Wettbewerb ist der 31. Dezember 2008. [jg]

► www.europa-plakatwettbewerb.de

VERKEHR & TOURISMUS

Klimaziele im Straßenverkehr**Zu viel CO₂ aus Europas Autos**

■ Die europäische Autoindustrie hinkt ihrem selbst gesteckten Ziel hinterher, den Kohlendioxidausstoß im Jahr 2007 um 17 Prozent zu reduzieren. Das ergab eine Studie, die der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt (T&E) Ende August veröffentlichte. Im Schnitt verringerten sich die Emissionen danach nur um 1,7 Prozent. Unter 18 untersuchten Ländern kam Deutschland auf Platz 15.

Zwar hätten die drei größten deutschen Hersteller VW, Daimler und BMW den Ausstoß klimaschädlicher Abgase ihrer Neuwagen im vergangenen Jahr durchschnittlich um 3,2 Prozent unter die Vorjahreswerte gesenkt. Die Wagen lägen aber mit einem CO₂-Ausstoß von 163 bis 181 Gramm pro Kilometer (g/km) im Schnitt rund zehn Gramm über dem EU-Mittelwert von 158 g/km, so T&E.

Den mit durchschnittlich 143 g/km ge-

ringsten CO₂-Ausstoß produzierten 2007 Neuwagen aus Portugal. Auf Platz zwei und drei lagen Italien (146 g/km) und Frankreich (148 g/km) gefolgt von Belgien und Spanien mit je 152 g/km. Noch schlechter als Deutschland schnitten nur Litauen, Finnland und Schweden mit 175 bis 180 g/km ab. Das EU-Ziel für 2012 soll nach einem Gesetzesvorschlag der EU-Kommission bei 130 g/km liegen. [mbu]

► T&E-Studie: www.transportenvironment.org/Publications/prep_hand_out/lid:513

Verkehrsverlagerung

Parlament will Bahn fahren

■ Mindestens 40 Prozent der in der EU für Verkehr vorgesehenen Gelder sollen in die Schienennetze investiert werden, um Europas Straßen vom wachsenden Güterverkehr zu entlasten. Das ist die zentrale Forderung des Berichts zum „Güterverkehr in Europa“, den das Europäische Parlament im September beschlossen hat.

Der Bericht soll der EU-Kommission klare Ziele für den Aktionsplan Güterverkehr vorgeben, den sie demnächst präsentieren will. Parlaments-Berichtersteller Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, nannte außerdem das Verursacherprinzip als das wichtigste Instrument für einen umweltfreundlicheren Gütertransport. Der Lkw-Verkehr als Hauptverursacher von Staus, Lärm und Luftverschmutzung müsse für diese externen Kosten endlich auch zahlen.

Die Verfasser des Berichts sprechen sich auch gegen ein separates Eisenbahnnetz für den Gütertransport aus. In den meisten Ländern gebe es Mischverkehr von Güter- und Personenzügen auf denselben Gleisen, hieß es zur Begründung. Diese bestehende Infrastruktur müsse gegebenenfalls verbessert oder erweitert werden. [mbu]

► Michael Cramer MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2845779, E-Mail: michael.cramer@europarl.europa.eu, www.michael-cramer.eu
 ► Der Bericht: www.kurzlink.de/schienenfracht

Großbauten

Brücke über den Fehmarnbelt

■ Nach dem Willen der Verkehrsministerien Deutschlands und Dänemarks soll 2012 mit dem Bau einer Eisenbahn- und Autobrücke über den Fehmarnbelt begonnen werden. Im September wurde ein entsprechender Staatsvertrag unterzeichnet. Die rund 19 Kilometer lange Brücke zwischen Puttgarden auf der Ostseeinsel Lolland soll 2018 fertig sein und rund 4,8 Milliarden Euro kosten.

Dänemark soll alleiniger Eigentümer der Brücke sein und diese auch allein bezahlen. Dem Unternehmen, das in den Bau investiert, will das Land Staatsgarantien über 4,8 Milliarden Euro gewähren. Diese sollen dann 26 Jahre lang über Mauteinnahmen zurückfließen. Die EU will 330 Millionen Euro zu dem grenzüberschreitenden Großprojekt beisteuern, das in Brüssel hohe Priorität hat.

Deutschland verpflichtete sich für die Hinterlandanbindung zu sorgen. Die Europastraße E 47 soll bis 2018 vierspurig ausgebaut, die eingleisige Schienenstrecke elektrifiziert werden. 2025 soll ein zweites Gleis fertig sein. Alles zusammen soll die deutsche Seite nach ersten Berechnungen etwa 800 Millionen Euro kosten.

Über den Belt führt der kürzeste Weg von Skandinavien nach Westeuropa. Zurzeit verkehren hier Fähren. Eine Fahrt dauert 45 Minuten. Laut den Prognosen würde sich das Verkehrsvolumen mit der Brücke rasch verdoppeln: 8.000 Autos, 1.000 Lkw und 4.000 Zugpassagiere täglich.

Der Naturschutzbund forderte den Bundestag auf, dem Bau nicht zuzustimmen. Bereits jetzt seien 40.000 Quadratkilometer Ostseeboden ökologisch tot, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Auch das Bundesamt für Naturschutz verlangte, erst zu klären, welche Gefahren es für 20 Millionen Wasservögel und Schweinswale gibt. [mbu]

► NABU-Wasservogelreservat Wallnau (Fehmarn), Leiter Malte Siegert, Tel. +49 (0)4372 / 806910, www.nabu.de/fehmarnebelt

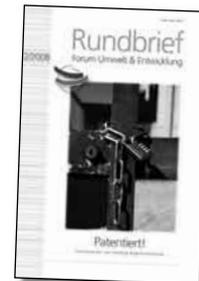


**Forum Umwelt
und Entwicklung**

Das Forum Umwelt & Entwicklung* koordiniert die Aktivitäten deutscher NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. In thematischen Arbeitsgruppen (z.B. zu Handel, Biologischer Vielfalt, Wasser, Landwirtschaft ...) werden sowohl gemeinsame Standpunkte und Strategien zur politischen Arbeit als auch Initiativen zur Bildungs- und Informationsarbeit entwickelt.

Unser Service für Sie:

- eine umfangreiche Publikationsliste mit vielen kostenlosen Veröffentlichungen
- regelmäßige Informationen per Email über für Sie relevante Termine und aktuelle Themen
- Speziell für Journalisten: Hintergrundinformationen und aktuelle Pressemitteilungen des Forums und der mitarbeitenden Verbände



Darüber hinaus informiert

Sie unser RUNDBRIEF

viermal im Jahr über internationale Verhandlungen, Positionen von Verbänden, kontroverse Themenfelder und vieles mehr.

Kontakt und Infos unter

**www.forumue.de
info@forumue.de**

* Rechtsträger des Forums ist der Deutsche Naturschutzing e.V. (DNR).

Straßennutzung**Länder wollen höhere Lkw-Maut kippen**

■ Offenbar ist die Hälfte der 16 Bundesländer gegen die vom Bundesverkehrsministerium geplante Erhöhung der Lkw-Maut. Presseberichten zufolge lehnen die Landesminister eine höhere Maut nicht grundsätzlich ab, wollen aber die Einnahmen anders verwenden als Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee.

Im Gegensatz zum Bund wollen acht Länder die Mauteinnahmen in die Sanierung des Fernstraßennetzes stecken. Tiefensee möchte damit aber den Erhalt von Bahn- und Wasserwegen finanzieren. Aus Sicht von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen und Thüringen ist das aber Bundesangelegenheit. Die Pläne des Verkehrsministeriums sehen vor, die Maut ab 2009 im Schnitt von derzeit 13,5 auf 16,3 Cent pro Kilometer zu erhöhen. Ältere Fahrzeuge, die mehr Schadstoffe ausstoßen, sollen dabei auch mehr zahlen.

Der Umwelt- und Verkehrsverband VCD verlangte, den Straßengüterverkehr endlich stärker an den Kosten für den Erhalt der Infrastruktur zu beteiligen. Schließlich seien Lkw die Hauptverursacher von Straßenschäden. Schon die letzte Wegekostenrechnung der Bundesregierung habe gezeigt, dass die bisherigen Mauteinnahmen nicht einmal die durch den Schwerlastverkehr verursachten Infrastrukturkosten deckten. Externe Kosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden sowie Unfallfolgen würden mit der für 2009 geplanten Anhebung der Maut noch nicht einmal ansatzweise gedeckt, sagte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrmann.

Die Abstimmung über die Mauterhöhung im Bundesrat war für Ende September (nach Redaktionsschluss) vorgesehen. [mbu]

- ▶ Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Schienenverkehr**Verkehrswende nur mit leiseren Güterzügen**

■ Nach Meinung der Umweltverbände DNR und VCD muss die Bundesregierung sofort Maßnahmen ergreifen, um den Schienenlärm zu reduzieren. Beide Verbände forderten im August in Bonn ein Aktionsprogramm, das Anreize für leisere Züge gibt. Die bisherigen Ansätze seien zu zaghaft und dauerten zu lange.

„Bundesweit leiden 16 Millionen Menschen unter Schienenlärm“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. In den letzten Jahren habe vor allem der laute Güterverkehr deutlich zugenommen. Auf mindestens 2.800 Schienenkilometern würden tagsüber Lärmpegel über 70 Dezibel und nachts über 60 Dezibel erreicht. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gelten Lärmwerte von 65 Dezibel tagsüber und 55 Dezibel nachts als gesundheitsgefährdend. Die aus Umwelt- und Klimaschutz notwendige Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist für den DNR deshalb nur mit leiseren Güterzügen zu verantworten.

2007 wurden rund sieben Prozent mehr Waren mit der Eisenbahn transportiert als im Vorjahr. Für 2008 sind weitere sechs Prozent Steigerung prognostiziert. Michael Gehrmann, Vorsitzender des ökologisch orientierten Verkehrsclubs VCD, kritisierte die Untätigkeit der Bundesregierung. Dass alte Güterzüge bis zu viermal so laut seien wie moderne Personenzüge, zeige das Ausmaß jahrzehntelanger Versäumnisse.

VCD und DNR forderten von der Bundesregierung, sofort nach Lärmemission gestaffelte Trassenpreise einzuführen. Modellregion könne das Rheintal sein.

Das Lärmsanierungsprogramm des Bundes von 1999 sieht vor, 3.400 Kilometer Schienenwege zu sanieren, rund zehn Prozent des Gesamtnetzes. Bisher wurden aber erst 600 Kilometer erneuert. [mbu]

- ▶ Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

WASSER & MEERE

EU-Meerespolitik I**Meeresforschung strategisch**

■ Vor dem Hintergrund der neuen integrierten Meerespolitik hat die EU-Kommission Anfang September eine Europäische Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung verabschiedet. Die Strategie soll einen Rahmen für den europäischen Forschungsraum zur Förderung der nachhaltigen Nutzung von Ozeanen und Meeren schaffen, die Zusammenarbeit zwischen der europäischen Meeresforschung und Technologie stärken und dadurch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit Umweltschutz auf See verbinden sowie die Fragmentierung der europäischen Meeresforschung aufheben. Die Strategie gilt als Eckpfeiler der Meerespolitik der EU. Sie beinhaltet Vorschläge für neue Formen der Entscheidungsfindung, die ein integriertes Vorgehen ermöglichen sollen sowie konkrete Maßnahmen wie den Kapazitätsaufbau in den Bereichen neuer Infrastrukturen, verstärkte Integration durch Förderung interdisziplinärer Forschung zu bereichsübergreifenden Themen und die Kombination von Finanzierungsmechanismen. Das Strategiepapier wird nun an die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament weitergeleitet. Ein erster Durchführungsbericht der EU-Kommission wird bis 2012 erwartet. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-meeresforschung
- ▶ www.ec.europa.eu/maritimeaffairs

EU-Meerespolitik II**Blick zurück, Blick nach vorn**

■ Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Meeresschutzpolitik Europas sowie Vorschläge zur weiteren Verbesserung liefert das neue UBA-Hintergrundpapier „Perspektiven der europäischen Meerespolitik“. Darin begrüßt das Umweltbundesamt die Anstrengungen der EU-Kommission

für eine sektorübergreifende künftige europäische Meerespolitik, kritisiert jedoch, dass es noch immer an einer ausgewogenen Balance zwischen Nutzung und Schutz der europäischen Meere fehlt. [bv]

► www.kurzlink.de/uba-eu-meerespolitik

EU-Aktionsplan

Rettung für die Arktis?

■ Mitte September kündigte der EU-Kommissar für Fischerei und Maritime Angelegenheiten Joe Borg auf der Arktis-Konferenz in Ilulissat, Grönland, die Erarbeitung von Vorschlägen zur Rettung der Arktis an. Die Arktis ist besonders stark von der globalen Erwärmung bedroht und zunehmend Zentrum geopolitischer Auseinandersetzungen geworden. Der Aktionsplan werde drei große Themenbereiche umfassen: Maßnahmen zur Rettung der Arktis und ihres Ökosystems, die Förderung der nachhaltigen Nutzung von Bodenschätzen und die grundsätzliche Frage der Führungsansprüche in dem Gebiet, meinte Borg. [bv]

► www.europa.eu/rapid (Search – Reference SPEECH/08/415)

Meeresumweltschutz

Ostseeschutz mangelhaft

■ Die Maßnahmen zum Schutz der gefährdeten Ostsee sind laut einem Ende August veröffentlichten WWF-Bericht in allen Anrainerstaaten mangelhaft. Das zweite Ostsee-Länderranking des WWF untersucht die bislang umgesetzten Maßnahmen zum Ostseeschutz und die Fortschritte, die die Staaten im Kampf gegen die Zerstörung von Lebensräumen, die Überfischung, die Einleitung von Umweltgiften, die Folgen der Schifffahrt sowie bei der Einführung von Schutzgebieten erreicht haben. Mit knapp der Hälfte der vom WWF geforderten Schutzmaßnahmen erzielte Deutschland das beste Ergeb-

nis. Am Ende der Rangliste liegt Polen mit einer Umsetzungsquote von nur 25 Prozent. Das Ökosystem in der Ostsee könne zusammenbrechen, wenn die angrenzenden Staaten nicht konsequent Maßnahmen durchführten, um die Verschmutzung des Meeres zu verringern, lautet das ernüchternde Fazit des Berichts. Der WWF fordert alle Ostseeländer auf, die Rettung der Ostsee zur Chefsache zu machen. Den politischen Rahmen dazu bietet die EU, die die Ostsee zur Modellregion für eine nachhaltige Meerespolitik machen will. [bv]

► www.kurzlink.de/ostseeranking

EU-Fischereipolitik

Norwegen reduziert Beifang

■ Norwegen hat es als erstes Land Europas geschafft, den Beifang stark zu reduzieren. Das Land hat das Überbordwerfen von Beifängen verboten. Außerdem dürfen Fischer in Regionen mit besonders hoher Beifangrate nicht mehr fischen. Dazu entwickelte die norwegische Fischereibehörde ein flexibles System, das immer wieder Regionen zu Schutzgebieten erklärt und andere dafür freigibt. In Norwegen liegt nach Angaben der Umweltorganisation Oceana die Beifangrate unter vier Prozent.

In den EU-Gewässern sind es dagegen über 14 Prozent des Fangs, der als „Beifang“ unnötig getötet und wieder ins Meer zurückgeworfen wird – 1,4 Millionen Tonnen jährlich. Dabei können neue Techniken den Beifang um fast 90 Prozent senken. So erprobte der WWF einen neuen Rundhaken, der nicht nur den Tod von Meeresschildkröten verhindert, sondern auch mehr Tunfisch und Goldmakrelen an den Langleinen fängt. Der WWF hat eine weltweite Kampagne gestartet, um besseren Fangtechniken zum Durchbruch zu verhelfen. Die EU-Kommission will in diesem Herbst einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Fischer verpflichten soll, Beifänge erheblich zu reduzieren. [bv]

► www.wwf.de/meere
 ► www.oceana.org

Wassermangel

EU subventioniert Dürre

■ Nach Informationen des WWF hat die EU in den letzten sechs Jahren 5,4 Milliarden Euro an Subventionen in das ökologisch unverantwortliche und ökonomisch defizitäre spanische Wassermanagement gepumpt. Die Summe setzt sich aus 3,7 Milliarden Euro Strukturfonds- und 1,7 Milliarden Euro Kohäsionsfondsmitteln zusammen. Hinzu kamen in den Jahren 2005 bis 2007 jeweils 800 bis 900 Millionen für die wasserintensive Baumwollproduktion. Durch Verschwendung, illegalen Raubbau und Missmanagement trocknet die Agrarindustrie seit Jahren Spaniens Flüsse und Feuchtgebiete aus, der Grundwasserspiegel sinkt.

Der WWF fordert, Subventionen aus dem EU-Haushalt nur für eine Landwirtschaft auszugeben, die konsequent auf ein nachhaltiges Bewässerungssystem setzt.

Die EU-Kommission hatte im Juli 2007 eine Mitteilung zu Wasserknappheit und Dürre herausgegeben. Anfang September nahm der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments nun einen Bericht dazu an. Danach wohnt ein Fünftel der EU-Bürger in Gebieten mit Wasserproblemen. 40 Prozent des Wasserverbrauchs in der EU könnten eingespart werden und 20 Prozent des Wassers werde aufgrund von ineffizienter Nutzung verschwendet. Der Bericht rät, die Wasserwirtschaftspolitik ausschließlich im Zuständigkeitsbereich der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu belassen, und fordert eine Ergänzung des EU-Systems für Energieeffizienzkennzeichnung um einen Hinweis auf den Wasserverbrauch. Der Parlaments-Berichtersteller Richard Seeber warnte vor einer kommenden Wasserknappheit und den wirtschaftlichen Folgen für weite Teile Europas. Seeber betonte, Wasser müsse ein Hauptthema auf der politischen Agenda und Bestandteil aller politischen Programme werden. [bv]

► WWF, Fachbereich Süßwasser, Martin Geiger, Tel. +49 (0)69 / 79144-140, E-Mail: geiger@wwf.de, www.wwf.de/suesswasser
 ► EU-Gesetzgebung: www.kurzlink.de/eu-wasserknappheit

Europäische Investitionsbank**Neue Wasser-Finanzpolitik**

■ Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat ihre Richtlinien zur Finanzierung von wasserwirtschaftlichen Vorhaben überarbeitet und damit auf die neuen Entwicklungen und Probleme in diesem Sektor reagiert. Sie will damit nach eigenen Angaben den in den letzten Jahren verschärften Problemen mit Wassermangel und Dürren in Südeuropa und mit Überschwemmungen in Nordeuropa Rechnung tragen. In den letzten fünf Jahren hat die Bank zehn Milliarden Euro direkt für Wasser- und Abwasserprojekte zur Verfügung gestellt, 88 Prozent davon in der EU.

Die EIB ist ein eigenständiges Organ der Europäischen Union und nicht an Weisungen der EU-Organe gebunden, sie konsultiert diese jedoch. Die neue Finanzierungspolitik berücksichtigt laut einer Mitteilung der Bank die Eckpfeiler der EU-Politik. [bv]

► www.eib.org

Meeresrecht**Dea bohrt im Wattenmeer ohne Rechtsgrundlage**

■ Die von dem Unternehmen RWE Dea geplanten Erdölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer vor Dithmarschen (Schleswig-Holstein) sind unzulässig, wenn sie nicht von der bestehenden Förderplattform Mittelplate aus erfolgen. Zu diesem Schluss kommt ein von der Fraktion der Grünen angefordertes Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Landtags in Kiel. Auch eine im März von der Bergbehörde erteilte neue Konzession für die Suche nach Öl im Nationalpark vor Nordfriesland sei demnach rechtswidrig. Die Schutzstation Wattenmeer und der WWF sehen sich durch das Gutachten in ihrem Widerstand gegen die Ausweitung der Ölförderung bestätigt. [bv]

► www.schutzstation-wattenmeer.de

Weltwasserwoche**Krank durch Hygienemangel**

■ Ende August haben auf der Weltwasserwoche in Stockholm rund 2.500 ExpertInnen über die sanitäre Grundversorgung debattiert. Auf der Erde lebten rund 2,6 Milliarden Menschen unter katastrophalen Hygienebedingungen, hieß es. Darunter seien auch EU-BürgerInnen. Mangelnde Hygiene sei die Ursache vieler Krankheiten, die jährlich 1,8 Millionen Menschen das Leben kosteten. Weitere Themen waren die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels auf Süßwasservorräte und Trinkwasserversorgung, der Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Gewässer sowie der „Wasserfußabdruck“, der angibt, wie viel Wasser zur Herstellung eines Produkts nötig ist.

Die ExpertInnen forderten auch weniger Lebensmittel wegzuerwerfen, da für deren Produktion ebenfalls Wasser verbraucht werde. Außerdem müssten Produktion und Transport effizienter werden, denn fast die Hälfte der Lebensmittel gehe verloren, bevor die Ware überhaupt in den Handel komme. Das Wassersparpotenzial sei hier enorm. Insgesamt sei es wichtig ein internationales Forum zu schaffen, um zum Beispiel Konflikten um Wasserressourcen entgegenzutreten. [ls]

► www.worldwaterweek.org

Trinkwasser**Uran aus dem Wasserhahn**

■ Laut einer im August von Foodwatch veröffentlichten Studie enthält Trinkwasser in Deutschland vielfach das giftige Schwermetall Uran. Tendenziell sei die Uranbelastung des Trinkwassers in Süddeutschland höher als im übrigen Bundesgebiet. Fast jeder achte der knapp 8.200 gesammelten Werte liegt über zwei Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$). Diesen Grenzwert hat der Gesetzgeber für Mineralwasser zur Herstellung von Säuglingsnahrung festgelegt. Rund 150 der gemeldeten Messdaten liegen sogar über dem Höchstwert von $10 \mu\text{g/l}$,

ab dem bei Erwachsenen gesundheitliche Schäden etwa an den Nieren erwartet werden müssen. Foodwatch fordert einen gesetzlichen Urangehalt von $10 \mu\text{g/l}$ einzuführen. Ab zwei Milligramm sollten die Wasserversorger die Bevölkerung warnen, damit Säuglinge und Kleinkinder kein uranhaltiges Leitungswasser trinken.

Das Umweltbundesamt hat im April einen Kinder-Umwelt-Survey dazu veröffentlicht, wo und wie Schwermetalle im Trinkwasser zu vermeiden sind. [bv]

- www.kurzlink.de/foodwatch-uranwasser
- Kinder-Umwelt-Survey (PDF, 75 S., 550 kB): www.kurzlink.de/kus-2003-2006.pdf

Elbe**Klima legt Schifffahrt trocken**

■ Immer häufiger fehlt der Elbe trotz anhaltend hoher Wasserstraßeninvestitionen das für die Schifffahrt notwendige Wasser. Das berichtete im September der BUND. Der Güterverkehr nehme stetig ab, obwohl jede transportierte Tonne rechnerisch mit 40 Euro subventioniert werde. Der Umweltverband unterstützt die im gleichen Monat veröffentlichte Position des Umweltbundesamtes, das die Zukunft der Schifffahrt auf der Elbe generell infrage stellt. Die Investitionen in den Wasserstraßenbau müssten steigen, so der BUND, wobei die Folgen für die Umwelt, etwa für die Auwaldgebiete im Biosphärenreservat Mittlere Elbe, gravierend seien.

Der BUND kritisiert seit langem die laufenden und geplanten Baumaßnahmen entlang des gesamten Flusses. Anfang September beantragte der Verband einen Stopp der Schotterung der Elbufer nahe Vockerode und Dessau (Anhalt) und verlangte eine Umweltprüfung. Die Auenlandschaft in diesem Abschnitt ist sowohl europäisches Schutzgebiet (FFH) als auch Unesco-Welterbegebiet und Unesco-Biosphärenreservat. [bv]

- BUND-Elbeprojekt, Iris Brunar, Dessau, Tel. +49 (0)340 / 8507978, E-Mail: i.brunar@gmx.de, www.elbeinsel.de

Klimawandel erfordert mehr Biodiversität – nicht nur in Schutzgebieten

Beim 29. Deutschen Naturschutztag in Karlsruhe waren sich die Fachleute einig, dass Naturschutz eine zentrale Antwort auf die beginnenden Klimaveränderungen sein muss. In dem Maße, wie der Klimawandel die Biodiversität angreift, muss auch für mehr Vielfalt außerhalb von Naturschutzgebieten gesorgt werden. Jetzt zeigt sich, dass der massive Stellenabbau bei den Naturschutzämtern ein schwerer Fehler war.

■ Zum Abschluss des 29. Deutschen Naturschutztages (DNT) in Karlsruhe zogen die mehr als 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Bilanz zum diesjährigen Thema „Stimmt das Klima? Naturschutz im Umbruch“. Einigkeit herrschte bei den Experten, dass Naturschutz eine zentrale Antwort auf den Klimawandel sein muss. „Die Funktionen des Naturhaushalts sind für uns von unschätzbarem Wert“, so die Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz Beate Jessel, „sie können einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.“ So könne durch besseren Schutz der Moore jährlich allein so viel Kohlendioxid gebunden werden wie der Verkehrssektor in Deutschland ausmache.

Die Rechnung ohne die Natur zu machen kommt uns teuer zu stehen – so das Urteil der Experten. Die Kosten für den Schutz der Natur seien erheblich geringer als für hoch komplizierte umwelttechnische Lösungen. „Die Sicherung der biologischen Vielfalt vor dem Hintergrund

eines sich rasch wandelnden Klimas erfordert eine Konzentration der Kräfte – dabei müssen wir auch altbewährte Denkmuster verlassen“, sagte der baden-württembergische Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk. Naturschutz dürfe nicht Selbstzweck sein. Bei der Erhaltung der Kulturlandschaft müsse man sich beispielsweise fragen, wie dies durch Tourismus oder die Vermarktung regionaler Produkte auch wirtschaftlich attraktiv gemacht werden können.

Der Klimawandel bedroht die biologische Vielfalt

Der Klimaforscher Hartmut Graßl, Professor emeritus an der Universität Hamburg, stellte in seinem Vortrag den nicht mehr vermeidbaren, immer rascheren Klimawandel als eine zentrale Bedrohung der biologischen Vielfalt dar. Diese könne nicht durch Schutzgebiete erhalten werden, sondern erfordere auch die erhöhte Vielfalt der Landschaften mit stark

veränderter, naturangepasster Nutzung. Der Naturschutztag forderte auch eine personelle Verstärkung der Naturschutzbehörden. „In den vergangenen Jahren ist durch die politisch geprägten Verwaltungsreformen ein massiver Stellenabbau erfolgt“, betonte der Vorsitzende des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz, Heinz-Werner Persiel. „Das erweist sich jetzt als schwerwiegender Fehler. Viele Kommunen sind nicht in der Lage, die erforderlichen Aufgaben sachgerecht zu erfüllen.“

Mehr Mut zur Wildnis

Manfred Niekisch, Professor für Internationalen Naturschutz an der Universität Greifswald und Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings, forderte mehr Mut zur Wildnis. Das Thema Wildnis in Deutschland habe einen festen Stellenwert im Naturschutz. Niekisch stellte plausibel die Zusammenhänge zwischen dem Schutz von Wildnis und des Klimas dar. „Wildnis

Nachhaltigkeit

A-Z



N wie Naturschutzring

100 Natur- und Umweltschutzverbände – 100 Meinungen. Die Ansichten darüber, was, wie, wo und warum geschützt werden soll, sind schwierig unter einen Hut zu bringen. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) versucht es trotzdem. Herrschte anfänglich ein „Binnenpluralismus“, mischt sich der DNR heute mit eindeutigen Aussagen ins umweltpolitische Geschehen ein.

H. Röscheisen

Der Deutsche Naturschutzring

Geschichte, Interessenvielfalt, Organisationsstruktur und Perspektiven
oekom verlag, München 2006, 310 Seiten, 34,80 EUR
ISBN 978-3-86581-027-4

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

ist nicht Chaos, sondern das Ergebnis einer natürlichen, einer ästhetischen Entwicklung“, sagte er.

Im Rahmen des DNT wurde wieder die Hugo-Conwentz-Medaille des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz verliehen. Der Preisträger Eberhard Henne, Vorsitzender von Europarc Deutschland, erhielt die Auszeichnung aus den Händen von Astrid Klug, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, die Minister Sigmar Gabriel vertrat. Ausgezeichnet wurden Hennes besondere Verdienste als ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter, für den Kranichschutz, in der Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens und für die Verbreitung der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“.

Zufriedene Veranstalter

Insgesamt zeigten sich die Veranstalter des 29. Deutschen Naturschutztages hochzufrieden. Die Herausforderungen Naturschutz und Klimaschutz seien von den zahlreichen Akteuren des deutschen Naturschutzes erfolgreich zusammengeführt worden. Die Vertreterinnen und Vertreter des Landesministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum und der Stadt Karlsruhe hätten sich als hervorragende Gastgeber erwiesen, hieß es in einer Erklärung zum Abschluss des DNT.

Veranstalter des Deutschen Naturschutztages sind traditionell der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) sowie das jeweils gastgebende Land, in diesem Jahr Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (MLR). Der nächste Deutsche Naturschutztag soll in zwei Jahren in Norddeutschland stattfinden. [hih]

- ▶ BBN, Angelika Wurzel, 0228 / 331097, E-Mail: drl-bonn@t-online.de, www.bbn-online.de
- ▶ BfN, Franz August Emde, Tel. +49 (0)228 / 8491-4444, E-Mail: presse@bfn.de, www.bfn.de
- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, 0175 / 5724843, E-Mail: inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ MLR, Thomas Deines, Tel. +49 (0)711 / 1262356, E-Mail: thomas.deines@mlr.bwl.de
- ▶ www.deutscher-naturschutztag.de

DNR INTERN

Europäisches Bildungsprogramm

Junge Umweltaktive sicher auf Brüsseler Parkett

■ Ein Ausbildungsprojekt für junge Umweltaktive plant die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) zusammen mit Nichtregierungsorganisationen aus sieben Ländern. Nach einem Startseminar im Juni laufen nun die Vorbereitungen für die „Young Environmentalists for European Policy Engagement“ (YEEPE). Dieses Programm soll BerufsanfängerInnen in NGOs in Europa die nötigen Fähigkeiten mitgeben, damit sie auf EU-Ebene erfolgreich aktiv werden können. Neben den EU-Workshops sollen die YEEPEs auch in ihren Heimatländern in Umweltbildungskonzepte einbezogen werden. Diese werden zurzeit in Deutschland, Schweden, Bulgarien, Ungarn, Italien, Spanien und Tschechien erarbeitet. Langfristiges Ziel ist ein Netzwerk gut ausgebildeter Engagierter, die nicht nur Hintergrundinformationen und Methodenkenntnisse für Lobby- und Pressearbeit haben, sondern auch ihre neuen Kontakte zu den Partnerländern einsetzen. Ob das anspruchsvolle Projekt starten kann, hängt unter anderem von den Finanzen ab. Das Startseminar wurde vom EU-Programm Jugend für Europa gefördert. [jg]

- ▶ DNR, EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, Fax -80, E-Mail: eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de

Quecksilberverbot

Jetzt Thermometer tauschen

■ Ab April 2009 ist der Verkauf von quecksilberhaltigen Messgeräten in der EU verboten. Zwar werden in Deutschland schon lange hauptsächlich elektrische Fieberthermometer verkauft, doch in Millionen Haushalten finden sich noch

alte Fiebermesser, die giftiges Quecksilber enthalten. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ruft jetzt gemeinsam mit der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände dazu auf, die alten Thermometer aus dem Haushalt zu entfernen.

Vom 6. bis 11. Oktober können Kundinnen und Kunden bundesweit in allen teilnehmenden Apotheken ihr altes Quecksilber-Fieberthermometer kostenlos abgeben. Im Austausch erhalten sie zum Sonderpreis ein modernes Elektrogerät der Paul Hartmann AG. Die Firma unterstützt die Aktion mit dem Motto „Behalten ist Quecksilber, Tauschen ist Gold!“ auch logistisch.

Quecksilber ist ein hochgiftiges Schwermetall. Mit dem Thermometer verschwindet deshalb eine Gefahrenquelle für Umwelt und Gesundheit aus den Haushalten. Bei einer ähnlichen Aktion im vergangenen Jahr in Österreich wurden eine Million Thermometer mit insgesamt einer Tonne Quecksilber aus dem Verkehr gezogen. Alle quecksilberhaltigen Produkte, vor allem auch Energiesparlampen, müssen in der EU als Sondermüll entsorgt werden. In Deutschland übernehmen dies üblicherweise kommunale Müllentsorger. [fn]

- ▶ DNR, Quecksilberexperte Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.quecksilber.wordpress.com

Verlosungsaktion

Software für DNR-Mitglieder

■ Für die Verlosung von drei Vereinssoftwarepaketen der Firma Sage (umwelt aktuell 08/09.2008, S. 39) haben sich sieben DNR-Verbände und Untergliederungen gemeldet. Von der Redaktion wurden ausgelost: der Sauerländische Gebirgsverein im Deutschen Wanderverband, die Deutsche Umweltstiftung in Germersheim und der Grüne-Liga-Regionalverband Leipzig. Der DNR gratuliert den Gewinnern und dankt der Sage GmbH für die kostenlose Bereitstellung der Programme. [mb]

- ▶ www.sage.de/gs-verein

AUS DEN VERBÄNDEN

Deutsche Bundesstiftung Umwelt**Neues Kuratorium**

■ Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat im September das 14-köpfige Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) für die nächsten fünf Jahre berufen. Vorsitzender ist erneut der Präsident des Deutschen Naturschutzrings Hubert Weinzierl. Neue Mitglieder sind die Bundestagsabgeordnete der Grünen Undine Kurth, Hans-Helmut Kotz vom Vorstand der Deutschen Bundesbank und Helmut Jäger, Geschäftsführer des Solarthermieherstellers Solvis. Die mit 1,3 Milliarden Euro Bundesvermögen ausgestattete DBU zählt zu den größten Umweltstiftungen in Europa. [mb]

- ▶ DBU, Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 9633-0, Fax -190, E-Mail: info@dbu.de, www.dbu.de

Atomausstieg**Bundesweite Demonstration**

■ Am 8. November findet in Gorleben eine große bundesweite Anti-Atom-Demonstration statt. Anlass ist der in den Folgetagen durch das Wendland rollende Castortransport. Dieses Jahr soll es aber um mehr gehen, denn die neue Atomdebatte führt zu größerem öffentlichen Interesse und die Proteste werden als Gradmesser für den gesellschaftlichen Widerstand gegen AKW-Laufzeitverlängerungen gesehen. Damit viele Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Gorleben kommen, wird zu dieser Demonstration überregional mobilisiert. Dazu haben die Initiativen im Wendland einen Aufruftext verfasst, unter den sie möglichst viele Organisationen und prominente Einzelpersonen als Unterzeichner sammeln wollen. [mb]

- ▶ Jochen Stay, Jeetzel, Tel. +49 (0)170 / 9358759, E-Mail: j.stay@jpberlin.de,
- ▶ Aufruf: www.kurzlink.de/anti-atom-demo-08

EHRENAMT

Bildungsferne Jugendliche**Bundesprogramm online**

■ Seit August ist die Webseite zum Bundesprogramm „Freiwilligendienste machen kompetent“ online. Sie enthält Informationen über das Gesamtprogramm und die Einzelprojekte sowie über Themen wie Engagement und Integration, informelles Lernen, Bildungsmix oder neue Trägerstrukturen. Der Internetauftritt wird fortlaufend erweitert. Mit dem Programm will das Bundesfamilienministerium Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten den Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement im Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr (FSJ/FÖJ) erleichtern und ihre Ausbildungs- und Berufschancen verbessern. [jg]

- ▶ www.fwd-kompetent.de

Engagementwoche**Wandervereine sind Ehrenamtsmillionäre**

■ Der Deutsche Wanderverband hat zur bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements im September erstmalig seine Mitgliedsvereine nach den im Vorjahr geleisteten Ehrenamtsstunden in sämtlichen Arbeitsbereichen befragt. Die Vereine meldeten 1,1 Millionen Ehrenamtsstunden für den reinen Naturschutz wie Biotoppflege und Umweltbildung, etwa so viel wie im Vorjahr. Zusammen mit 820.000 Stunden Wegearbeit für die Besucherlenkung in schützenswerten Gebieten waren es insgesamt rund zwei Millionen Naturschutz-Stunden im weiteren Sinne.

Weiter meldeten die Vereine mehr als 3,7 Millionen Stunden für die Führung von Wandergruppen, 443.000 für Kultur, 387.000 für die Jugend, 268.000 für Familien und 224.000 Stunden für Medienarbeit.

Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements fand in diesem Jahr zum vierten Mal statt. Die größte Freiwilligen-Offensive Deutschlands wird vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) organisiert. Zum Auftakt empfing der Schirmherr, Bundespräsident Horst Köhler, verdiente Naturschützer aus den Reihen des Deutschen Naturschutzrings. Für die Öffentlichkeit wurden in der Aktionswoche zahlreiche Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet angeboten, darunter auch über 100 der deutschen Gebirgs- und Wandervereine. [mb]

- ▶ Deutscher Wanderverband, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 93873-0, Fax -10, E-Mail: info@wanderverband.de, www.wanderverband.de
- ▶ www.engagement-macht-stark.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Klimaschutzpreis**Energieeffizientester Firmensitz der Welt**

■ Der Deutsche Klimaschutzpreis der Deutschen Umwelthilfe (DUH) geht in diesem Jahr an die juwi-Gruppe, einen Projektentwickler von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Die Entscheidung wurde vor allem damit begründet, dass die juwi-Firmenzentrale in diesem Jahr im rheinhessischen Wörrstadt das energieeffizienteste Bürogebäude der Welt errichten ließ. Das Gebäude, das im Jahr mehr Energie erzeugt als es verbraucht, baute der österreichische Hersteller GriffnerHaus. Die Preisjury der DUH lobte vor allem die ökologische Holzbauweise und die beispielhafte Energiebilanz. Die Umsetzung modernster Klimaschutz- und Energieeffizienzkonzepte sei „herausragend und außergewöhnlich“. [mb]

- ▶ www.kurzlink.de/klimaschutzpreis2008
- ▶ www.juwi.de
- ▶ www.griffnerhaus.com

REZENSIONEN

Zwischen Hühnerstall und Reichstag

Der kuriose Titel beschreibt treffend die Situation Hubert Weinzierls als eines Hauptakteurs der bundesdeutschen Umweltpolitik der letzten 50 Jahre, bekannt in Bonn und Berlin, verwurzelt im Bayerischen Wald. Sein langjähriger Weggefährte Gerhard Kneitz über die Autobiografie.



■ Bei welcher Lektüre haben wir die Möglichkeit, an Fraktionsgesprächen zur Agrar- und Klimapolitik im Bundestag in Berlin teilzuhaben und gleichzeitig zu

erfahren, dass „Unter den Linden“ zwei Nachtigallen singen? Es ist ein ungewöhnliches Werk, das der Präsident des Deutschen Naturschutzrings und Vorsitzende des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt da vorlegt, eine profunde Darstellung und Deutung der Natur- und Umweltschutzentwicklung in Deutschland in den letzten 70 Jahren.

Der Sohn des Bauunternehmers Paul Weinzierl und dessen Frau Thekla wurde schon früh in zwei Paradiesen verwurzelt: den Donauauen bei Ingolstadt und dem Bayerischen Wald bei Wiesenfelden, deren Artenvielfalt er sich bald erschloss. Schon ab 1949 engagiert Hubert Weinzierl sich beim Bund Naturschutz in Bayern und wurde 1969 zum Vorsitzenden gewählt. In seiner pragmatischen Antrittsrede kündigte er modernes Teamwork und kritische Naturschutzpolitik an. In diesem Jahr wurde auch der erste deutsche Nationalpark „Bayerischer Wald“ gegründet. 1972 entstand auf dem Weinzierlschen Bauernhof in Heiligenstadt die Gruppe Ökologie mit Konrad Lorenz an der Spitze. Und es dauerte nicht lange, bis diese Gruppe das „Ökologische Manifest“ veröffentlichte. 1975 kam es zur Gründung des BUND, des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, in Marktheidenfeld. Der Begriff Umweltschutz machte Karriere.

Detailliert erfährt der Leser, wie mühsam es ist, auch nur kleine Fortschritte bei der Erhaltung der Arten und der Lebensräume zu erzielen und welche politische

Bedeutung den Umweltverbänden dabei zukommt. Weinzierl konnte in umweltpolitischen Verhandlungen zweifellos den Vorzug nutzen, dass er über seinen Vater, der Bundestagsabgeordneter war, Einblick in das politische Leben hatte. Kenntnisreich und detailliert werden die lokalen, nationalen und internationalen Entwicklungen und Auseinandersetzungen um den Schutz der Umwelt bis in die Gegenwart dokumentiert. Den internationalen UN-Umweltkonferenzen in Stockholm, Rio und Johannesburg wird als Wegweisern der Gesamtentwicklung besondere Aufmerksamkeit zuteil. Aufschlussreich auch die Kapitel zur Agrarwende, zu Wackersdorf und 40 Jahren Waldsterben. Neben dem „neuen Menschheitsdatum IPCC-Klimabericht 2007“ finden sich auch Kapitel zur ökologischen Wiedervereinigung, zur Begegnung mit Gorbatschow und Berichte über Kanzlergespräche. Immer wieder taucht auch der ethisch-emotionale Aspekt auf: „Wir brauchen eine Revolution der Herzen, denn vom Kopf her ist alles gesagt. Gefragt ist ein neuer Lebensstil, der aber nicht verordnet, sondern nur gelebt werden kann.“

Das vorliegende Buch ist ein Ansporn mit langem Atem weiterzugehen. Weinzierl sieht im Zusammenwirken der politischen, behördlichen und privaten Naturschützer die Rolle der Umweltverbände heute darin, „dass sie als Anwälte der Natur auftreten – und zwar überparteilich und nur den Naturgesetzen verpflichtet. Sie haben eine Vordenkerfunktion und müssen ökologische Visionen in die Gesellschaftspolitik einbringen, die in dieser Form bisher nicht bewusst waren.“ Eine überzeugende Zielsetzung!

[Gerhard Kneitz]

► Weinzierl, H.: Zwischen Hühnerstall und Reichstag. Erinnerungen, MZ Buchverlag, Regensburg 2008, 295 S., 29,90 €, ISBN 978-3-934863-37-8

Eine andere Welt... bist du

Die globalen Krisen dürfen nicht den Regierungen und den großen Organisationen überlassen werden, auch nicht dem Privatkapital. Jeder Einzelne muss Träger des Wandels sein.



■ „Unsere Existenz wird bestimmt von einer bizarren Kombination steinzeitlicher Instinkte, mittelalterlicher Ansichten und gottähnlicher Technologien.“ Diese Analyse leitet ein bemerkenswertes

Buch des Entwicklungsökonomens Jeffrey Sachs ein. Ziel und Tenor seiner Studie bestimmt eine durchaus optimistische Betrachtung: „Die Menschheit kann sich selbst retten.“ Sachs macht vier Hauptgefährdungen der menschlichen Existenz aus: Klimawandel, Bevölkerungswachstum, extreme Armut, fehlende Entscheidungsbereitschaft. Wohlstand für alle, so der Autor, sei möglich – dazu müssten aber nachhaltige globale Systeme entwickelt, die Geburtenrate gesenkt und bis 2025 die extreme Armut beseitigt werden.

Im ersten Kapitel diskutiert Sachs die Bedingungen für ein neues Wirtschaftssystem. Im zweiten geht es um Nachhaltigkeit und Umweltschutz, im dritten um die demografische Herausforderung, im vierten um „Wohlstand für alle“ und im fünften Teil darum, wie globale Problemlösungen aussehen können.

Allzu euphorisch allerdings kommt Sachs' Strategie für die Entwicklung der Wirtschaft daher. Seine Vision vom Wohlstand für alle, bei der sich durch die Entwicklung der Weltwirtschaft die Kluft zwischen Wohlhabenden und Habenichtsen verringert, indem die Menschen in den armen Ländern aufholen, klingt sehr nach überholten Modernisierungstheorien.

Als US-Amerikaner geht Sachs besonders mit seinem Land ins Gericht. An vielen Beispielen zeigt er, dass eine Korrektur der US-Außenpolitik dringend

notwendig ist, und zwar sowohl strategisch und machtpolitisch als auch identitätsherausfordernd. Auf fast allen Feldern des Regierungshandelns sammelt er dabei die Scherbenhaufen auf und versucht ein neues Puzzle einer kooperativen Politik zusammenzusetzen. Es geht um „gute Regierungsführung“. Aber auch darum, dass die globalen Krisen nicht nur den Regierungen und internationalen Organisationen überlassen werden dürfen, auch nicht potenten privaten Kapitalgebern, sondern dass der Einzelne Träger des Wandels sein muss.

Jeffrey Sachs hat ein anspruchsvolles Buch geschrieben. Zum einen, weil er eine Vielzahl von Argumenten liefert, dass jeder Mensch auf der Erde eine Veränderung des menschlichen Daseins mitgestalten muss, und zwar sofort. Zum anderen, indem er uns ermutigt, dass dies auch möglich ist. Die seriösen und objektiven Daten, die er dafür heranzieht, sind wertvolles Material für die nun hoffentlich stärker in Gang kommende Diskussion darüber, dass eine gerechtere Welt möglich und ihre Verwirklichung unser aller Aufgabe ist.

[Jos Schnurer]

- Sachs, J. D.: Wohlstand für viele. Globale Wirtschaftspolitik in Zeiten der ökologischen und sozialen Krise. Siedler, München 2008, 476 S., 24,95 €, ISBN 978-3-88680-860-1

Naturschutz ohne Menschen



■ Eine afrikanische Naturschutzorganisation hat den Schwarzwald zum Nationalpark erklärt. Die Bewohner dürfen bleiben, wenn sie mit Pferdekutschen und Ochsen gespannt

arbeiten und die Frauen Bollenhüte tragen. Anderenfalls werden sie zwangsumgesiedelt. Afrikaner errichten sodann im Schwarzwald Hotels für afrikanische Trophäenjäger. – Eine absurde Vorstellung? In Afrika ist ein solches Vorgehen europäischer Naturschutzorganisationen Alltag,

schreibt Klaus Pedersen in seinem neuen Buch „Naturschutz und Profit“.

1948 richtet die britische Kolonialregierung in Tansania den Serengeti-Nationalpark ein. Die einheimischen Massai werden zunächst geduldet, doch ab 1955 darf nur noch bleiben, wer dem europäischen Stereotyp des „Wilden“ entspricht und als eine Art Zoobewohner für europäische Safariteilnehmer zu leben bereit ist. Auch Zoodirektor Bernhard Grzimek, so Pedersen, hat damals in Europa um Akzeptanz für Zwangsumsiedlungen geworben.

An mehreren Schutzgebieten in Kamerun und Gabun ist dem Autor zufolge auch der WWF beteiligt. Die Bewohner wurden enteignet oder zwangsumgesiedelt, oft ohne Entschädigung. Ein ähnliches Projekt plant die Organisation in Nigeria. Müssen hier andere die Opfer bringen, zu denen wir nicht bereit sind? Natur wird zu einer Ressource, ausbeutbar für Profit. Wer diesem Profit im Weg steht, muss weichen. Für dieses Modell stehen laut Pedersen vor allem die „großen drei“ im globalen Naturschutz: WWF, The Nature Conservancy und Conservation International.

Auch Pedersen weiß, was unter praktischen Naturschützern bekannt, für Naturschutztheoretiker aber unbequem ist: Die zu schützende Natur ist oft ein Produkt menschlichen Schaffens, Naturschutz unter Ausschluss der Menschen in vielen Fällen ein Schildbürgerstreich.

Neben dem Lob, das dem Buch für solche Erkenntnisse gebührt, bleiben Kritikpunkte. So ist die Übersichtlichkeit ausbaufähig. Vor allem aber fehlen Lösungsansätze weitgehend, ebenso Beispiele für sozial verträgliche Naturschutzprojekte. Pedersen sieht wohl sämtliche Umwelt- und sozialen Probleme im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem begründet. Das mag stimmen, führt aber nicht zu Lösungen.

Dem Buch ist zu wünschen, dass es auch in Englisch, Spanisch und weiteren Sprachen erscheint, um viele interessierte Menschen zu erreichen. [Gereon Janzing]

- Pedersen, K.: Naturschutz und Profit. Menschen zwischen Vertreibung und Naturzerstörung. Unrast-Verlag, Münster, 2008, 138 S., 13,80 €, ISBN: 978-3-8977-1476-2

Öko-Wirtschaftswunder



■ „Kein Problem kann mit der Denkweise gelöst werden, mit der es entstanden ist.“ Mit dieser Weisheit von Albert Einstein begegnet Maximilian Gege in seinem Buch über ein „ökologisches Wirtschafts-

wunder“ den Umwelt- und Finanzkrisen unserer Zeit. Sein Vorschlag: ein ganzheitlicher Ansatz, der die prognostizierten negativen Folgen des Klimawandels nicht nur mildern, sondern die Lage nachhaltig zum Positiven wenden soll.

An konkreten Beispielen stellt Gege dar, wie man enorme Kosten etwa bei der Energiegewinnung oder Abwasseraufbereitung einsparen könnte. Er listet nicht nur eine Vielzahl von Möglichkeiten auf, sondern nennt auch die Hindernisse für eine Umstellung auf umweltschonende Alternativen. Oft ist es ein rein psychologischer Faktor: Investitionen in eine nachhaltige Zukunft werden aus Kosten- oder Zeitgründen abgelehnt. Gege rüttelt an dem Missverständnis, dass umweltschonende Technologien nur eine Belastung für das Unternehmen darstellen. Laut Gege hat die Menschheit heute mehr denn je das Wissen, das Kapital und die technischen Möglichkeiten, eine nachhaltige Welt zu errichten. Die neuen Technologien, von denen er spricht, bergen auch großes wirtschaftliches Potenzial: Erzeugt man Energie mit Kraft-Wärme-Kopplung, erhält man einen Wirkungsgrad von 90 Prozent. Bei einem Kohlekraftwerk sind es gerade 30 bis 42 Prozent. Das ist nur eines der vielen Beispiele, die Gege anführt.

Besonders geht er auf den Standort Deutschland und dessen Probleme ein. Sinkendem Wohlstand, zunehmender Bürokratie und wirtschaftlicher Belastung durch die EU könne nur mit einem Zukunftsprogramm für langfristige Nachhaltigkeit begegnet werden. Die Initialzündung dafür wäre ein Zukunftsfonds, ►

durch den Unternehmen und Haushalte auf nachhaltige Methoden umstellen könnten. Kapital sei vorhanden: Nur fünf Prozent des deutschen Geldvermögens und Erbschaftsvolumens würden über einen Zehnjahresplan Finanzmittel von rund 1.650 Milliarden Euro freisetzen. Dies brächte nicht nur Steuersenkungen, höhere Einkommen, neue Arbeitsplätze und größere Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch eine geringere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

Diese und viele andere Möglichkeiten, die Gege aufzeigt, machen das Buch lesenswert. Statt nur die düstere Lage und den Handlungsbedarf zu beschreiben, liefert Gege ein komplettes Programm mit konkreten Lösungen – von Energiealternativen über Klimaabgaben bis zur Ausbildung von Energieberatern, Medienkampagnen und Bildungsarbeit. Er stellt ein gesamtgesellschaftliches Konzept vor, an dem sich nicht nur Unternehmen aller Größen, sondern auch Haushalte und Politik orientieren können.

[Rudolf Ruter]

- ▶ Gege, M.: *Unterwegs zu einem ökologischen Wirtschaftswunder*. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2008, 308 S., 22,- €, ISBN 978-3-434-50615-7

Stadt-Land-Geschichte(n)



■ An der Technischen Universität Darmstadt wurde jüngst ein interdisziplinärer Studiengang mit dem Namen „Geschichte – Umwelt – Stadt“ eingerichtet. Zu dessen Einführung wurde eine

Ringvorlesung konzipiert. Ein Teil der in dieser Vorlesung gehaltenen Vorträge liegt nun in Buchform vor. Ziel der Veranstaltung war es – so der Herausgeber und Geschichtspräsident Dieter Schott – „die europäische Stadt und ihre Umwelt im Hinblick auf ein breites Spektrum von Themen und Epochen zu beleuchten. ‚Umwelt‘ ist

daher in den Beiträgen nicht auf ‚natürliche‘ Umwelt beschränkt, sondern meint auch das politische und gesellschaftliche Umfeld, den Kontext, in dem sich Städte jeweils fanden, auf den sie reagierten und den sie mit ihren Handlungen immer auch mit produzierten.“

Diesem Credo folgend, ist eine bunte Mischung entstanden – quer durch die Jahrhunderte, quer über den europäischen Kontinent. Mit dem Saarbrücker Geschichtspräsident Wolfgang Behringer ist es gelungen, einen externen Hochkaräter zu gewinnen. Sein Thema sind neuzeitliche Stadtansichten, seine Erkenntnis die Tatsache, dass Kunstwerke eines Albrecht Dürer oder eines Matthäus Merian nicht vorbehaltlos als Quellen für Stadtgeschichte und historische Stadt-Umwelt-Beziehungen dienen dürfen.

Ein Musterbeispiel für die hochgradige Verflechtung von Stadt und Umwelt – und damit für den sogenannten „gesellschaftlichen Stoffwechsel“ – präsentiert die niederländische Historikerin Petra van Dam. Sie beleuchtet die Entstehungsbedingungen des frühneuzeitlichen Städtesystems ihres Heimatlandes, an dessen Beginn die Kombination von Energiebedarf und Holzarmut stand. Mangels Alternative wurden die überreichlich vorhandenen Moore entwässert, der Torf abgebaut und verfeuert. Die einstmaligen Entwässerungskanäle wurden bald ihrer ursprünglichen Funktion enthoben und standen fortan im Dienste der Kommunikation, des Transports, der Entsorgung und der Kontrolle des Landes.

Der Band bietet einige weitere Ausflugsmöglichkeiten durch Zeit und Raum. Wer sich der Umweltgeschichte der europäischen Stadt in Schlaglichtern nähern möchte, wird das Büchlein mit einiger Befriedigung lesen. Störend mag für den einen oder anderen dennoch sein, dass die Texte ein manches Mal recht nah am „gesprochenen Wort“ gehalten sind.

[Christoph Hirsch]

- ▶ Schott, D.; Toyka-Seid, M. (Hrsg.): *Die europäische Stadt und ihre Umwelt*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2008, 208 S., 34,90 €, ISBN 978-3-534-20369-7

Webadressen-Buch

■ Jedes Jahr gibt der M.-W.-Verlag eine Sammlung der wichtigsten deutschen Internetadressen heraus. In der Ausgabe für das Jahr 2008 sind das 6.000 Adressen, geordnet nach Themen wie Politik und Behörden, Wirtschaft, Soziales, Umwelt oder Verkehr.

Ein Spezialteil beschäftigt sich mit dem „Mitmach-Internet“ Web 2.0 und informiert unter anderem über Qype, RSS scout oder 18 aufgeführte Wikis. Die einzelnen Rubriken wie Umwelt (zehn Seiten von insgesamt 830) sind allerdings nicht so gehaltvoll wie sie sein könnten. So gibt es nur sieben Einträge unter „Umweltverbände“. Dafür eignet sich das Nachschlagewerk zum Querdenken und dafür, Adressen in anderen Gefilden zu finden.

Der Spezialteil für die 2009er-Ausgabe wird sich mit Urlaub und Reisen beschäftigen.

[jg]

- ▶ Weber, M. (Hrsg.): *Das Web-Adressbuch für Deutschland 2008*. M. W., Frankfurt am Main 2007, 830 S., 16,90 €, ISBN 978-3-934517-08-0

Rettet die Kulturlandschaft

■ In dem Dokumentarfilm „Und macht euch die Erde untertan“ von Christoph Walder dreht sich alles um den umstrittenen Bau des Ilisu-Staudamms im Südosten der Türkei. Der Damm würde nicht nur die wunderschöne Landschaft, sondern auch den Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen, die zum großen Teil noch unerforscht sind, zerstören. Ebenso die antike Stadt Hasankeyf, deren Bewohner umgesiedelt werden müssten, und Hunderte archäologisch bedeutender Fundstellen. Da die Bauunternehmen und kreditgebenden Banken allesamt aus Deutschland, Österreich und der Schweiz kommen und diese Länder auch noch für das Projekt bürgen, soll mit dem Film nun das deutschsprachige Publikum informiert werden.

[ls]

- ▶ „Und macht euch die Erde untertan“, Regie: Christoph Walder, Österreich 2008, 60 min. DVD, 10,- €. www.stopilisu.com

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Altvater, E. u. a.: **Energie und Klima. Widerspruch**, Zürich 2008, 224 S., 16,- €, ISSN 1420-0945
- ▶ Angrick, M.: **Resourcenschutz für unseren Planeten**. Metropolis, Marburg 2008, 124 S., 12,80 €, ISBN 978-3-89518-683-7
- ▶ Bergmann, H.-H. u. a.: **Die Stimmen der Vögel Europas**. Aula, Wiebelsheim 2008, 672 S., DVD, 39,95 €, ISBN 978-3-89104-710-1
- ▶ BBC (Hrsg.): **Wildes China. Naturwunder im Reich der Mitte**. Bruckmann, München 2008, 256 S., 35,- €, ISBN 978-3-7654-5017-4
- ▶ Bilharz, M.: **„Keypoints“ nachhaltigen Konsums**. Metropolis, Marburg 2008, 391 S., 36,80 €, ISBN 978-3-89518-663-9
- ▶ Braungart, M. (Hrsg.): **Die nächste industrielle Revolution**. eva, Hamburg 2008, 280 S., 25,- €, ISBN 978-3-434-50616-4
- ▶ Brunnengräber, A. u. a.: **Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik**. Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 250 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-732-4
- ▶ Duceppe-Lamarre, F.; Engels, J. I. (Hrsg.): **Umwelt und Herrschaft**. Oldenbourg, München 2008, 144 S., 19,80 €, ISBN 978-3-486-58585-8
- ▶ Ertel, J. u. a.: **Umweltkonforme Produktgestaltung. Handbuch für Entwicklung, Beschaffung, Management und Vertrieb**. Wiley, Weinheim 2008, 261 S., 49,90 €, ISBN 978-3-89578-268-8
- ▶ Hartard, S. u. a. (Hrsg.): **Ressourceneffizienz im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte**. Nomos, Baden-Baden 2008, 202 S., 39,- €, ISBN 978-3-8329-3034-9
- ▶ Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): **Jahrbuch 2008. Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie**. Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 265 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89691-736-2
- ▶ Kuppe, J.: **Nachhaltige Entwicklung im regionalen Kontext. Bedingungen, Anforderungen, Handlungsoptionen**. VDM, Saarbrücken 2008, 124 S., 59,00 €, ISBN 978-3-639-02663-4
- ▶ Meier, T.: **Von Nahrungs- zu Ernährungshilfe. Die internationale Ernährungssicherung vor neuen Aufgaben**. Mensch und Buch, Berlin 2008, 146 S., 34,- €, ISBN 978-3-86664-374-1
- ▶ Müller-Heidelberg, T. u. a. (Hrsg.): **Grundrechte-Report 2008. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland**. Fischer, Frankfurt/M. 2008, 256 S., 9,95 €, ISBN 978-3-596-17925-1
- ▶ OECD/FAO (Hrsg.): **Agricultural Outlook 2008–2017**. OECD 2008, 230 S., 80,- €, ISBN 978-92-64-04590-3
- ▶ Schwender, C. u. a. (Hrsg.): **Medialisierung der Nachhaltigkeit. Das Forschungsprojekt balance[f]: Emotionen und Ecotainment in den Massenmedien**. Metropolis, Marburg 2008, ISBN 978-3-89518-692-9
- ▶ Teusch, U.: **Die Katastrophengesellschaft. Ein Essay**. Rotpunkt, Zürich 2008, 250 S., 19,80 €, ISBN 978-3-85869-367-9
- ▶ Ulbert, C.; Werthes, S.: **Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven**. Nomos, Baden-Baden 2008, 207 S., 19,90 €, ISBN 978-3-83293367-8
- ▶ Weimann, J.: **Die Klimapolitik-Katastrophe. Deutschland im Dunkel der Energiesparlampe**. Metropolis, Marburg 2008, 192 S., 14,80 €, ISBN 978-3-89518-669-1
- ▶ Weltbank (Hrsg.): **Weltentwicklungsbericht 2008. Agrarwirtschaft für Entwicklung**. Droste, Düsseldorf 2008, 448 S., 39,95 €, ISBN 978-3-7700-1296-1
- ▶ Wines, J.: **Ich rette die Welt! Clevere Tipps für Klima-Helden**. Fischer, Frankfurt/M. 2008, 176 S., 6,95 €, ISBN 978-3-596-80801-4
- ▶ Yunus, M.: **Die Armut besiegen. Das Programm des Friedensnobelpreisträgers**. Hanser, München 2008, 300 S., 19,90 €, ISBN 978-3-446-41236-1

Impressum

umwelt aktuell Oktober 2008
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Straße 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de
Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %
Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantw.), Kontakt siehe Redaktion
Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv], Bjela Vossen [bv]
Kontakt: umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen
Redaktionelle Mitarbeit: Linda Schumacher [ls], Florian Noto [fn], Sally Busse [sb]
Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt
Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats
Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de
Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeileger der Bildungsrichtung sanu bei.



TERMINE

OKTOBER

05.–14.10.,
Barcelona (ES)
**World Conservation
Congress**
► IUCN, Gland (CH),
Tel. +41 (0)22 /

999000-0, E-Mail: congress@iucn.org,
www.iucn.org/congress

07.–08.10., Insel Vilm bei Rügen (D)

**Bioprodukte aus der Region – Klimaschutz,
Biodiversität, regionale Wertschöpfung.** Tagung

► Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger,
Tel. +49 (0)38301 / 86-112,
E-Mail: martina.finger@bfm-vilm.de,
www.bfn.de/06_akademie_natursch.html

08.–10.10., Marktredwitz/Oberfranken (D)

5. Marktredwitzer Bodenschutztage

► Bayerisches Landesamt für Umwelt und Stadt
Marktredwitz, Tel. +49 (0)9231 / 501-117, Fax -234,
E-Mail: pressestelle@marktredwitz.de,
www.marktredwitz.de/226_Veranstaltungen.html

08.–09.10., Berlin (D)

Erfahrungsaustausch Mobilfunk

► Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Busso
Grabow, Tel. +49 (0)30 / 39001-248, Fax -116,
E-Mail: grabow@difu.de, www.difu.de

08.–09.10., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Klimawandel und Biodiversität. Fachtagung

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz,
NABU-Bundesverband, Johann Schreiner,
Tel. +49 (0)5199 / 989-13, E-Mail: johann.schreiner@
nna.niedersachsen.de, www.nna.de

14.10., Berlin (D)

Biokraftstoffe – Segen oder Fluch?

► Netzwerk Bioenergie, Deutsche Umwelthilfe,
Tel. +49 (0)30 / 2400867-0, Fax -19,
E-Mail: kersten@duh.de, www.duh.de

16.10., Berlin (D)

**Corporate Social Responsibility – Verantwortung
ist gefragt!** Tagung

► Verbraucherzentrale Bundesverband,
Tel. +49 (0)30 / 25 8000, info@vzbv.de,
www.vzbv.de/go/aktuell/160

17.10., Bern (CH)

Wie viel Wasserkraft verträgt die Schweiz? Tagung

► Pro Natura, Rita Straumann, Tel. +41 (0)61 /
3179218, E-Mail: rita.straumann@pronatura.ch,
www.pronatura.ch

17.10., München (D)

Klima, Demographie und Wasserhaushalt.

Symposium
► AÖW e.V., Tel. +49 (0)89 / 38667613, Fax -76,
E-Mail: katrin.strauch@gral-gmbh.de, www.aeww.de

17.–19.10., Berlin (D)

Praxis Bürgerbeteiligung

► Stiftung Mitarbeit, Claudia Leinauer, Bonn,
Tel. +49 (0)228 / 60424-13,
E-Mail: leinauer@mitarbeit.de, www.mitarbeit.de

18.10., Berlin (D)

**Klima Verkehr(t). Was der Verkehr zum
Klimaschutz beitragen muss**

► Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion,
Sabine Krüger, Tel. +49 (0)30 / 227 71951,
E-Mail: klimaverkehr@gruene-bundestag.de,
www.gruene-bundestag.de

20.–24.10., Kaufungen bei Kassel (D)

**Anders leben, anders arbeiten, anders
entscheiden.** Bildungsurlaub

► Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung,
Kaufungen, Tel. +49 (0)5605 / 8007-30, Fax -40,
E-Mail: tagungshaus-niederkaufungen@web.de,
www.kommune-niederkaufungen.de/tagungshaus

22.10., Gießen (D)

**Klimaschutz und Ernährung. Von abstrakten
Zahlen zum konkreten Alltagshandeln.** Tagung

► Institut für sozial-ökologische Forschung,
Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 7076919-0, Fax -11,
E-Mail: info@isoe.de, www.isoe.de

28.10.–04.11., Changwon (ROK)

Ramsar Convention on Wetlands – COP10

► Ramsar Convention Secretariat, Gland (CH),
Tel. +41 (0)22 / 99901-70, Fax -69,
E-Mail: ramsar@ramsar.org, www.ramsar.org

28.10., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Gewässerentwicklung und Biotopvernetzung

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA),
Gudrun Janz, Tel. +49 (0)5198 / 9890-71,
E-Mail: gudrun.janz@nna.niedersachsen.de,
www.nna.niedersachsen.de

30.10.–01.11., Berlin (D)

**Anforderungen an eine sichere Endlagerung.
Endlagersymposium**

► Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit (BMU), Institut für Technikfolgen-
abschätzung und Systemanalyse (ITAS);
Claudia Busacca-Luzio, BMU, Bonn, Tel. +49 (0)228 /
305-2969, Fax -2296, E-Mail:
claudia.busacca@bmu.bund.de, www.bmu.bund.de

30.10., Wetzlar (D)

**Neue Wege in der Bürgerbeteiligung bei Vorhaben
und Planungen**

► Naturschutz-Akademie Hessen,
Tel. +49 (0) 6441 / 92480-0, E-Mail:
anmeldung@na-hessen.de, www.na-hessen.de

NOVEMBER

05.–07.11., Bonn (D)

**ClimAdapt – Innovative Responses in Sustainable
Agriculture.** Open Space

► Agrecol e.V., Johannes Kotschi, Marburg,
Tel. +49 (0)6420 / 8228-70, Fax -71, E-Mail:
climadapt@agrecol.de, www.agrecol.de

11.–15.11., Valencia (ES)

World Conference on Marine Biodiversity

► Marine Biodiversity and Ecosystem Functioning
EU Network of Excellence (MarBEF), NIOO-CEME,
Yerseke (NL), Tel. +31 (0)113 / 57-7300, Fax -3616,
E-Mail: worldconference@marbef.org,
www.marbef.org/worldconference

11.11., Berlin (D)

**Die soziale Dimension von Umwelt und
Gesundheit.** Konferenz

► DGB, Bundesumweltministerium, Heike Gudra,
Bonn, Tel. +49 (0)228 / 305 3264, E-Mail: heike.
gudra@bmu.bund.de, www.dbb-forum-berlin.de

17.11., Berlin (D)

**Zukunft verantworten! 8. Jahreskonferenz des
Rates für Nachhaltige Entwicklung**

► Rat für Nachhaltige Entwicklung,
Tel. +49 (0)30 / 408190-121, Fax -125, E-Mail: info@
nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Qualitätsentwicklung in der Umweltbildung

Ausstellungen früher evaluieren!

Wenn Evaluation zur Qualitätsentwicklung in Umweltbildungsstätten eingesetzt wird, dann meist zu spät. Präventive Maßnahmen sind ein bislang unterschätztes Einsatzfeld, ergab eine Umfrage unter 150 Einrichtungen in Deutschland. Ein Ratgeber stellt geeignete Methoden und Anwendungsbeispiele vor.

□ Bis zur letzten Minute wurde an der Ausstellung gearbeitet. Nach der Eröffnungsveranstaltung folgt dann manches Mal die Ernüchterung. Leider kommt es nicht selten vor, dass die Ausstellung doch nicht so gut bei den Besuchern ankommt, wie die Macher sich das vorgestellt hatten. Eine Evaluation kann nun zwar noch helfen, Schwachstellen aufzudecken, viel nützlicher wäre sie dagegen im Planungsprozess gewesen. Mangelnder Erfolg oder eine teure Überarbeitung hätten wahrscheinlich vermieden werden können.

Diese Erfahrungen waren für die Evaluatorinnen Patricia Munro, Eva Siekierski und Monika Weyer Anlass, zusammen mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ein Buch herauszubringen, das Wege aufzeigt, wie sich mit Evaluation bessere Ausstellungen realisieren lassen.

Am Anfang steht die Kundenbefragung

Wie bei einem Ausstellungsvorhaben sinnvoll, führten die Evaluatorinnen auch für ihr Buchvorhaben zunächst eine Kundenbefragung durch. Dabei interessierte sie vor allem, wie verbreitet Evaluation oder weitere Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung tatsächlich sind und wozu sie eingesetzt werden. Per E-Mail wurden Naturkundemuseen, Umweltbildungszentren, Zoos, Science Center und weitere Umweltbildungseinrichtungen angeschrieben und gebeten einen Internetfragebogen auszufüllen. Die 150 Antworten kamen überwiegend aus Museen und Umweltbildungseinrichtungen, sie wurden vor allem von Leitungskräften, aber auch von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Pädagogen verfasst.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass Evaluation oder weitere Verfahren zur Qualitätsentwicklung überwiegend zur Er-

folgskontrolle im laufenden Betrieb angewendet werden (78 Prozent). In jeder zweiten Einrichtung dient sie der Konzeptentwicklung und in jeder dritten zur Zieldefinition. Mehr als die Hälfte benötigen sie als Argumentation gegenüber Geldgebern.

Am häufigsten werden Fragebögen eingesetzt (83 Prozent). Auf den weiteren Plätzen landen Besucherzählung, Interviews, Besucherbeobachtung, Beratungsgespräche mit externen Fachleuten und Gruppendiskussionen. Auffallend selten sind formative Verfahren: Nur jede fünfte Bildungsstätte testet ihre Ausstellungselemente vor dem Start.

Wie verbreitet ist Evaluation?

Nur für acht Prozent der Befragten ist Evaluation selbstverständlich. Von häufigem Einsatz sprechen immerhin 23 Prozent. Dagegen haben rund zwei Drittel noch nie oder nur ausnahmsweise eine Evaluation durchgeführt.

Als Gründe gegen den Einsatz werden an erster Stelle Unkenntnis über geeignete Verfahren und das Vorgehen aufgeführt (76 Prozent), danach folgen Zeit- und Geldmangel. Viele Einrichtungen wissen die Ergebnisse einer Evaluation nicht zu interpretieren und sehen daher auch nur wenig Nutzen darin. In fast jedem dritten Fall tragen Widerstände im Team dazu bei, auf Evaluation zu verzichten.

Festhalten lässt sich: Evaluation ist noch immer eher die Ausnahme als die Regel. Am häufigsten wird noch die Erfolgskontrolle zum Projektabschluss praktiziert. Seltener sind qualitätsfördernde Maßnahmen in früheren Projektphasen – und das, obwohl doch die meisten Befragten mit einer Evaluation eine Produktverbesserung erreichen (83 Prozent) oder die Besucherorientierung steigern wollen (52 Prozent).

Fünf Möglichkeiten

Die Autorinnen raten dazu, lieber rechtzeitig in der Planungsphase zu agieren, anstatt per Erfolgskontrolle zu reagieren. Sie schlagen ein Evaluationsmodell vor, das sich am Ablauf der Projektplanung orientiert. Es verbindet die drei klassischen Formen der Evaluation – Vorab-, formative und summative Evaluation – mit zwei neuen Formen – der Basis-Evaluation und der Weiterentwicklungs-Evaluation:

- ▷ Eine Basis-Evaluation dient zur Festlegung des Zwecks und der Ziele zu Beginn eines Projektes.
- ▷ Mit einer Vorab-Evaluation lassen sich in der Konzeptionsphase Informationen über die Zielgruppe gewinnen, die für die Planung wichtig sind.
- ▷ Die formative Evaluation hilft in der Umsetzungsphase, einzelne Module einer Ausstellung zu optimieren.
- ▷ Mit einer summativen Evaluation lässt sich nach einer Ausstellungseröffnung die Wirkung auf die Besucher ermitteln.
- ▷ Eine Weiterentwicklungs-Evaluation wird – im Sinne des Wortes – eingesetzt, um Anregungen und Argumente für die Weiterentwicklung von Museen und Umweltbildungseinrichtungen und ihren Ausstellungen zu liefern.

Ende des Jahres soll das Buch „Wegweiser Evaluation – Von der Projektidee zum bleibenden Ausstellungserlebnis“ im oekom verlag erscheinen. Das Buch wird mit praktischen Anregungen und Anwendungsbeispielen zeigen, in welchen Fällen und in welcher Weise Einrichtungen und ihre Teams von Evaluation profitieren können. Dabei wird auch auf die unterschiedlichen Interessen der Teammitglieder – Projektmanager, Fachwissenschaftler, Gestalter und Umwelt- oder Museumspädagogen – eingegangen. Herausgeber ist die Deutsche Bundesstiftung Umwelt.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Monika Weyer, Münster, Tel. +49 (0)251 / 277616, www.ausstellungsmacherin.de
- ▷ Eva Siekierski, Brietlingen, Tel. +49 (0)4133 / 4465, www.ausstellungsberatung.com
- ▷ Patricia Munro, München, Tel. +49 (0)89 / 74663051, www.zephyrus.net

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Fachgruppe Schule und Nachhaltigkeit diskutierte über BNE-Modelle

□ Der bayerische Arbeitskreis der ANU befasste sich auf seiner Sitzung am 28. Juli unter anderem mit unterschiedlichen Modellen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an Schulen. So existieren in Bayern beispielsweise nebeneinander Transfer-21-Schulen, Agenda-Schulen und Modus-21-Schulen. Monica Lieschke vom Forum Umweltbildung in Wien berichtete über das Ökolog-Programm in Österreich und Regional Koordinatorin Renate Bruckmeier stellte das von der Bertelsmann-Stiftung geförderte Konzept Anshub vor, dessen Kerngedanke die gute, gesunde Schule ist. Thema der nächsten Sitzung am 28. Oktober ist unter anderem die Zusammenarbeit mit den Berufsschulen.

▷ Thomas Ködelpeter, Tel. +49 (0)8027 / 1785, E-Mail: thomas.koedelpeter@online.de

Erfolgreiche Wasserkampagne in Bayern

□ Seit fünf Monaten begeistert die Kampagne „WasSerleben 2008“ große und kleine Besucher in ganz Bayern. Mit rund 400 Veranstaltungen setzen die Bildungseinrichtungen mit dem Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ in ihrer ersten bayernweiten Kampagne das Jahresthema Wasser der UN-Dekade BNE um. Allein zu den 16 Wasserfestivals in der sogenannten Leuchtturmwoche Anfang Juni kamen etwa 20.000 Besucher. Dieser Erfolg gibt Rückenwind für den Endspurt: Im Oktober und bis in den November hinein stehen noch einmal rund 150 Veranstaltungen im Kampagnenkalender. Höhepunkt ist am 4. Oktober das offizielle Finale am und auf dem Forggensee in Füssen im Allgäu. Hier lädt das Walderlebniszentrum Ziegelwies mit zahlreichen Partnern aus der Region zu einem großen Wasserfest mit Wasser-Safari, kostenlosen Fahrten über den Forggensee und einem Wasserfeuerwerk der Feuerwehr ein.

▷ www.wasserleben.bayern.de

Bioversum Kranichstein eröffnet

□ Seit dem 28. September können Besucher im Jagdschloss Kranichstein bei Darmstadt den Themen Biodiversität und biologische Invasionen nachspüren. Im Erdgeschoss eines denkmalgeschützten Barockbaus aus dem Jahr 1689 öffnete das „Bioversum Kranichstein“ seine Pforten. Die Entdeckungsreise führt durch 27 interaktive Werkstattstationen mit Präparaten, Spielen und zahlreichen Medien. Im Mittelpunkt stehen die Bedeutung der Artenvielfalt und die Ausbreitung von Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen. Zunächst werden rund 15.000 Besucher pro Jahr erwartet. Bis 2010 soll noch ein Museumsgarten mit Spürpfaden und Großmikroskopen hinter dem Gebäude entstehen. Träger für das Bioversum ist die Stiftung Hessischer Jägerhof, die mithilfe zahlreicher Förderer eine Investitionssumme von rund einer Million Euro aufbringen konnte.

▷ www.bioversum-kranichstein.de

Wildtiere erleben auf Gut Sunder

□ Das NABU-Umweltbildungszentrum Gut Sunder in Niedersachsen hat einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer Einrichtung der „informellen Umweltbildung“ gemacht. „Mediales Wildtiererlebnis als Einstieg zur Unterstützung und Verstärkung von Naturbegeisterung“ – so beschreibt Petra Schlaugat, die Projektmanagerin vom NABU Niedersachsen, das neue Projekt. Was sich dahinter verbirgt: Künftig richtet sich das Angebot nicht mehr nur an interessierte Schulklassen und SeminarteilnehmerInnen, sondern auch an freizeitorientierte BesucherInnen, also Tagesgäste, Ausflügler oder Gruppenreisende. Dank spezieller Kameratechnik können sie sehen, was sonst verborgen ist: Die Bilder aus Bruthöhlen, Wohnbauten und Futterplätzen der auf Gut Sunder frei lebenden Tiere – darunter Fischotter, Eisvogel, Dachs und Fledermäuse – werden direkt in ein Tierfilmzentrum übertragen, das gerade neu gebaut wird. Die Eröffnung soll im Herbst 2009 sein.

▷ www.nabu-wildtieris.de

WeltGarten Witzenhausen: Fair-Führung im Regenwald

□ Verschiedene außerschulische Lernorte in Witzenhausen bei Kassel, darunter das Tropengewächshaus, der Weltladen, das Völkerkundemuseum und die Fachbibliothek, arbeiten im Bildungsprojekt WeltGarten Witzenhausen zusammen. Unter dem Motto „Fair-Führung im Regenwald“ werden neben Unterrichtsgängen, Projekttagen und Multiplikatorenschulungen auch mehrtägige Klassenfahrten angeboten. Dabei geht es um den Regenwald mit seinen Pflanzen und Früchten sowie den mehr oder weniger fairen Handel mit diesen Produkten. Die SchülerInnen erleben spielerisch und mit allen Sinnen den Regenwald und lernen Unterschiede und Zusammenhänge zwischen dem Leben hier und dem Leben in den Ländern des Südens sowie konkrete Handlungsmöglichkeiten kennen.

▷ www.weltgarten-witzenhausen.de

THEMA: ZOOS

Berufsverband der Zoopädagogen

□ Der Verband deutschsprachiger Zoopädagogen (VZP) hat Mitglieder in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Tschechien und Ungarn. Neben der Arbeit mit Schulklassen gehört die Arbeit mit Zoobesuchern sowohl in der direkten Betreuung als auch über die Bereitstellung von Materialien und Medien zum Arbeitsfeld Zoopädagogik. Die Publikation „Zoos zwischen den Fronten“ von 2001 ermöglicht eine kritische Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis von Zoos anhand zahlreicher Materialien für den Unterricht. Die Verbandszeitschrift „Begegnung Zoo“ bietet einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch und die Darstellung neuer Entwicklungen in der zoopädagogischen Arbeit. Auf der Webseite des Berufsverbandes findet man neben einer Übersicht der deutschsprachigen Zoos auch eine ausführliche weltweite Linkliste.

▷ www.vzp.de

Alle großen und kleinen Zoos auf einen Blick

☐ Mehr als 750 Zoos, Aquarien und andere öffentliche Tierhaltungen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich sind auf den Seiten der Zoodatenbank im Internet zu finden. Die Hinweise reichen von Eintrittspreisen und Öffnungszeiten über Tierpatenschaften bis zur Frage, ob man Hunde mitbringen darf. Auf einer Deutschlandkarte kann man Zoos einer speziellen Kategorie oder mit einer bestimmten Postleitzahl auswählen. Die Datenbank wird ehrenamtlich von der Zoo-AG Bielefeld unterhalten und bietet unabhängige Informationen nicht nur über die großen, bekannten Zoos, sondern auch von vielen kleinen und nur regional bekannten Einrichtungen.

▷ www.zoo-infos.de

Zoos – Pro und Contra

☐ Ob Zoos die Artenvielfalt retten können, ist sehr umstritten. Sie retten Arten höchstens zufällig, kritisieren die Zoogegner, während Befürworter sagen, dass sie unverzichtbar für die Biodiversität auf der Erde seien – als Werbeträger und Forschungslabore. Im Dossier Bedrohte Arten der Berliner Tageszeitung Taz kommen beide zu Wort.

▷ www.kurzlink.de/zoo-pro-contra

Modellprojekt für umweltfreundliche Zoos

☐ Mit einer Förderung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt sollen die deutschen Zoos nachhaltiger werden. Im September startete im Osnabrücker Zoo das Pilotprojekt „Umweltbildung mit Affe, Löwe und Co. – zoologische Gärten als Orte der Umweltbildung und -kommunikation“. Weitere Zoos sollen folgen. Die Ergebnisse erfolgreicher Projekte aus Umweltbildung und Energieeinsparung sollen dann in Broschüren, durch Veranstaltungen und ab dem kommenden Sommer auch auf der neuen Internetseite www.umweltfreundliche-zoos.de veröffentlicht werden, um den Wissensaustausch zwischen zoologischen Gärten

und Fachleuten für Gebäudesanierung zu fördern. Ein neuartiger Energierechner ermittelt beispielsweise das Einsparpotenzial für verschiedene Sanierungsmöglichkeiten von Zoos. Aber auch Kinder können durch Begleitbroschüren und Energieparcours mit Monitoren zu einem bewussten Umgang mit Energie angeregt werden.

▷ www.dbu.de

Naturschutzbotschafter und Zoo-Lotsen

☐ Millionen Besucher kommen jährlich in deutsche Zoos. Menschen in Freizeitstimmung sind für komplizierte Fragen zur Biodiversität oder zum Ressourcenschutz jedoch nicht leicht zu gewinnen. Der Zoo Frankfurt hat deshalb ein Team ehrenamtlicher Naturschutzbotschafter aufgebaut, die mit einem zebra gestreiften Infomobil herumfahren und durch Spiele, Experimente, Lagerfeuerabende und Aktionswochen das Abenteuer Naturschutz auf ganz persönliche Weise vermitteln.

Einen ähnlichen Weg beschreitet der Zoo Leipzig mit seinen „Zoo-Lotsen“. Diese Experten der Umweltbildung führen Schulklassen oder Familien durch eine Besucherausstellung im „Entdeckerhaus Arche“, einem ehemaligen Raubtierhaus. Schulen können über eine interaktive Webseite Anregungen erhalten und Lehrmaterialien herunterladen.

▷ www.naturschutz-erleben.de

▷ www.zoo-leipzig.de

Neue Tiergartenschule in Worms

☐ Der Tiergarten Worms wird für rund drei Millionen Euro modernisiert. Noch in diesem Jahr soll mit dem Bau einer Tiergartenschule begonnen werden. Vorgesehen ist ein Niedrigenergie- oder Passivhaus, das neben einem Schulungsraum auch mit Funktionsräumen, Fotovoltaik-elementen und Sonnenkollektoren zur Warmwasserbereitung aufwarten kann. Ein neuer Wirtschaftshof bietet Besuchern die Möglichkeit, wie in einem „gläsernen Zoo“ in die Technik hineinzuschauen. Hauptattraktion soll das einzigartige

Drachenland werden, in dem sich Reptilien tummeln, die mithilfe vergrößernder Scheiben ganz genau beobachtet werden können. In einer Freianlage werden zwei Meter große Grüne Leguane leben. Mit dem Drachenland wird die Aktion des Weltzooverbandes zur Rettung bedrohter Reptilien unterstützt.

▷ www.freizeitbetrieb-worms.de

Neue Broschüre „Zoo & Co. – Was tun die so?“

☐ Zooschulen widmen sich dem spielerischen Erlernen von Natur- und Artenschutz und haben als außerschulische Lernangebote deshalb besondere Bedeutung. Die Zoos in Mecklenburg-Vorpommern erhielten in einem bundesweiten Vergleich gute Noten für ihre Familienfreundlichkeit und ihre pädagogischen Konzepte. Die Landesregierung hat deshalb die Broschüre „Zoo & Co. – Was tun die so?“ herausgegeben, die kostenlos als Heft oder als PDF-Dokument zum Herunterladen erhältlich ist.

▷ www.kurzlink.de/mv-zoo-and-co

UN-DEKADE BNE**Neue Aktionspläne der Länder**

☐ Insgesamt zehn Bundesländer sind mit ihren Aktivitäten auf dem Internetportal der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) vertreten. Auf der Webseite finden sich auch die Newsletter der Bundesländer sowie die Veranstaltungen zu den Aktionstagen BNE 2008. Neu dabei ist beispielsweise das Land Sachsen-Anhalt, wo Umweltbildung als grundlegende Voraussetzung zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie angesehen wird. Eine interministerielle Arbeitsgruppe hat einen ersten Aktionsplan veröffentlicht, an dem auch mehr als 50 Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mitwirken.

▷ www.bne-portal.de (Die UN-Dekade in Deutschland/Beiträge der Bundesländer)

Hamburger Zukunftswochen

□ Hamburg bündelt die Kräfte vieler Akteure, um noch mehr Menschen für Nachhaltigkeit zu begeistern. Die diesjährigen Hamburger Zukunftswochen bieten noch bis zum 11. Oktober über 50 Veranstaltungen zu Nachhaltigkeitsthemen – von der Modenschau mit fair gehandelten T-Shirts und Jugendtheater bis hin zu Hafentourfahrten und Podiumsdiskussionen. Unter anderem finden die „Aktionstage UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die Faire Woche „Doppelt gut! Bio im Fairen Handel“, ein autofreier Sonntag und der Tag der Regionen statt.

▷ www.hamburg.de/zukunftswochen

UN-Dekade-Projekt präsentiert Genpflanzen

□ Das 125-Seelen-Dorf Üplingen in Sachsen-Anhalt ist offizielles Projekt der UN-Dekade BNE. Die dortige Fraktale Akademie für Innovation GmbH will ein Berufsbild „Manager for Sustainable Development“ entwickeln und ein „Center for Sustainable Development“ im Stiftsgut aufbauen. Das Center präsentiert auf einem Symposium zur UN-Dekade auch den Schaugarten Üplingen mit seinen „Pflanzen der Zukunft“, der Anfang September seine Pforten öffnete. Der Schaugarten ist allerdings eingezäunt und bewacht. Der Grund: Hier wachsen auf 1,2 Hektar Präsentationsfläche sowohl konventionelle als auch gentechnisch veränderte Pflanzen. Nach Mais und Kartoffeln soll im nächsten Jahr Weizen hinzukommen. Betreiber ist die Firma BioTech Farm, die Freilandversuche für Firmen und Institutionen organisiert. Die Vereinigung Nordsaat Saatzucht mit rund 120 Mitgliedern bezeichnete den Schaugarten als „Signal für die Forschungslandschaft in Deutschland“. Züchter benötigten ein innovationsfreundliches Klima. Während sich die Biotechnologie in anderen Ländern schnell entwickle, seien in diesem Jahr in Deutschland neun Maisfelder zerstört und etliche Versuche durch Feldbesetzungen verhindert worden.

▷ www.ueplingen.de/tdr_ankund_2008.pdf
 ▷ www.biotechfarm.de

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de.
 Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

05.10., Füssen/Allgäu (D)

Abschlussveranstaltung Wasserkampagne 2008
 ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

06.–10.10., Remscheid (D)

Wasserwerkstatt und Wasseratelier. Seminar
 ▷ www.akademieremscheid.de

07.10., München (D)

An Herausforderungen wachsen. Erlebnisorientierte Spiele in der Umweltbildung/BNE. Seminar
 ▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

08.10., Hamburg (D)

4. Runder Tisch der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit zur UN-Dekade BNE
 ▷ www.hamburg.de/startpunkt-runder-tisch

09.–10.10., Göttingen (D)

Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule. DGfE-Tagung
 ▷ www.uni-goettingen.de/de/90132.html

09.–12.10., Città di Castello/Umbrien (I)

20 Jahre Messe konkreter Utopien
 ▷ www.utopieconcrete.it

10.–11.10., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Biodiversität (Er)Leben und Gestalten in Vielfalt. Interkulturelle Begegnung. Tagung
 ▷ www.dnr.de/termine

11.–15.10., Remscheid (D)

Wasserwerkstatt und Wasseratelier. Seminar
 ▷ www.akademieremscheid.de

15.–18.10., Valletta (M)

Thinking and acting outside the box. A European contribution to the UN Decade of Education for Sustainable Development. 10th Conference on Environmental Education in Europe (CEEE)
 ▷ www.european-esd.net

20.–22.10., Tutzing/Oberbayern (D)

Der Zukunft das Wasser reichen. Bundesweite ANU-Tagung
 ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

22.10., Dortmund (D)

Runder Tisch Umweltbildung. Tagung in Kooperation mit der ANU NRW
 ▷ www.nua.nrw.de

25.10., Bonn (D)

Dig and learn. Kinder erkunden den Boden. Kostenloser Workshop
 ▷ Wissenschaftsladen, Tel. +49 (0)228 / 20161-21, bildungszentrum@wilabonn.de

27.10.–02.11., Oberhof/Thüringen (D)

Natur im Fokus. Digitalfotografie im Thüringer Wald. Seminar
 ▷ www.umweltseminare.net/seminare.htm

28.10., Wilhelmshaven (D)

Interesse auf den ersten Blick. Didaktik von Führungen durch naturkundliche Ausstellungen, Infozentren und Museen
 ▷ www.nna.de

31.10., Lyss bei Aarberg (CH)

Tagung forstlicher Waldpädagoginnen
 ▷ Bildungszentrum Wald, www.silviva.ch/tagungen

31.10., Lübeck (D)

Gestaltungskompetenz auf dem Lernort Bauernhof fördern. Seminar
 ▷ www.landwege.de

3.–4.11., Vlotho/Nordrhein-Westfalen (D)

Abenteuer- und Umweltpädagogik für Menschen mit Beeinträchtigungen. Fachtagung
 ▷ www.jugendhofvlotho.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
 Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
 Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
 ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
 Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
 Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de